

POLITISCHE STUDIEN 468

Orientierung durch Information und Dialog

 Hanns
Seidel
Stiftung

67. Jahrgang | Juli-August 2016 | ISSN 0032-3462

/// IM FOKUS

DIE BUNDESWEHR AUS DEM TRITT? AUFGABEN UND PERSPEKTIVEN

Mit Beiträgen von

Helmut Dotzler | Florian Hahn | Ralf Roloff | Sylvia Charlotte Spies-Otto



/// STEFAN LUFT Politische-Studien-Zeitgespräch zu Flucht, Migration und Asyl

/// SIEGFRIED BALLEIS Die Energiewende nach Fukushima

/// CLAUDIA SCHLEMBACH Marokko: Der Weg ist das Ziel

www.hss.de



Nach der Auflösung der Sowjetunion läuteten manche Experten der NATO bereits das **TOTENGLÖCKLEIN**.

DIE NATO IM BEDEUTUNGSWANDEL

In den fast sieben Jahrzehnten ihres Bestehens hat die NATO signifikante Änderungen ihrer Bedeutung erfahren. Gegründet 1949, hatte sie in den Worten ihres ersten Generalsekretärs Baron Ismay zunächst die Funktion „to keep the Russians out, the Americans in, and the Germans down“. Nach der Auflösung der Sowjetunion läuteten manche Experten dem Bündnis bereits das Totenglöcklein, zumal mit dem Wegfall des gemeinsamen Feindes auch die „raison d’être“ nicht mehr existiere.

Zur Überraschung dieser Auguren blieb die NATO nicht nur bestehen, sondern gab sich neue Strategische Konzepte, nahm neue Mitglieder auf und stellte ihre militärische Funktionsfähigkeit unter Beweis. Als nach den Terrorattacken gegen New York und Washington am 11. September 2001 zum ersten Mal Artikel 5 (gegenseitige Beistandspflicht) aktiviert wurde und die europäischen NATO-Staaten ihrem amerikanischen Partner „uneingeschränkte Solidarität“ versicherten, winkte die Bush-Administration jedoch dankend ab. Verteidigungsminister Rumsfeld favorisierte anstelle der Bindung an die NATO ad hoc zusammengestellte „Koalitionen der Willigen“ unter der Führung Washingtons.

Daher relativierte sich die Bedeutung der Allianz – zumindest bis zu der dramatischen Verschlechterung der Beziehungen zwischen dem demokratischen Westen und Putins Russland. Wurde in der NATO-Russland-Grundakte von 1997 noch der Geist einer echten Partnerschaft beschworen, so mündete das völkerrechtswidrige Vorgehen Moskaus in Osteuropa in eine tiefgreifende Krise zwischen der Allianz und Russland. Diese Krise bewirkte allerdings auch, dass insbesondere für die (ost-)europäischen NATO-Staaten das Bündnis wieder erheblich an Bedeutung gewinnt. So bestätigte sich beim jüngsten Gipfeltreffen der NATO in Warschau, was man bereits beim letzten Gipfel im September 2014 in Wales spüren konnte: Dass der Bedeutungsverlust der Atlantischen Allianz seit dem 11. September durch den völkerrechtswidrigen Kurs Moskaus überwunden werden konnte.

Reinhard Meier-Walser

**Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
ist Chefredakteur der Politischen Studien und Leiter der Akademie für
Politik und Zeitgeschehen der Hanss-Seidel-Stiftung, München.**

INHALT



18



23



53



63

IM FOKUS

- 18 SPANNUNGSFELD BUNDESWEHR**
Einführung
PETER SCHMIDT
- 23 BUNDESWEHREINSATZ IM INNERN**
Wieviel erlaubt das Grundgesetz?
SYLVIA CHARLOTTE SPIES-OTTO
- 31 DIE OFFENE GLOBALE GESELLSCHAFT UND IHRE FEINDE**
Deutsche Sicherheitspolitik und die Herausforderungen für die Bundeswehr
RALF ROLOFF
- 42 WAS DIE BUNDESWEHR JETZT BRAUCHT**
Neue strategische Herausforderungen
FLORIAN HAHN
- 48 DIE BUNDESWEHR: NUR FÜR DEN NOTFALL GUT?**
Weit besser als ihr Ruf
HELMUT DOTZLER

POLITISCHE-STUDIEN-ZEITGESPRÄCH

- 06 DIE FLÜCHTLINGSKRISE**
Ursachen und Konsequenzen
STEFAN LUFT

ANALYSEN

- 53 DIE ENERGIEWENDE NACH FUKUSHIMA**
Eine „Revolution von oben“
SIEGFRIED BALLEIS
- 63 CHRISTLICHES MENSCHENBILD UND ABENDLÄNDISCHE KULTUR**
12 Thesen aus theologisch-ethischer Sicht
MARKUS VOGT

KOMMENTAR

- 74 POPULISTEN-DÄMMERUNG**
Nachgefasst
CLAUDIA SCHLEMBACH

HSS-PROJEKTE

- 80 DER WEG IST DAS ZIEL**
Step by step
CLAUDIA SCHLEMBACH

AKTUELLES BUCH

- 85 ÜBER DAS SCHEITERN DES ARABISCHEN UMBRUCHS**
Ursachen und Strategien im Vergleich
MARTIN PABST

RUBRIKEN

- 03 EDITORIAL
- 88 REZENSIONEN
- 100 ANKÜNDIGUNGEN
- 102 IMPRESSUM

/// Ursachen und Konsequenzen

DIE FLÜCHTLINGSKRISE

STEFAN LUFT /// lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bremen. Schwerpunkte seiner Arbeit sind Themen der Migrations- und Integrationspolitik. Er war Sachverständiger verschiedener Enquetekommissionen der Länder und von 1995 bis 1999 Sprecher des Bremer Innensenators. In seinem jüngst erschienenen Buch „Die Flüchtlingskrise“ erklärt er die Ursachen der aktuellen Wanderungsbewegungen, zeigt Lösungswege auf und erläutert Handlungsoptionen. Im nachfolgenden Gespräch befasst sich Stefan Luft mit Fragen zu Migrationssteuerung, europäischer Asylpolitik und Integrationsgesetzgebung.

Politische Studien: In Ihrem jüngst erschienenen Buch* fragen Sie sich, warum die verstärkte Flüchtlingsbewegung 2015 nicht vorhergesehen wurde. Wer bzw. welches Frühwarnsystem hat hier versagt? Inwieweit kann man Flucht- und

Migrationsbewegungen denn vorhersehen?

Stefan Luft: Das sind sehr komplexe Themen. Grundsätzlich ist es in der Tat mehr als erstaunlich, dass die Europäische Union nicht auf den Massenzustrom des Jahres 2015 vorbereitet war. Es gibt sogar eine im Jahr 2001 verabschiedete einschlägige „Massenzu-



Warnsignale – ganze Leuchtfener – hat es schon **LANGE** gegeben.



„Viel wird davon abhängen, ob sich solche Alleingänge wie im Spätsommer 2015 durch die deutsche Bundesregierung mit all ihren unübersehbaren Konsequenzen wiederholen oder nicht“, so der Migrationsexperte Stefan Luft.

strom-Richtlinie“ der EU, die für solche Fälle Mindestnormen für vorübergehenden Schutz und Maßnahmen zu einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen auf die Mitgliedsstaaten vorsieht. Kaum jemand schien sich daran zu erinnern, zumindest spielte sie in der politischen Debatte keine Rolle. Die Grenzschutzagentur Frontex, die diplomatischen Dienste und die Nachrichtendienste haben das, was sich da abzeichnete, mit einer gewissen Sicherheit frühzeitig den Regierungen übermittelt. Es

ist zwar richtig, dass Politik und Behörden zu wenig über Motive und Entscheidungsprozesse von Flüchtlingen, ihre Einschätzung der Risiken, Informationsstand und den Umgang mit unvorhersehbaren Ereignissen wissen. Dennoch hat sich ja der Wanderungsdruck bereits seit 2010 kontinuierlich verstärkt und ist seit 2012 stark angestiegen. Hinzu kommen die Unglücke auf dem Mittelmeer mit den vielen toten Flüchtlingen, die immer wieder große öffentliche Beachtung gefunden haben. Kurz und

gut: Warnsignale – ganze Leuchtfener – hat es schon lange gegeben. Niemand kann ernsthaft behaupten, von den Ereignissen überrascht worden zu sein. Die Ignoranz, die hier an den Tag gelegt wurde, ist bemerkenswert.

Politische Studien: Was wissen wir über die Ursachen der aktuellen Wanderungsbewegungen, die Rolle von Schleusern und die Wahl der Zielländer?

Stefan Luft: Der „Arabische Frühling“ und der Zerfall des Pufferstaats Libyen hatten ja bereits zu Wanderungsbewegungen geführt, wobei der größte Teil der Flüchtlinge aus Libyen innerhalb Afrikas verblieb. Italien war mit rund 60.000 Flüchtlingen im Jahr 2011 konfrontiert. In den folgenden Jahren eskalierte die Lage in Libyen weiter. Der „Islamische Staat“ versorgte sich in dem zerfallenden Land mit Waffen und Einnahmen aus der Erdölproduktion und destabilisierte die nordafrikanischen Nachbarn. Der Krieg in Syrien verheert das Land nun im sechsten Jahr. Inzwischen spricht der UNHCR von 11,7 Millionen Syrern, die zur Flucht gezwungen wurden. Wenn sich die Verhältnisse in den Herkunftsländern und den Erstaufnahmestaaten wie Jordanien, Libanon, Türkei, Iran etc. über Jahre verschlechtern, wenn immer höhere Verschuldung, Kinderarbeit, Bettelei und Verelendung die Perspektiven für die Menschen in den Flüchtlingslagern sind, wenn die Hoffnungslosigkeit erdrückend wird, machen sich die Stärksten unter ihnen auf den Weg – auch nach Europa.

Die Schleusernetzwerke, die sich zu einer regelrechten Industrie entwickelt haben, spielen bei den Wanderungsprozessen eine zentrale Rolle. Sie sorgen dafür, dass Barrieren umgangen oder überwunden werden können. Für ihren

Erfolg entscheidend sind die Nachfrage nach ihren Dienstleistungen und das Vorhandensein schwacher Staaten mit korrupten Behörden. Schleuser sind nicht die Ursache von Migration, aber sie sind ein zentrales Element im komplexen Gefüge von Akteuren, die an dem Wanderungsvorhaben über Tausende von Kilometern mitwirken. Militärische Einsätze gegen Schleuser müssen deshalb immer auch von Maßnahmen begleitet sein, die die Funktionsbedingungen des Geschäfts der Schleuser angehen.

Was die Wahl von Zielländern angeht, so ist für die Wanderungsentscheidung an sich zuallererst die Lage im Herkunftsland oder im Erstaufnahmeland entscheidend. Wenn aber erst einmal die Entscheidung als solche getroffen ist, dann sind natürlich Informationen und Gerüchte über potenzielle Zielländer von Bedeutung. Dazu gehören Informationen über Diaspora-Gemeinden und damit Netzwerke, Wanderungspfade aufgrund historischer Bezüge wie einer Kolonialvergangenheit und insgesamt der Ruf der Zielländer. Wie ist die wirtschaftliche Lage und politische Stabilität dort, wie lange dauern die Verfahren und welche Anerkennungswahrscheinlichkeiten gibt es? Wie hoch ist die Chance, trotz möglicher Ablehnung bleiben zu können? Die Unterschiede, die es hier alleine innerhalb Europas gibt, erklären ja auch die stark unterschiedliche Verteilung der Migranten.

Politische Studien: Oft entsteht in den Medien der Eindruck, dass sich ein Großteil der globalen Fluchtmigration auf Europa richtet. Wo finden sich die größten Fluchtbewegungen tatsächlich?

Stefan Luft: Von den 65,3 Millionen Zwangsmigranten, die das Flüchtlings-



Die meisten Flüchtlingskrisen werden **REGIONAL** aufgefangen.

hilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) im Jahr 2015 erfasst hat, sind der größte Teil, rund 41 Millionen, „Binnenvertriebene“, also Personen, die innerhalb ihres Landes nach Fluchtalternativen gesucht und sie dort auch gefunden haben oder einfach nicht weiter gekommen sind. Kolumbien liegt im Jahr 2015 mit 6,9 Millionen im Jahr 2015 an der Spitze, gefolgt von Syrien mit 6,6 Millionen und Irak mit 4,4 Millionen.

Von den internationalen Flüchtlingen und damit jenen, die ihren Herkunftsstaat verlassen haben, verbleibt der allergrößte Teil in den Anrainerstaaten. Die meisten Flüchtlingskrisen werden also regional aufgefangen. 86 % der Flüchtlinge weltweit leben in Entwicklungsländern. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf nehmen sehr arme Länder wie die Demokratische Republik Kongo, Äthiopien, Pakistan, Uganda und Kenia die meisten Flüchtlinge auf. Sieht man auf die Regionen, so steht nach der Zählung des UNHCR Sub-Sahara-Afrika im Jahr 2015 mit 4,4 Millionen Flüchtlingen an der Spitze, dicht gefolgt von Europa, wo die Türkei mit 2,5 Millionen den größten Anteil aufgenommen hat. Die Region Asien und Pazifik liegt mit 3,8 Millionen in dieser Statistik an dritter Stelle. Was die Herkunftsstaaten anbelangt, so steht auch 2015 Syrien als Flüchtlingsproduzent an erster Stelle (4,9 Millionen), gefolgt von Afghanistan (2,7 Millionen) und Somalia (mit 1,1 Millionen).

Die „klassischen Einwanderungsländer“ USA, Kanada und Australien haben im Jahr 2015 nur marginale Teile der weltweiten Flüchtlingsbevölkerung aufgenommen. Ihre geographische Lage macht sie für Flüchtlinge in weiten Teilen unerreichbar. Hinzu kommt, dass Einwanderungsländer größten Wert darauf legen, selbst darüber zu entscheiden, wer sich bei ihnen niederlässt und wer nicht. Außerdem werden in Zeiten des globalen islamistischen Terrorismus Flüchtlinge aus arabischen Ländern häufig als Bedrohung wahrgenommen.

Politische Studien: Was kann Europa, was kann Deutschland tun, um den Ursachen von Flucht und Vertreibung entgegenzuwirken? Wie kann die Bevölkerung in den Zielländern auf hohe Flüchtlingszahlen vorbereitet werden?

Stefan Luft: Vorrangiges Ziel müsste es sein, die Verhältnisse in den Erstaufnahmestaaten zu verbessern, sowohl für die Flüchtlinge als auch für die Einheimischen. Viel zu lange haben die Staaten hingenommen, dass die internationalen Hilfsprogramme unterfinanziert waren und die Lebensmittelrationen sowie die Versorgung mit Hygieneartikeln gekürzt werden mussten. Auch die wachsenden sozialen Spannungen und wirtschaftlichen Belastungen der Hauptaufnahmestaaten fanden zu wenig Beach-



Vorrangiges Ziel müsste es sein, die Verhältnisse in den ERSTAUFNAHMESTAATEN zu verbessern.

tung. Der UNHCR sieht drei Optionen nach größeren Flüchtlingsbewegungen: die Rückkehr ins Herkunftsland, die Integration in das Erstaufnahmeland und Neuansiedlungsprogramme (Resettlement). Die Rückkehr ins Herkunftsland setzt voraus, dass die gewalttätig geführten Auseinandersetzungen in weiten Teilen eingestellt wurden und der Wiederaufbau soweit fortgeschritten ist, dass eine Rückkehr verantwortbar ist. Bei lang andauernden Konflikten muss die Integration in das Erstaufnahmeland in Betracht gezogen werden. Soziale Infrastruktur – Krankenhäuser, Gewerbegebiete, Schulen – geben den Menschen dort Perspektiven, derer sie dringend bedürfen.

Neuansiedlungsprogramme sind eine weitere Reaktionsmöglichkeit auf große Fluchtbewegungen. Zielländer erklären sich bereit, Kontingente an Flüchtlingen aufzunehmen, die vom UNHCR zusammengestellt werden. Diese Gruppen werden dann in die Aufnahmeländer ausgeflogen. Das Angebot steht allerdings in keinem Verhältnis zum weltweiten Bedarf. Wenn hierauf zukünftig ein Schwerpunkt gelegt würde und von den Staaten nennenswerte Kapazitäten zur Verfügung gestellt würden, könnte „wildes“ Wanderungsbe-
wegungen, bei denen nur die Stärksten

durchkommen und die Schleuserindustrie profitiert, entgegengewirkt werden.

Bleiben die Verantwortlichen passiv und nutzen diese Option nicht, werden sich immer mehr Personen für eine Weiterwanderung, die mit hohen Risiken und Kosten verbunden ist, entscheiden. In der Folge bleiben die wirklich Schwachen zurück, weil sie sich die Reise über Tausende von Kilometern nicht leisten können oder weil sie gesundheitlich dazu nicht in der Lage sind. Deshalb ist auch aus humanitären Gründen regionalen Lösungen immer Vorrang einzuräumen. Mit jedem Euro, der in den Nachbarstaaten der Krisenherde eingesetzt wird, wird ein Vielfaches von dem bewirkt, was hier in Deutschland mit dem gleichen Betrag erreicht werden kann. Wichtig ist: Die Aufnahmeländer als ganze müssen von diesen Maßnahmen profitieren, sie dürfen sich nicht alleine an die Flüchtlingsbevölkerung der Länder richten.

Schließlich: Um nicht zur Eskalation militärischer Konflikte und damit zur Verstärkung von Fluchtursachen beizutragen, sollten Waffenlieferungen in Kriegs- und Bürgerkriegsgebiete sowie an mittelbare und unmittelbare Kriegsparteien (wie die Golfstaaten) unterbleiben. Die Erfahrungen mit den Irakkriegen oder dem Einsatz in Libyen zeigen weiterhin, dass Zurückhaltung bei militärischen Interventionen ausgeübt werden sollte. Wir müssen allerdings noch

viel weiter gehen: Nur eine gerechtere Ordnung der Weltwirtschaft, die verhindert, dass die Kluft zwischen den Gewinnern und Verlierern des globalen Kapitalismus immer größer wird, kann auf Dauer den Wanderungsdruck reduzieren. Niemand sollte mehr zur Migration gezwungen sein, um menschenwürdig leben zu können.

Politische Studien: Es gibt Stimmen, die eine Erstprüfung auf Asyl im Herkunftsland vorschlagen. Auch ist immer wieder eine gesamteuropäische Quotenregelung im Gespräch. Halten Sie dies für möglich?

Stefan Luft: Wenn wir die hohen fünf- oder sechststelligen Zahlen an Schutzsuchenden aus einzelnen Ländern ansehen, wären die Botschaften und Konsulate ohne Zweifel überfordert, hier im Einzelfall zu überprüfen, ob ein Antragsteller eine reelle Chance auf einen Schutzstatus hat. Die rechtliche Lage ist ja in diesem Feld äußerst komplex. Hinzu kommt: Unter jenen, die nach Europa bzw. nach Deutschland oder Schweden kommen wollen, ist ja ein Teil, der schlechten Lebensbedingungen entkommen und für sich und seine Familie bessere Perspektiven erreichen will. Das ist sicher legitim, bedeutet aber, dass die Kriterien für einen Schutzstatus nicht erfüllt werden. Dass er sich dann von einem negativen Bescheid einer Botschaft von einer Reise abhalten ließe, ist doch eher unwahrscheinlich. Von großer Bedeutung ist vor allem, dass die Kapazitäten

ten der Krisenstaaten zum Schutz ihrer Bevölkerungen gestärkt und auch die Erstaufnahme- und Transitstaaten in die Lage versetzt werden, den zeitlich befristeten Schutz wirtschaftlich und sozial zu leisten. Regionale Lösungen müssen gestärkt werden. Dazu müssen alle ihre Beiträge leisten.

Was Quoten angeht, so wäre ohne Zweifel eine stärkere Verantwortungs- und Lastenteilung innerhalb der EU sinnvoll und gerechtfertigt. Zu den anzuwendenden Kriterien liegen ja auch seit längerem Modelle vor. Ich bezweifle allerdings, dass sich nach den Ereignissen und den deutschen Alleingängen des Jahres 2015 eine nennenswerte Zahl an Mitgliedsstaaten Quoten unterwerfen würde. Solidarität lässt sich nicht erzwingen. Der Brexit dürfte Disziplinierungsmaßnahmen gegenüber Verweigerern noch einmal erschwert haben.

Politische Studien: Eine europäische Migrationssteuerung beinhaltet sowohl die Implementierung einer effektiven Schleuserbekämpfungs-, Asyl- und Flüchtlingschutzpolitik als auch die Fortentwicklung legaler Zuwanderungsmöglichkeiten. Wie kann die Politik Migration steuern und gleichzeitig die Normen des internationalen Flüchtlingsschutzes einhalten? Welche Chancen sehen Sie aktuell für eine gemeinsame europäische Migrations- und Asylpolitik?



Solidarität lässt sich NICHT erzwingen.

Stefan Luft: Die politischen Ansprüche, als „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ Schutzsuchenden Aufenthalt zu gewähren und gleichzeitig am Prinzip der Steuerung von Zuwanderung festzuhalten, werden hier als Pole eines Spannungsverhältnisses deutlich erkennbar. Die Normen des internationalen Flüchtlingsschutzes und der Menschenrechte einerseits und die Interessen der migrations skeptischen Bevölkerungen der Mitgliedsstaaten andererseits zwingen die Regierungen zu dauerhaften Balancen und schwierigen Kompromissen. Zuwanderung zu steuern hieß ja in erster Linie, zwischen jenen zu unterscheiden, die als gewinnbringend und jenen, die als belastend empfunden wurden. Für die einen sollten legale Zugangswege erweitert, für die anderen, die rechtlich als „illegale“ Migranten galten, Zugang soweit wie möglich unterbunden werden. Entscheidend wird sein, dass es gelingt, diejenigen, die keinen Anspruch auf Schutz geltend machen können, auch tatsächlich wieder zur Rückkehr zu veranlassen. Das ist die Achillesferse des gegenwärtigen Systems. Der Zugang zu fairen Verfahren setzt logisch zwingend voraus, dass der Ausgang des Verfahrens auch über das Bleiberecht entschei-

det. Wird das Ergebnis der Verfahren zunehmend irrelevant, weil auch die abgewiesenen Antragsteller zum größten Teil bleiben, kann man sich die aufwändigen Verfahren sparen. Wer mittelfristige Lösungen will, muss vor allem hier ansetzen, denn es geht ja hier auch um die politische Akzeptanz des Umgangs mit Flucht und Asyl in den Mitgliedsstaaten.

Die EU-Kommission hat ja jüngst vorgeschlagen, dass das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO), das bisher nur eine Schattenexistenz führte, künftig sehr viel umfangreichere Aufgaben übernehmen sollte. Das EASO könnte Wichtiges dazu beitragen, die Standards der Asylverfahren stärker als bisher zu vereinheitlichen. Damit könnte dann ein einheitliches Asylverfahren der EU näher rücken. Was auf längere Sicht bleiben wird, sind allerdings die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten und damit auch die sozialen Leistungen und die Chancen für die Migranten. Selbst wenn es zu einheitlicheren Verfahren und zu einer Verteilung über Quoten käme – Motive für eine Weiterwanderung in andere Mitgliedsstaaten, die mehr Chancen bieten und in denen bereits Landsleute leben, werden sich auch in Zukunft kaum verhindern lassen.



Entscheidend ist, die, die keinen Anspruch auf Schutz geltend machen können, auch **TATSÄCHLICH wieder zur Rückkehr zu veranlassen.**

Politische Studien: Herr Dr. Luft, welche Bedeutung messen Sie dem „EU-Türkei-Pakt“ für die Lösung der Flüchtlingskrise zu? Welche politische Tragweite hat dieses Abkommen?

Stefan Luft: Die Türkei fungiert als Pufferstaat zwischen der EU und Syrien. Sie trägt – was die Zahlen anbelangt – die größte Last bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Sie hat sicher einen Anspruch darauf, hierbei nach Kräften von der EU unterstützt zu werden, vor allem, damit die Lebensbedingungen der Flüchtlinge dort verbessert werden können. Nach dem Abkommen vom März 2016 ist der Massenzustrom von Flüchtlingen in die EU zunächst stark zurückgegangen. Das Verfahren hat offensichtlich abschreckende Wirkung. Dies dürfte allerdings nicht das letzte Wort sein. Weder funktioniert bisher die Umverteilung von Flüchtlingen aus Griechenland und Italien noch aus der Türkei in die EU. Auch die Asylverfahren in Griechenland sind noch bei weitem nicht bewältigt. Sollte die Türkei einmal nicht mehr mitspielen, kann der Zugang in die EU binnen kürzester Frist wieder massiv zunehmen.

Zudem weichen Schleuser auf andere Routen aus. Die zentrale Mittelmeerroute von Nordafrika nach Italien und Malta über das Mittelmeer wird bereits wieder sehr viel stärker genutzt. Die Bewegungen aus Westafrika, vor allem nach Libyen, lassen klar erkennen, dass hier mit erheblichen Größenordnungen zu rechnen ist. Weitere Konflikte (mit den Kurden in der Türkei, in der Ukraine, im Jemen) können innerhalb kürzester Frist erhebliche Fluchtbewegungen auslösen. Hinzu kommt: Ob die Türkei die Bedingungen für die Aufhebung der Visumpflicht in nächster Zeit erfüllt, ist offen. Sie war allerdings eine der zentra-

len Forderungen der türkischen Seite. Fest steht aus meiner Sicht: Würde die Visumpflicht aufgehoben, wären in der Folge, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der innertürkischen, gewalttätig ausgetragenen Konflikte, erhebliche zusätzliche Wanderungsbewegungen in Richtung EU zu erwarten. Da der größte Teil der türkischstämmigen Bevölkerung innerhalb der EU in Deutschland lebt, würde es auch hier zum Hauptziel land werden.

Politische Studien: Die Begriffe Flucht, Asyl und Zuwanderung werden häufig undifferenziert benutzt. Wie gut kann man zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Migration unterscheiden?

Stefan Luft: Freiwillige und unfreiwillige Migration unterscheiden sich vor allem hinsichtlich der Planbarkeit. Hochqualifizierte Migranten beispielsweise werden sich vor einer Wanderungsentscheidung eingehend über das Zielland im Allgemeinen, die Verhältnisse auf dem dortigen Arbeitsmarkt im Besonderen, über Arbeitsbedingungen, Gehälter und Steuerbelastung informieren. Für Zwangsmigranten sind die Möglichkeiten, Informationen über die Kosten des Bleibens und Fliehens zu erlangen, stark eingeschränkt. Oft können sie weder das eine noch das andere genauer einschätzen. Sie müssen ihre Entscheidungen unter starkem Druck und in großer Unsicherheit treffen. Die Flucht vor lebensbedrohlichen Gefahren erfolgt häufig überstürzt. Die Folgen sind umfassende Verlufterfahrungen ökonomischer wie nicht ökonomischer Güter wie Heimat, Familie, Gesundheit, Vermögen, Haus und Arbeitsplatz. Die rechtlichen Regelungen, mit denen sie im Aufnahmeland konfrontiert, werden wie z. B. Familiennachzug oder der Zugang



Freiwillige und unfreiwillige Migration UNTERSCHIEDEN sich vor allem hinsichtlich der Planbarkeit.

zum Arbeitsmarkt, sind meist ebenfalls sehr unterschiedlich. Bei wirtschaftlich bedingter Migration sind die Kategorien häufig nicht eindeutig voneinander zu trennen. So können wirtschaftliche Zwänge so groß werden, dass die Betroffenen dann für sich und ihre Angehörigen große Opfer erbringen wie das Zurücklassen der Familie und besonders der Kinder, um im Zielland den Lebensunterhalt zu erarbeiten.

Politische Studien: Für manche Asylsuchenden in Deutschland wäre die Arbeitsmigration der adäquatere Zuwanderungskanal. Wie passgenau ist das deutsche Aufenthaltsgesetz? Brauchen wir ein Einwanderungsgesetz?

Stefan Luft: Die Politik wäre gut beraten, Flucht und Zuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen nicht zu vermengen. Flüchtlinge werden aufgenommen, weil sie Schutz benötigen und nicht, weil sie aus demographischen oder wirtschaftlichen Gründen für das Aufnahmeland nützlich sein könnten. Deshalb können auch keine hierauf bezogenen Auswahlkriterien bei der Flüchtlingszuwanderung angewendet werden. Das Ermöglichen von „Pfadwechseln“ (jemand stellt erfolglos einen Asylantrag, die Ausreisepflicht wird aber nicht vollzogen, weil man ihn als Arbeitskraft be-

nötigt) macht den Zielkonflikt von Migrationssteuerung und Berücksichtigung von Arbeitgeberinteressen sichtbar. Wenn also die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes über die Bleibeperspektive von Flüchtlingen entscheiden, muss in Kauf genommen werden, dass ein solches Verhalten die Attraktivität des Ziellandes verstärkt. Diesem Dilemma könnten auch neue gesetzliche Regelungen nicht entgegen. Den Herausforderungen globaler Flüchtlingsbewegung wird man mit Einwanderungsgesetzen jedenfalls nicht besser begegnen können als bisher. Zumal die Bundesrepublik Deutschland inzwischen über eine der liberalsten Gesetzgebungen zur Regelung des Arbeitsmarktzugangs für Zuwanderer im OECD-Raum verfügt.

Politische Studien: Mittlerweile sind Fragen der Integration gegenüber denen der Flüchtlingsaufnahme in den Vordergrund gerückt. Was sind die Bedingungen gelingender Integration?

Stefan Luft: Zu den Bedingungen gelingender Integration gehören in erster Linie die Auswahl der Zuwanderer nach Kriterien, die das Aufnahmeland festlegt, die Bereitschaft von Zuwanderern, grundlegende Anpassungsleistungen zu erbringen, Wirtschaftswachstum, ein aufnahmefähiger Arbeitsmarkt sowie ein offenes Bildungssystem. Wenn wir uns diese Aspekte im Einzelnen ansehen, müssen wir feststellen: Auf Um-

fang und Zusammensetzung der Zuwanderergruppe des Jahres 2015 gab es keinerlei staatlichen Einfluss. Wer es bis nach Deutschland geschafft hatte, konnte und kann sich eine große Bleibechance ausrechnen. Die Bereitschaft von Zuwanderern, die Sprache zu erlernen, bestimmte kulturelle Fertigkeiten zu übernehmen und die Rechtsordnung zu akzeptieren, hängt unter anderem davon ab, ob sie im Alltag über ausreichende Kontakte zu Angehörigen der Aufnahmegesellschaft verfügen oder nicht. Entstehen ethnische Kolonien, wird dies die Bereitschaft und die Fähigkeit zum Erwerb relevanter Fähigkeiten erschweren.

Von Bedeutung wird in diesem Zusammenhang auch sein, ob die deutsche Politik an ihrem erfolgreichen Modell, das in weiten Teilen auf Angleichung setzt, festhalten wird. Im politisch vorherrschenden Migrationsdiskurs wird die Forderung erhoben, daran nicht mehr festzuhalten. Die Konsequenz wäre die Entwicklung in Richtung einer multikulturellen Gesellschaft, was mit mehr Ungleichheit und mit mehr Konflikten verbunden wäre, als wir das aus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland kennen. Wenn eine Grünen-Politikerin sagt: „Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich drauf!“, dann zeigt dies ganz deutlich, dass an den Massenzu-

strom des vergangenen Jahres Hoffnungen auf gesellschaftspolitische Veränderungen geknüpft werden. Wie auch immer man politisch dazu steht, das Thema ist es ohne jeden Zweifel wert, öffentlich debattiert zu werden.

Politische Studien: Es ist davon auszugehen, dass sich die globale Migrations- und Fluchtproblematik vorerst nicht entschärfen wird, denn in Zukunft dürfte es nicht weniger, sondern mehr Ursachen und Möglichkeiten für transnationale Migration und Flucht geben. Davon wird auch die EU aufgrund ihrer wirtschaftlichen Attraktivität und der sozio-demographischen Diskrepanz gegenüber südlichen und östlichen Nachbarregionen betroffen sein. Wie wird sich die EU bis 2030 verändert haben? Was würden Sie sich wünschen?

Stefan Luft: „Prognosen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen“, soll Karl Valentin einmal gesagt haben. Viel wird davon abhängen, ob sich solche Alleingänge wie im Spätsommer 2015 durch die deutsche Bundesregierung mit all ihren unübersehbaren Konsequenzen wiederholen oder nicht. Die Entwicklung innerhalb der Europäischen Union wird wesentlich davon beeinflusst sein, ob es gelingt, die ausgeprägten sozialen und wirtschaftlichen



Entstehen ethnische KOLONIEN, wird dies die Bereitschaft und die Fähigkeit zum Erwerb relevanter Fähigkeiten erschweren.



„Mit oder ohne Erdogan – die Aufnahme der Türkei würde die EU endgültig SPRENGEN.“

Disparitäten unter den Mitgliedsstaaten weiter auszugleichen. Sehr viele postsozialistische Transformationsstaaten, aber auch Staaten wie Griechenland, Spanien, Italien und Portugal haben große Probleme, ihre eigene Bevölkerung zu integrieren. Das würde dann natürlich in besonderer Weise für ungesteuerte Zuwanderung in diese Länder gelten. Entscheidend wird darüber hinaus sein, ob es den gemäßigten Parteien gelingt, den Aufstieg von Populisten zu bremsen und die politische Destabilisierung zahlreicher Länder zu verhindern.

Hinzu kommt: Bleibt der Beitritt der Türkei auf der politischen Tagesordnung und wie wird der Beitrittsprozess ausgehen? Mit oder ohne Erdogan – die Aufnahme der Türkei würde die EU endgültig sprengen. Was die Realisierung möglicher Zuwanderungspotenziale angeht, so gilt der Satz: „Kommt der Wohlstand nicht zu den Menschen, kommen die Menschen zum Wohlstand.“ Die Europäische Union und insbesondere die wirtschaftsstarken Mitgliedsstaaten müssen also ein grundlegendes Interesse daran haben, dass sich die Verhältnisse an ihren Rändern politisch, wirtschaftlich und sozial bessern. Auch dann wird es Migration und Migrationsdruck geben, allerdings wird man das dann wirksamer steuern können.

Wenn Sie fragen, was ich mir wünsche, dann nenne ich natürlich an erster Stelle, dass sich die hinter uns liegende lange Periode des Friedens auch in die Zukunft hinein verlängern wird. Das gilt sowohl für die Verhältnisse zwischen den Staaten oder Staatenbünden als auch für das Zusammenleben in den europäischen Ländern selbst. Die Bundesrepublik Deutschland blickt ja auf ein weitgehend friedliches Zusammenleben mit Zuwanderern zurück. Darin unterscheidet sich die Lage von unseren Nachbarstaaten Frankreich, den Niederlanden oder Großbritannien.

Politische Studien: Herr Dr. Luft, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Das Interview führte Dr. Susanne Schmid, Referentin für Arbeit und Soziales, Demographischer Wandel, Familie, Frauen und Senioren, Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///



**/// PD DR. PHIL. HABIL.
STEFAN LUFT**

ist Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bremen.

Anmerkung

* Luft, Stefan: Die Flüchtlingskrise - Ursachen, Konflikte, Folgen. München: Verlag C.H. Beck 2016. Weitere Veröffentlichungen des Autors zu diesem Themenkomplex unter www.stefanluft.de

/// Einführung

SPANNUNGSFELD BUNDESWEHR

PETER SCHMIDT /// Die Bundeswehr sei auch heute noch kein „normales“ Instrument deutscher Außenpolitik, ist die Ausgangsthese eines Buches zur Entwicklung der Bundeswehr.¹ Diese These ist keine Überraschung. Denn die Bundeswehr stand im Verlauf ihrer Geschichte in einer Reihe von spezifischen Spannungsfeldern, die ihre Entwicklung wesentlich prägten und bestimmten. Grundsätzlich kann man fünf Spannungsfelder identifizieren, in der die Bundeswehr in ihrer Entwicklung stand bzw. steht. Die Analysen in diesem Heft behandeln in einem größeren und historischen Rahmen wesentliche Aspekte dieser Spannungsfelder, wie sie sich heute darstellen.

Das erste Spannungsfeld betrifft ein Thema, das heute aus dem Blickfeld geraten ist, jedoch in veränderter Form immer noch im Hintergrund eine Rolle spielt, nämlich das Verhältnis von konventionellen und nuklearen Mitteln. Dies ist der Fall, obwohl die Bundeswehr nicht selbst über nukleare Mittel verfügt. Mit dem Übergang von der massiven (nuklearen) Vergeltung zur flexiblen Vergeltung 1967 verlor die konventionelle Verteidigung der NATO und damit die Bundeswehr ihre bloße Stolperdrahtfunktion für den Einsatz nuklearer Mittel und gewann im Rahmen der Triade (konventionelle Verteidigung, taktisch-nukleare und strategische Nuklearwaffen) eine eigene Abschreckungsfunktion. Aus strategischer Perspektive stellte damit das Verhältnis zwischen konventionellen und nuklea-

ren Mitteln ein wichtiges Spannungsfeld dar, dessen Lösung zwar erfolgreich, in der Praxis jedoch immer prekär war. Dieses Spannungsfeld ist, zumindest derzeit, aufgrund der strategischen Lage nicht auf der Tagesordnung, ohne dass damit eine Garantie für die Zukunft abgeben werden kann. Nicht völlig ausschließen kann man terroristische Anschläge mit nuklearem Material, ein Bedrohungsszenario, gegen das die Bundeswehr jedoch nur eine sehr beschränkte Antwort bereithalten kann. Diese Form der „nuklearen Bedrohung“ ist ein Element „hybrider Bedrohungsformen“, wie sie im Diskussionsprozess zur Vorbereitung des in diesem Jahr erscheinenden Weißbuches diskutiert wurden.² Sie steht stellvertretend für die Notwendigkeit eines umfassenden Sicherheitskonzepts, das andere Sicher-



Die Bundeswehr entwickelt sich von einer reinen Verteidigungsarmee zur Eingriffstruppe. Die allgemeine Weltlage macht dies unumgänglich.

heitsinstitutionen wie Geheimdienst, Polizei und Katastrophenschutz mit umfasst, aber auch in das schwierig zu fassende Konzept der „Resilienz“ hineinreicht.

Die zweite Spannungslage, mit der sich Bundeswehrplaner und Politik immer wieder auseinandersetzen mussten, ist die Frage, inwieweit die Bundeswehr gesellschaftliche Akzeptanz bzw. Unterstützung findet. Schon der Aufbau der

Bundeswehr in den 50er-Jahren des letzten Jahrhunderts führte zur ersten großen politischen Debatte des jungen Staates. Der Widerstand gegen die Wiederbewaffnung ging quer durch alle Schichten der Bevölkerung. Motive für die Kritik waren „Anti-Militarismus“, aber auch die Einschätzung, dass eine bundesdeutsche Aufrüstung die Wiedervereinigung verhindere. Die bundesrepublikenspezifische Lösung war strikte Einbindung in das NATO-Bündnis, alleinige Konzentration auf Landesverteidigung, Unterstellung unter das Parlament, Verbot eines Angriffskrieges sowie innere Führung und Wehrpflicht. Im Prinzip hielt dieser Rahmen bis zu Beginn der 90er-Jahre. Danach wurden wichtige Teile davon, insbesondere die Konzentration auf Landesverteidigung, zunehmend realitätsfern. Die Umorien-

Eine der Spannungslagen der Bundeswehr seit Beginn ist die gesellschaftliche **AKZEPTANZ**.

tierung geschah unter der Überschrift „Von der Abschreckungs- zur Einsatzarmee“ und geschieht immer noch.

Interessant ist, dass es zunächst primär eine so genannte „subsidiäre Leistung“ war, die die Unterstützung in der Bevölkerung in den frühen Jahren wachsen ließ, nämlich der massive, wenn auch gemäß dem damaligen Grundgesetzverständnis problematische Bundeswehreininsatz von 40.000 Soldaten im Innern während der Sturmflutkatastrophe 1962 in Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Er führte zu einer deutlichen Überwindung der Vorbehalte bei der Bevölkerung gegen die Bundeswehr. Diese wichtige, wenn auch sekundäre Funktion der Bundeswehr kam auch immer wieder zum Tragen, zuletzt bei der Katastrophenhilfe an der Donau, bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise und der Sicherung des G-7-Gipfels. Sie sind zwar subsidiär, gleichzeitig aber in Katastrophenfällen für die Gesellschaft sehr wichtig und tragen zur Akzeptanz der Bundeswehr bei. Kampfeinsätze sieht eine Mehrheit der Deutschen aber auch heute noch skeptisch.³

Dies ging in jüngerer Zeit in ein drittes Spannungsfeld über, das sich in der Frage fassen lässt, inwieweit die Bundeswehr gegebenenfalls auch Waffengewalt im Innern der Bundesrepublik anwenden darf, etwas, was das Grundgesetz prinzipiell ausschloss. Die Debatte entzündete sich in Deutschland zwar am Irrflug eines Sportflugzeugs im Januar 2003 über Frankfurt, stand jedoch im Kontext des Terrorangriffs auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001 und rüttelte damit ebenfalls an dem Gründungsprinzip der Bundeswehr, die Streitkräfte keinesfalls im Innern einzusetzen. Die politi-

schen Auseinandersetzungen musste das Bundesverfassungsgericht 2011 klären. Es erachtete den „Einsatz der Streitkräfte unter Verwendung spezifisch militärischer Kampfmittel nur unter engen Voraussetzungen“ (Sylvia Spies-Otto in diesem Band) für rechtmäßig. Die Frage, ob diese Regelung evtl. durch eine Grundgesetzänderung weiter geöffnet wird, steht derzeit nicht zur Diskussion, kann sich jedoch jederzeit bei entsprechenden Ereignissen neu stellen.

Der Einsatz der Bundeswehr im Innern mit WAFFENGEWALT unter engen Voraussetzungen ist seit 2011 rechtmäßig.

Die rechtliche Gründungskonstruktion der Bundeswehr mit Blick auf den Einsatz im Innern und bei Auslandseinsätzen brachte nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme Anfang der 90er-Jahre ein viertes Spannungsfeld für die Bundeswehr mit sich, die Bündnis- und Landesverteidigung versus Auslandseinsätze. Die Frage lautete: Inwieweit und unter welchen Umständen kann sich die Bundeswehr jenseits des Landes auch an Kampfeinsätzen beteiligen? Damit stand ein weiteres wichtiges Gründungsprinzip, nämlich die Konzentration auf Landes- und Bündnisverteidigung in seiner rechtlichen und politischen Dimension zur Debatte. Die militärischen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien führten zu einer durchaus positiven Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Sie erlaubt Kampfeinsätze im Rahmen eines „Systems kollektiver Sicherheit“, verlangt allerdings die Zustimmung des Bundestages. Damit ist die Grundlage für den Wandel der Bun-

deswehr zu einer „Einsatzarmee“ geschaffen. Und tatsächlich engagiert sie sich heute bei insgesamt 16 Einsätzen, die allerdings teilweise einen sehr geringen Umfang und / oder keinen Kampfcharakter haben.⁴ Die Einsatzentscheidungen sind oft eine politisch brisante Angelegenheit, die natürlich auch mit Blick auf die einsatzskeptische Haltung in der Bevölkerung getroffen werden.

Es stellt sich auch die Frage, ob damit auch heute noch Deutschland nicht eine latente Sonderstellung gegenüber den Bündnispartnern einnimmt. Beim Angriff auf Libyen hat es sich so z. B. vor allem gegen die Bündnispartner Frankreich und Großbritannien gestellt. Allerdings kann man zumindest im Nachhinein, aufgrund der Tatsache, dass Libyen heute ein „zerfallener Staat“ ist, in diesem Falle das Ausscheren durchaus rechtfertigen.

Wichtiger scheint in diesem Zusammenhang allerdings die Frage, wie auf die russische Aggression gegenüber der Ukraine und die latent bedrohliche Haltung gegenüber den baltischen Staaten reagiert werden soll. Es entstand eine latente Spannung zwischen Bündnisverteidigung und Auslandseinsätzen, die durchaus sich unterscheidende militärische Strukturen erfordern. So hat die Verteidigungsministerin sich 2015 entgegen der bisherigen Planungen entschieden, die Ausmusterung von älteren Leopard 2-Panzern zu überprüfen. Zuvor hatte sich das Ministerium angesichts der veränderten Bedrohungslage auch entschieden, 131 zusätzliche Radpanzer vom Typ Boxer zu beschaffen.⁵

Und schließlich besteht fünftens ein Spannungsfeld rund um die Frage, wie in der „unübersichtlichen Gemengelage der internationalen Politik“ (Ralf Roff) Landes- und Bündnisverteidigung,

internationales Krisenmanagement inkl. möglicher Kampfeinsätze und, wenn auch beschränkter, Einsatz im Innern in Übereinstimmung zu bringen sind. Dabei hat die Bundeswehr mit mehreren generellen Problemen in der Auseinandersetzung um Ressourcen zu kämpfen. Zum einen gibt es keinen expliziten Bezugspunkt für ihre Stärke und Ausrüstung wie im Kalten Krieg mit den Fähigkeiten des Warschauer Pakts mehr. Mögliche Bedrohungslagen sind diffus bzw. wenig vorhersehbar und es ist unklar, mit welchen militärischen Fähigkeiten ihnen im Einzelnen begegnet werden soll bzw. muss. Damit hat die Bundeswehr in Konkurrenz zu den anderen sicherheitsrelevanten Organisationen und Institutionen relativ „schlechte Karten“.⁶ Die Bundeswehr wird deshalb in den kommenden Jahren in einem „komplexen Spannungsfeld aus neuen Herausforderungen und beschränkten Ressourcen agieren“ (Florian Hahn, MdB in diesem Band mit einigen konkreten Forderungen).

Die Bundeswehr wandelt sich zu einer EINSATZARMEE.

Darüber hinaus gibt es für die deutsche Politik „absehbar keine sinnvolle Alternative zum multilateralen Handeln.“⁷ Dies führt sehr leicht dazu, Entscheidungen über Prioritäten der Sicherheitspolitik und der Rolle der Bundeswehr darin, ohne die nötige eigene strategische Orientierung zu treffen, was es

zusätzlich erschwert, Bezugspunkte für den Ausbau und die Weiterentwicklung der Bundeswehr zu definieren.⁸ Und schließlich steht die Bundeswehr in der politischen Praxis im Spannungsfeld der eigenen Identität und der Notwendigkeit, sich nicht nur in der NATO und der EU, sondern auch mit den nationalen Sicherheitsinstitutionen eng zu vernetzen. Denn nur so besteht die Chance, auf die komplexen sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Tage eine angemessene Antwort zu finden.

Nicht zu übersehen ist, dass die Konsequenzen, die aus der komplexen Lage zu ziehen sind, einer breiten Debatte bedürfen, die in positiver Weise auch die Bundeswehr einschließt (siehe den Beitrag von Helmut Dotzler). ///



/// PROF. DR. PETER SCHMIDT

ist Honorarprofessor der Universität Mannheim.

Anmerkungen

¹ Krause von, Ulf: Die Bundeswehr als Instrument deutscher Außenpolitik, Wiesbaden 2013.

² Siehe: Auf der Suche nach der Bundeswehr der Zukunft, www.bmvg.de/portal/a/bmvg/tut/p/c4/NYu9DsIgfEbfFuqi25iFxOnLooob0Bsk8tPApV18eGHwO8lZTj54QSOqzVfLkXl4QnSuL PemQ6bZTu6UnQ1b6YVNF7LPDonwWZSRGpmzCSa7ZZUcpsTZl8LzXnVphbQA58EgMf_uPfk7yL43U8jNNNzLcGcPkBU_fcIg!!/)

³ Gießmann, Hans J. / Wagner, Armin: Auslandseinsätze der Bundeswehr, in: ApuZ 48/2009, S. 7; v. a. mit Blick auf den Einsatz in Afghanistan Mayer, Florens: Der Einsatz der Bundeswehr im Ausland, in: Politische Studien 460/2015, S. 58-64.

⁴ Einen jeweils aktuellen Überblick geben die Informationen des BMVg Presse- und Informationssta-

bes, www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/tut/p/c4/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP315EyrpHK9pPKUvL3UzLzixNSSqLS90tSk1KKknMzkbL2cxPRU_YJsROUAWm_fYw!!/

⁵ Siehe: Von der Leyen kippt zentrale Teile der Bundeswehrreform, in: Zeit-Online, 27.2.2016.

⁶ Selbst als es zu Beginn der 70er-Jahre noch eine identifizierbare und durchaus messbare Bedrohung durch den Warschauer Pakt gab und explizit die Entspannungspolitik sich auf die Fähigkeit zur effektiven Verteidigung stützen sollte, wurden in den Budgetauseinandersetzungen die Programme der damals propagierten „inneren Reformen“ den Ausgaben für die Bundeswehr vorgezogen.

⁷ Naumann, Klaus: Wie strategiefähig ist die deutsche Politik, in: ApuZ 48/2009, S. 10.

⁸ Die moderate Erhöhung des Verteidigungshaushalts von 1,6 auf 1,8 % der Bruttoinlandsproduktion ist eher als eine pragmatische Reaktion auf die Ukraine-Krise zu verstehen als eine Entscheidung auf strategischer Grundlage.

/// Wieviel erlaubt das Grundgesetz?

BUNDESWEHREINSATZ IM INNERN

SYLVIA CHARLOTTE SPIES-OTTO /// Der Staatspräsident Frankreichs rief nach den Anschlägen in Paris am 13. November 2015 auf gesetzlicher Grundlage den Ausnahmezustand aus. Die französischen Streitkräfte begannen darauf mit der „Operation Sentinelle“, u. a. wurden Angehörige der Streitkräfte in Paris zu Patrouillen und Wachaufgaben eingesetzt. In Deutschland ist die Bewältigung friedenszeitlicher Krisen Aufgabe der Länder. Das Grundgesetz enthält nur für den Spannungs- und Verteidigungsfall (äußerer Notstand) bzw. für den Fall der inneren existenziellen Staatsgefahr (innerer Notstand) ausdrückliche Regelungen für den Einsatz der Streitkräfte durch die Bundesregierung auf deutschem Boden. Damit bestehen scheinbar in Bezug auf zwei Fragen Unklarheiten: Wie und wieweit dürfen Streitkräfte in gesteigerten Situationen der Gefahrenabwehr im Innern eingesetzt werden? Wie und inwieweit darf der Bund aus eigenem Recht in besonders gesteigerten Situationen der Gefahrenabwehr Streitkräfte im Innern einsetzen?

Ausgangslage

Derzeit berühren diese Fragen die Politik und Stimmen wurden laut, die Befugnisse des Bundes würden hier nicht ausreichen – so zunächst Bundesminister Wolfgang Schäuble¹ – und es bestünde daher eine Schutzlücke. Oder auch nur, es sei an der Zeit, historische Vorbehalte im Grundgesetz gegen eine „Bundeswehr als Reservepolizei“ zu überwinden². Seit April 2016 spielte das Für und Wider innerhalb der Bundesregierung eine zentrale Rolle in der Diskussion um das Weißbuch 2016³, das in enger Abstimmung mit den Ressorts der Bundesregierung unter der Federführung des Verteidigungsressorts erarbeitet wird⁴.

Was zum Einsatz der Bundeswehr im Innern hier angesprochen werden soll, hat bereits eine Vorgeschichte, die im Jahr 2001 mit den terroristischen Anschlägen des 9. September in den Vereinigten Staaten von Amerika be-

Immer wieder gibt es Diskussionen um den Einsatz der Bundeswehr im INNERN.

ginnt. In den USA und in vielen anderen Staaten hat sich in der Folge dieser Ereignisse die nationale Innen- und Sicherheitspolitik verändert, namentlich wurde die Terrorismusbekämpfung



Quelle: mauritius images / Chromorange / Christian Ohde

Wie, wann und wo darf die Bundeswehr im Innern eingesetzt werden? Mit dieser Frage hat sich auch das Bundesverfassungsgericht beschäftigt.

zum herausragenden Fokus. Nationale Gesetze wurden verschärft und den Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden im Innern mehr Befugnisse zugesprochen. Die Geheimdienste und Strafverfolgungsbehörden arbeiteten danach auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene verstärkt zusammen.

In Deutschland hat das Bundesverfassungsgericht einige der innen- und sicherheitspolitischen Gesetzesänderungen in diesem Zusammenhang im Nachgang für grundgesetzwidrig erklärt, so auch Teile des Luftsicherheitsgesetzes. Es war angepasst worden, um u. a. weitergehende Regelungen über die Unterstützung und Amtshilfe zur Terrorabwehr durch die Streitkräfte aufzunehmen⁵. Den letztlich auslösenden Anlass dafür gab der Irrflug eines Sportflugzeugs in Frankfurt am Main am 5. Januar 2003,

dessen geistig verwirrter Pilot damit drohte, sich in ein Hochhaus zu stürzen.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Rechtsprechung zum Luftsicherheitsgesetz (LuftSiG) nicht nur bestimmte gesetzliche Türen für den Einsatz der Bundeswehr im Innern in Ansehung der Verfassung (wieder) geschlossen. Es hat auch Türen, die verfassungswegen zuvor als umstritten galten, bestätigt und damit zweifelsfrei geöffnet. Daher lohnt ein Blick in die Verfassungsrechtsprechung als Grundlage für die gegenwärtige Debatte.

Die grundlegende Verfassungsrechtsprechung

Die erste rasche Entscheidung erging am 15. Februar 2006⁷ auf Verfassungsbeschwerden hin, die von „Vielfliegern“ eingelegt wurden. Sie wandten sich aus

Sicht des Grundrechtsschutzes gegen die neuen §§ 13 bis 15 LuftSiG, vor allem gegen die Ermächtigung der Streitkräfte, Luftfahrzeuge durch unmittelbare Einwirkung mit Waffengewalt abzuschießen und dabei ggf. die Kläger zu treffen. Das Gesetz enthielt in der damaligen Fassung des § 14 LuftSiG folgenden Wortlaut: „Zur Verhinderung des Eintritts eines besonders schweren Unglücksfalles dürfen die Streitkräfte im Luftraum Luftfahrzeuge abdrängen, zur Landung zwingen, den Einsatz von Waffengewalt androhen oder Warnschüsse abgeben.“ (Abs.1) [...] „Die unmittelbare Einwirkung mit Waffengewalt ist nur zulässig, wenn nach den Umständen davon auszugehen ist, dass das Luftfahrzeug gegen das Leben von Menschen eingesetzt werden soll, und sie das einzige Mittel zur Abwehr dieser gegenwärtigen Gefahr ist.“ (Abs. 3).

Der Erste Senat erklärt den letzten Satz als unvereinbar und nichtig mit dem Grundgesetz. Im Kern begründet er dies damit, dass es schlechterdings unvorstellbar sei, auf der Grundlage einer gesetzlichen Ermächtigung unschuldige Menschen, die sich wie die Besatzung und die Passagiere eines entführten Luftfahrzeugs in einer für sie hoffnungslosen und unentrinnbaren Lage befänden, vorsätzlich zu töten, also staatlicherseits aufzuopfern. Eine solche Abwägung dürfe der Gesetzgeber nicht treffen. Ein nichtkriegerischer Streitkräfteinsatz mit solchen Konsequenzen sei mit dem Recht auf Leben und der Verpflichtung des Staates zur Achtung und zum Schutz der menschlichen Würde nicht zu vereinbaren. Die letzte Aussage des Bundesverfassungsgerichts ist interessant. Sie verweist nämlich indirekt darauf, dass der Senat die gesetzliche Regelung zu diesem Zeitpunkt nicht

als einen tauglichen Versuch auffasste, gerade für das exzeptionelle und von außen herbeigeführte Szenario⁷ der terroristischen Anschläge des 11. September 2001 eine gesetzgeberische Lösung zu finden. Zum Anwendungsbereich des § 14 Absatz 3 LuftSiG erläutert er zudem ausdrücklich, dieser betreffe nicht die Abwehr von Angriffen, die auf die Beseitigung des Gemeinwesens und die

Der Erste Senat **LEHNTE** im Februar die „Abschlussbefugnis in den §§ 13 bis 15 LuftSiG eingeschränkt **AB**.“

Vernichtung der staatlichen Rechts- und Freiheitsordnung gerichtet seien. Der Senat verstand folglich die Änderung im Luftsicherheitsgesetz auch nicht als Regelung für einen exzeptionellen Fall im Innern, sondern lediglich als Gesetz, mit dem die allgemeine polizeiliche Gefahrenabwehr verbessert bzw. unterstützt werden soll. In Einklang damit kommt er zu dem Schluss, die Verfassung (Art. 35 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 Satz 1 GG) erlaube es dem Bund nicht, die Streitkräfte bei der Bekämpfung von Naturkatastrophen und besonders schweren Unglücksfällen mit spezifisch militärischen Waffen einzusetzen. Damit bleiben 2006 in Bezug auf unsere Ausgangsfragen unbefriedigende Antworten bestehen.

Trotzdem enthält das Urteil des Ersten Senats bereits wichtige Klarstellungen. Es erkennt nämlich an, dass der Begriff des „besonders schweren Unglücks-

falls“, der im Art. 35 Abs. 2 und 3 GG angelegt ist, Vorgänge umfasst, die von Menschen absichtlich herbeigeführt werden, also auch die – möglichen – Folgen krimineller oder terroristischer Taten. Und, dass die Streitkräfte bereits dann, wenn der Eintritt einer menschlich verursachten Katastrophe absehbar ist, nicht nur zur technischen Hilfe herangezogen werden, sondern in gesteigerten Lagen auch eingesetzt werden können. Allerdings nur im Rahmen der Befugnisse zur allgemeinen Gefahrenabwehr, wie sie den Landesbehörden (d. h. der Polizei) eröffnet sind. Schließlich betrifft die Einschränkung, dass ein missbrauchtes Luftfahrzeug nicht mit Waffengewalt bekämpft werden dürfe, nur ein mit unschuldigen Tatanbeteiligten besetztes Flugzeug. Ein nur mit Tätern besetztes oder unbemanntes Luftfahrzeug könnte demnach mit Waffengewalt bekämpft werden, soweit es der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nach den Umständen des Einzelfalls zuließe.

Die Länder Bayern und Hessen machten beim Bundesverfassungsgericht Verfahren der abstrakten Normenkontrolle anhängig, die bis zum Abschluss der Verfassungsbeschwerden hintangestellt wurden. Nach dem Urteil vom 15. Februar 2006 erklärten die Staatsregierungen ihre Anträge hinsichtlich der Abschussbefugnis für erledigt. Im Übrigen hielten sie daran fest, weiterhin die Gesetzgebungsbefugnis des Bundes für die Ergänzung des Luftsicherheitsgesetzes und die Eilentscheidungsbefugnis des Bundesministers der Verteidigung für die Einsatzentscheidung der Luftwaffe (ebenfalls § 13 Absatz 3 LuftSiG) zu bestreiten. Beide Punkte haben aus Sicht der Landesregierungen eine besondere Berechtigung, weil sie das Bund-Länder-Verhältnis im

hier maßgeblichen Kernbereich der Länderkompetenzen betreffen: die Prärogative der Länder in der polizeilichen Gefahrenabwehr. Und damit letztlich gerade die Frage, wann und inwieweit der Bund aus eigenem Recht in gesteigerten Situationen der Gefahrenabwehr Streitkräfte im Innern einsetzen darf.

Das Bundesverfassungsgericht

Für die Normenkontrolle und die Verfassungsfragen der staatlichen Kompetenzordnung ist der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts zuständig. Er rief – in seit 2006 geänderter Zusammensetzung – am 3. Mai 2011 das Plenum des Bundesverfassungsgerichts an, da er beabsichtigte, von den Rechtsauffassungen abzuweichen, die dem Urteil des Ersten Senats zugrunde lagen. Wichtig für unsere Fragestellung ist dabei, dass der Zweite Senat eine Abweichung nicht nur in Bezug auf die Gesetzgebungsbefugnis und die Eilentscheidungskompetenz erwog. Auch die Feststellung, dass Art. 35 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 GG einen Einsatz der Streitkräfte mit spezifisch militärischen Waffen nicht zulasse, wollte er überprüfen.

Das Plenum des Bundesverfassungsgerichts hat zu dieser Vorlagefrage entschieden:⁸ „Art. 35 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 GG schließen die Verwendung spezifisch militärischer Waffen bei Einsätzen der Streitkräfte nach diesen Vorschriften nicht grundsätzlich aus, lassen sie aber nur unter engen Voraussetzungen zu“⁹. Dies betrifft nicht nur das Luftsicherheitsgesetz, sondern jeden Fall, in dem ein Einsatz der Streitkräfte in gesteigerten Situationen der Gefahrenabwehr nach Art und Umfang erwogen wird. Dem Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Hans-Peter Bartels, der den Einsatz der Bundeswehr

im Innern bei Terroranschlägen bereits jetzt – ohne gesetzliche Regelung – für möglich hält, ist daher grundsätzlich zuzustimmen¹⁰. Denn eine verfassungsrechtliche oder gesetzliche Schutzlücke für diesen Fall besteht nicht.

Was ist aber darunter zu verstehen, dass der Einsatz der Streitkräfte unter Verwendung spezifisch militärischer Kampfmittel nur unter engen Voraussetzungen in Betracht kommt? Auf einer ersten Stufe ergibt sich dies positiv aus der verfassungsrechtlichen Voraussetzung des „besonders schweren Unglücksfalls“, den das Bundesverfassungsgericht für den Streitkräfteinsatz näher konkretisiert. Der Begriff umfasst für den Fall des originären Streitkräfteinsatzes nur „ungewöhnliche Ausnahmesituationen katastrophischen Ausmaßes“. Damit gibt die Plenarentscheidung

Das Bundesverfassungsgericht beschied 2011, dass die Streitkräfte spezifisch militärische Kampfmittel nur in AUSNAHMEFÄLLEN verwenden können.

hier ein strenges Regel-Ausnahme-Verhältnis als Maßstab vor, ohne den Begriff mit Beispielfällen zu füllen. In der Regel – d. h. unterhalb dieser Schwelle – kommt also weder ein Streitkräfteinsatz unter Verwendung spezifischer militärischer Mittel noch ein Streitkräfteinsatz, den die Bundesregierung aus eigener Einschätzungsprärogative beschließt, in Frage.

Negativ gewendet stellt auch nicht jede Gefahrensituation, die ein Land mittels seiner eigenen Polizei nicht zu beherrschen imstande ist, allein schon aus diesem Grund einen besonders schweren Unglücksfall dar. Das Bundes-

verfassungsgericht betont vielmehr, dass auch die Anforderungskompetenz der Bundesländer gegenüber dem Bund und der Bundeswehr insoweit beschränkt ist. Und zwar zunächst auf eine Unterstützung, bei der die Bundeswehr nichtmals hoheitliche Befugnisse der allgemeinen Gefahrenabwehr ausübt, sondern nur Amtshilfe im Rahmen technischer Unterstützung leistet. Dies entspricht auch der bisherigen Staatspraxis, und das selbst im Bereich der Luftsicherheit. Dass die Bundeswehr unter Landesführung die Befugnisse der Länderpolizei zur allgemeinen Gefahrenabwehr ausübt, ist bereits ein – wenn auch bisher nicht eingetretener – Ausnahmefall, um einer gesteigerten polizeilichen Gefahrenlage Rechnung zu tragen. Ein Einsatz der Streitkräfte durch die Bundesregierung, bei dem die Soldaten weitergehende hoheitliche Befugnisse ausüben sollen, d. h. unter Verwendung spezifisch militärischer Kampfmittel eingesetzt werden, ist durch das strengere Regel-Ausnahme-Verhältnis, das vom Plenum herausgearbeitet wurde, begrenzt.

Das Bundesverfassungsgericht unterwirft den originären Einsatz zusätzlich – auf einer zweiten Stufe – einer verfassungsrechtlichen Sperrwirkung aus der Notstandsverfassung. Deren Regelungen in Art. 87a Abs. 4 GG dürfen nicht dadurch umgangen werden, dass der Einsatz der Streitkräfte statt auf dieser Grundlage ausweichend auf der des Art. 35 Abs. 2 oder 3 GG erfolgt. Zur Bewältigung eines Unglücksfalls können Streitkräfte deshalb nur in Ausnahmesituationen eingesetzt werden, die nicht von der in Art. 87a Abs. 4 GG geregelten Art sind. Liegt eine Situation vor, die eine Ähnlichkeit mit inneren Unruhen aufweist – z. B. gewalttätige

Demonstrationen – verspermt diese Tatsache die Möglichkeit, Streitkräfte „zur Amtshilfe“ einzusetzen. Das Rational dazu ergibt sich aus den hohen Hürden der Notstandsregelung. Denn nach Art. 87a Abs. 4 Satz 1 GG dürfen selbst zur Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter aufständischer Streitkräfte auch dann, wenn das betreffende Land zur Bekämpfung der Gefahr nicht bereit oder in der Lage ist, nur unter der – strengeren – Voraussetzung eingesetzt werden, dass eine Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes besteht.

Schließlich muss der besonders schwere Unglücksfall, zu dessen Bekämpfung auch spezifisch militärische Mittel eingesetzt werden sollen, bereits vorliegen. Dies setzt zwar nicht notwendigerweise einen bereits eingetretenen Schaden voraus. Der Unglücksverlauf muss aber bereits begonnen haben und der Eintritt eines katastrophalen Schadens mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit unmittelbar bevorstehen. D. h., zeitlich hat das Plenum für den originären und bewaffneten Streitkräfteeinsatz die Schraube fester ange dreht. Der Einsatz der Streitkräfte wie der Einsatz spezifisch militärischer Abwehrmittel ist zudem auch in einer solchen exzeptionellen Gefahrenlage nur als Ultima Ratio zulässig.

Eine Schutzlücke

Bleibt unter diesen hohen Hürden doch eine Schutzlücke? Dies soll für eine Ausgangssituation skizziert werden, die mit den Anschlägen von Paris vergleichbar wäre. D. h. für eine Situation, in der islamistisch motivierte Attentate zeitgleich und koordiniert an verschiedenen Orten innerhalb einer Metropole auf Sport-

Auf der Grundlage der sachlichen Einschätzungsprärogative können die LÄNDER über Unterstützung durch die Streitkräfte entscheiden.

und Konzertveranstaltungen sowie öffentliche Lokale erfolgt sind, bei denen Schusswaffen einschließlich Militär- bzw. Kriegswaffen eingesetzt wurden, Geiselnahmen erfolgten, sowie Selbstmordattentate mit Sprengstoffwesten verübt wurden. Solche Terroranschläge und ihre Folgen können eine Situation der gesteigerten Gefahrenabwehr hervorrufen. Das betroffene Bundesland hat nach föderaler Verfassungslage die Gefahr vor Ort jedoch zunächst mit eigenen Polizeikräften zu bewältigen. Dies gewährleistet auch eine verzugslose und eingespielte polizeiliche Aufgabenwahrnehmung. Sollten die eigenen, gegebenenfalls landesweit zusammengezogenen Kräfte nicht ausreichen, dann entscheidet das Land darüber, wann es sich wie und an wen mit der Bitte um Hilfe wendet, d. h. an andere Bundesländer oder an den Bund. In der Ausgangssituation käme es also auf die sachliche Einschätzungsprärogative und die Anforderung des betroffenen Landes an, ob auch die Streitkräfte in der Gefahrenabwehr zur Unterstützung der Polizei eingesetzt werden. Die Streitkräfte wären gemäß der zuvor beschriebenen Lage nach den Anschlägen auf technische bzw. personelle Unterstützung beschränkt. Dass die Streitkräfte in der Strafverfolgung und zu polizeilichen Ermittlungen eingesetzt werden, ist ausgeschlossen.

Wenn die tatsächliche Folge der Anschläge oder eine weiter bestehende Anschlagsgefahr das Gebiet mehrerer Bundesländer betraf – und es zur wirksamen Bekämpfung dieser Gefahr erforderlich wäre – kann die Bundesregierung die betroffenen Landesregierungen anweisen, nicht nur Polizeikräfte anderer Länder oder des Bundes, sondern auch Einheiten der Streitkräfte zur Unterstützung der Polizeikräfte einzusetzen. Solche Bundesweisungen kämen an die betroffenen Bundesländer nur in Betracht, wenn diese tatsächlich nicht oder nur unter erheblichen Schwierigkeiten in der Lage wären, die Gefahr mit Landeskräften abzuwehren. Wie und mit welchen Befugnissen die Streitkräfte von den Ländern eingesetzt werden sollen, kann die Bundesregierung dabei nicht vorgeben. Auch in dieser Situation ginge die Einschätzungsprärogative der Länder zunächst weiter vor. Sie bestimmen gemäß der Lage, wie die Streitkräfte für polizeiliche Aufgaben und Befugnisse der Gefahrenabwehr unter ihrer Führung eingesetzt werden. Wäre eine Ereignis von katastrophischen Dimensionen zu bewältigen oder dessen unmittelbarer Eintritt zu verhindern, könnten unter denselben Voraussetzungen die Streitkräfte nach einer Kabinettsentscheidung auch originär durch den Bund selbst eingesetzt werden. Entscheidend für den Wechsel in der föderalen Prärogative ist (nur) die Dimension der Gefahr. Eine Dimension, die den Wechsel auslösen könnte, läge vor, wenn etwa Anschlagsmittel mit sehr weitreichenden, andauernden verheerenden Wirkungen eingesetzt würden oder damit gedroht würde. Ausgeschlossen bleibt auch dann, dass militärische Waffen gegen Unbeteiligte oder Menschenmengen eingesetzt werden –

Letzteres wegen der Sperrwirkung des Notstandes.

FAZIT

Das Grundgesetz erlaubt den Einsatz der Bundeswehr im Innern – auch mit Waffengewalt – gefahrangemessen in abgestufter Weise, ohne das Grundkonzept der Polizeihöhe der Länder in der föderalen Verfassung in Frage zu stellen. Der entscheidende Unterschied gegenüber der Rechts- und Kompetenzlage in

Das föderale Grundkonzept der Polizeihöhe der Länder bleibt mit GEFÄHREN-ANGEMESSENEN Ausnahmen bestehen.

Frankreich liegt nicht in einem Weniger an rechtlichen Möglichkeiten, sondern in der föderalen Staatsordnung Deutschlands, aus der auch eine strikte Aufgabentrennung zwischen Streitkräften und Polizei erwächst ///



/// SYLVIA CHARLOTTE SPIES-OTTO

leitete bis Ende 2015 das Referat „Staats- und Verfassungsrecht“ im Bundesministerium der Verteidigung, Berlin/Bonn, und begleitete in dieser Funktion u. a. die Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht um das Luftsicherheitsgesetz und den Einsatz der Streitkräfte im Innern.

Anmerkungen

- ¹ <http://www.welt.de/politik/deutschland/article151078291/Schaeuble-fordert-Bundeswehreinsatze-auch-im-Innern.html>, Stand: 10.3.2016
- ² Statt vieler Gimmler, Karl-Heinz / Portugall, Gerd: Helfer in der Not?, in: Behörden Spiegel, Februar 2016, S. 53 und in der Weißbuchdebatte Sonne, Werner: <http://www.cicero.de/berliner-republik/bundeswehr-einsatz-im-innern-bravo-frau-von-der-leyen/60772>, Stand: 14.4.2016.
- ³ Zum Streitstand mit Hintergründen Leithäuser, Johannes / Sattar, Majid: Rotes im Weißbuch, Warum Steinmeier und von der Leyen streiten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.4.2016, S. 2.
- ⁴ http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/!ut/p/c/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP315EyrpHK9pNyydL3y1Mzi4qTS5Ay99KLSvJSxPTUPP2CbEdFAOQreHcl/, mit Einzelheiten zum Weißbuchprozess, Stand: 13.4.2016.
- ⁵ Gesetz zur Neuregelung von Luftsicherheitsaufgaben vom 11.1.2005 (BGBl I S. 78).
- ⁶ http://www.bverfg.de/e/rs20060215_1bvr035705.html, Stand: 13.3.2016.
- ⁷ Völkerrechtlich waren die Anschläge einem „bewaffneten Angriff“ gleichzusetzen und dürften deshalb „kriegerisch“ beantwortet werden. Der VN-Sicherheitsrat unterstrich am 28.9.2001 das Recht der Vereinigten Staaten von Amerika auf Selbstverteidigung gegen die fortbestehende Bedrohung von außen, auch soweit der Gegner – das Terrornetzwerk Al Kaida – kein staatlicher Akteur ist.
- ⁸ http://www.bverfg.de/e/fs20110503_2bvf000105.html, Stand: 10.3.2016.
- ⁹ Im Übrigen entschied es: Die Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes ergibt sich aus seiner ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz für den Luftverkehr. Der Streitkräfteeinsatz in Fällen des überregionalen Katastrophennotstandes ist auch in Eilfällen nur aufgrund eines Kabinettschlusses zulässig.
- ¹⁰ <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-12/umfrage-bundeswehr-terror-einsatz-inland>, Stand: 10.3.2016.

/// Deutsche Sicherheitspolitik und die Herausforderungen für die Bundeswehr

DIE OFFENE GLOBALE GESELLSCHAFT UND IHRE FEINDE*

RALF ROLOFF /// Die internationale Politik steht mal wieder an einem Scheideweg. Hatte sich nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes zunächst eine grundsätzlich offene globale Gesellschaft entwickelt, in der Globalisierung, Regionalisierung, Integration und Kooperation die neuen Parameter zu sein schienen, erleben wir nun, wie diese offene globale Gesellschaft von verschiedensten Akteuren und auf den unterschiedlichsten Ebenen in Frage gestellt und herausgefordert wird.¹

Eine neue sicherheitspolitische Debatte

Sicherheitspolitik ist wieder in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Die europäische Flüchtlingskrise hat ihren Teil dazu beigetragen, Sicherheitspolitik in Deutschland wieder in die öffentliche Diskussion zu bringen. Das Interesse daran ist nicht mehr ausschließlich auf die überschaubare Gruppe der Experten beschränkt, sondern steigt zunehmend auch in weiten Kreisen der Gesellschaft.

Das ist auch zwingend erforderlich, denn die sicherheitspolitischen Herausforderungen brauchen politische Anpassungen, die nur mit einem breiten außen- und sicherheitspolitischen Konsens dauerhaft zu bewältigen sein werden. Das wiederum verlangt eine breite öffentliche Diskussion, die 25 Jahre nach der Wiedervereinigung und der Verschiebung weltpolitischer tektonischer Platten seit dem Ende des Kalten Krieges längst überfällig ist. Ereignisse wie der globale „war on terror“ seit dem 11. September 2001 mit den Kriegen in Afghanistan und Irak, die Weltfinanzkrise 2008/09, der Arabische Frühling 2011 oder die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland 2014 zeigen, wie sehr die Welt aus den Fugen geraten ist.

In dieser unübersichtlichen Gemengelage der internationalen Politik sind

Sicherheitspolitik ist wieder ein
GESELLSCHAFTLICHES Thema.



Quelle: mauritius images / irishphoto.com / Alamy

Putin fordert den Westen mit seiner aggressiven Machtpolitik heraus und versucht so, wieder an Russlands alte Größe zu kommen. Man sollte ihn aber zum Vorteil aller unbedingt wieder in das Netzwerk der internationalen Kooperation wie hier beim EU-Gipfeltreffen 2014 in Brüssel zurückbringen.

Bündnisverteidigung und internationales Krisenmanagement die beiden Kernaufgaben der Bundeswehr. Sie einander anzunähern und in Einklang zu bringen ist nach dem langen Jahrzehnt des Auslandseinsatzes in Afghanistan und den neuen Herausforderungen an die Bundeswehr die große Aufgabe der deutschen Sicherheitspolitik der Zukunft, konzeptionell, materiell, personell und strategisch.

Derzeit ist die Bundeswehr in verschiedenste Einsätze eingebunden: Afghanistan, Kosovo, Syrien, Irak, Mali, im südlichen Mittelmeer im Rahmen

der UN, NATO und EU, in Somalia, Sudan, Liberia und der Westsahara. Klassische Bündnisverteidigung, Einsätze gegen Ebola, Trainingseinsätze und Militärberatung – ein sehr breites Spektrum für eine Armee, deren verfassungsmäßiger Auftrag lediglich die Landesverteidigung ist. Auch wenn sich die Bundesrepublik Deutschland bereits mit dem Grundgesetz in die festen völkerrechtlichen Strukturen und Systeme kollektiver Sicherheit eingebunden hat und durch den Europa-Artikel 23 eng in die Europäische Union eingebunden ist, ergibt sich hier ein Spannungsfeld. Die

enge verfassungsmäßige Aufgabenstellung und das sich stetig erweiternde Spektrum der Aufgaben im Rahmen der Bündnisverteidigung und des internationalen Krisenmanagements mit Interventionskräften im Rahmen der Vereinten Nationen, der NATO und der EU stellen einen schwierigen sicherheitspolitischen Spagat dar. Das wird künftig noch schwieriger werden, zumal nun auch immer lauter über eine Rolle für die Bundeswehr im Inneren nachgedacht wird.

Welche sicherheitspolitischen Herausforderungen stellen sich nun konkret für Deutschland? Welche davon sind alt, welche neu oder erscheinen lediglich in einem anderen Licht? Welche Rolle spielt dabei die Bundeswehr – multilateral, bilateral, unilateral, intern? Was also folgt daraus für die deutsche Sicherheitspolitik?

Drei sicherheitspolitische Herausforderungen

Die Globalisierung, die offene globale Gesellschaft und damit das feingesponnene Netz internationaler Verflechtungen, wechselseitiger Abhängigkeiten und vielschichtiger internationaler Instrumente zu ihrer Steuerung werden aus drei verschiedenen Richtungen herausgefordert, bedroht und in Frage gestellt: transnational, machtpolitisch und regional.

Die transnationale Herausforderung

Die transnationalen Herausforderungen sind diejenigen, die wir am ehesten mit der Ausprägung der Globalisierung in Verbindung bringen: grenzüberschreitend, unkontrollierbar, entgrenzt und nur trans- und multilateral zu lösen. Internationaler oder transnationaler Terrorismus, das Phänomen der Foreign

Fighters für den Islamischen Staat (ISIL), die nicht nur aus allen arabischen Ländern dem Islamischen Staat, dieser hybriden neuen Terrororganisation zulaufen, sondern auch aus den westlichen Industrienationen und Russland, sind ein komplexes globales Problem². Die Jugendradikalisierung im arabischen Raum, aber nicht nur dort, ist ein eng damit verbundenes strukturelles Phänomen der konstanten und latenten Destabi-

Die GLOBALISIERTE Gesellschaft wird von transnationalen, machtpolitischen und regionalen Momenten sicherheitspolitisch herausgefordert.

bilisierung. Eine Jugendradikalisierung könnte auch in den südeuropäischen Ländern ein Thema werden, wenn es hier nicht gelingt, die Chancen für die junge Generation deutlich zu verbessern. Gerade in Spanien und Italien leidet besonders diese unter der Misswirtschaft der vergangenen Jahre.

Transnationale organisierte Kriminalität ist nach wie vor ein weltumspannendes Problem. Illegale Migration und Flüchtlingskrisen werden auch weiterhin eine sicherheitspolitische Herausforderung darstellen, welche sich nicht mit dem Schließen bestimmter Schleuser-routen und -aktivitäten erledigen lässt. Cybersicherheit wird auch zunehmend zu einem wichtigen Thema, weil die Sicherheit des Cyberraums an das zentrale Nervensystem der Globalisierung, der Wirtschaft und der modernen Informationsgesellschaft, geht. Können wir dauerhaft und erfolgreich den Cyberraum vor kriminellen, aggressiven und auch staatlichen Ein- und Angriffen nicht verteidigen, können wir die globale offene

Gesellschaft als Grundvoraussetzung für die positive Entwicklung der Weltgesellschaft und der Weltwirtschaft dauerhaft nicht schützen. Wir setzen sie dann sehenden Auges ihren umtriebigen vielfältigen Gegnern aus. Cybersicherheit ist also in den kommenden Jahren ein Schlüsselthema der Sicherheitspolitik. An keinem anderen sicherheitspolitischen Themenfeld können wir so gut die strukturellen Veränderungen der Welt sehen wie im Cyberraum. Die sogenannten Global Commons werden ein wichtiges Feld der Sicherheitspolitik.

Pandemien wie Ebola, das Zika-Virus oder die Vogelgrippe sind da schon eher klassische Fälle der transnationalen Sicherheitsbedrohungen. Der Klimawandel wird, nicht zuletzt dank der beharrlichen Arbeit von zahlreichen Aktionsgruppen und Nichtregierungsorganisationen, von immer mehr staatlichen Akteuren als ernstzunehmendes Problem der Sicherheitspolitik wahrgenommen. Der Klimagipfel von Paris 2015 hat hier sicherlich einen großen Fortschritt gebracht, wenngleich gemessen an der Dringlichkeit des Problems, die getroffenen Beschlüsse dem Versuch gleichen, eine Schnecke gegen Usain Bolt über 100 m Sprint antreten zu lassen. Nahrungsmittel- und Wasserknappheit haben auch eine sicherheitspolitische Dimension, die wir nicht unterschätzen sollten. Es sei nur daran erinnert, dass im Umfeld der Weltfinanzkrise 2008/09 auch eine Nahrungsmittelkrise schwebte. Der Arabische Frühling 2011 hatte als Auslöser die exorbitant gestiegenen Nahrungsmittelpreise. Die demographische Entwicklung gehört auch in das Spektrum der transnationalen Sicherheitsthemenfelder. Die EU-Kommission hat in ihrer strategischen Review 2030 den demographischen Faktor sogar als

zentral für die künftige Situation der Europäischen Union identifiziert.³ Eng mit all den erwähnten Bedrohungen und Herausforderungen sind der Verfall von Staatlichkeit, schwache Staaten, Räume begrenzter Staatlichkeit und herr-

TRANSNATIONALE Bedrohungen reichen von der Cyberkriminalität über Krankheiten, Migration und Flucht bis hin zur Ressourcenknappheit.

schaftsfreie Räume zunehmend ein zentrales Problem der Sicherheitspolitik. Mali, Libyen, Syrien, Irak und Afghanistan seien hier lediglich als die Spitze des Eisbergs genannt

Die machtpolitische Herausforderung

Wie sieht es mit den sogenannten strategischen Partnern, Herausforderern oder Gegnern, allen voran Russland, aus? Wohin treibt es unter Putin und wie kann der Westen Russlands aggressive Außenpolitik eindämmen und es zurück in das Netzwerk der internationalen Kooperation bringen?⁴ Hier liegt die Betonung bewusst auf „zurück“, weil es aus deutscher und westlicher Sicht genau darum gehen muss, nämlich Russland wieder zurück in die Kooperationsstrukturen zu bringen, die gemeinsam nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes entwickelt und systematisch von ihm als diskriminierend und nicht adäquat unterlaufen wurden. Der Versuch Russlands, zu alter Größe zurückzufin-

den, ist zwar nachvollziehbar, aber der gesamte politische Ansatz Putins geht doch am Kern der Sache vorbei. Solange sich das Land nicht modernisiert, wird es nicht zu irgendeiner Größe zurück finden können. Zu Modernisierung und offener Gesellschaft gibt es keine erfolgversprechende Alternative, die langfristig und nachhaltig für eine positive Entwicklung Russlands sorgen würde und das ist genau der Punkt. Russland ist derzeit eine Großmacht im Taumel, im Abstieg und wir werden lernen müssen, mit dieser taumelnden Großmacht, die in ganz verqueren Strukturen der Macht- und Gegenmachtbildung denkt, umzugehen. Das ist übrigens das wirklich Bemerkenswerte an der russischen Politik, nämlich, dass sie so gar nicht die westlichen Werte und OSZE-Prinzipien anerkennt. Regeln gelten nur für die Schwachen, Starke brauchen keine, sie setzen sie. Das ist falsch verstandenes Großmachtverhalten und das größte Missverständnis Russlands. Oder ist es unser größtes Missverständnis im Umgang mit diesem Land? Wie wollen wir mit Russlands Störfeuern und seiner Destabilisierungspolitik in Europa, in der Nachbarschaft, seinem Propagandafeldzug umgehen?

Putin versucht, Europa zu spalten, zu destabilisieren, Deutschland zu destabilisieren, damit die Sanktionen aufgehoben werden. Denn trotz aller gegenteiligen Beteuerungen wirken sie doch. Es ist nicht nur der Ölpreis, der Russlands störanfällige Wirtschaft binnen kürzester Zeit empfindlich schwächte, sondern eben auch die gezielten Sanktionen der EU und der westlichen Welt, die erheblich erschweren, an frisches Kapital und die notwendige Technologie zu kommen. Sie tun weh und zeigen vor allem auch, dass der Westen und die

EU nach wie vor sehr entschlossen sind, die Annexion der Krim und die Übergriffe in der Ostukraine nicht ohne weiteres als verzeihliches Gepolter des großen Bären durchgehen zu lassen. Hier haben Putin und seine Berater die Europäer völlig falsch eingeschätzt. Auch die Versuche der hybriden Kriegsführung mit allen Mitteln der modernen Subversion über die neuen Medien und die offene Unterstützung der nationalistischen Kräfte in Europa führen, gemessen am Aufwand, den Russland betreibt, doch nicht zu dem gewünschten Erfolg, wie man am Fall „Lisa“ vor einiger Zeit in Deutschland sehen konnte.⁵

Die taumelnde Großmacht Russland geht mit einer DESTABILISIERUNGSPOLITIK von Europa und Deutschland gegen die westlichen Sanktionen an.

Wie gehen wir also mit einem destabilisierenden Russland um? Das westliche Ziel kann keine gelenkte, gemanagte oder illiberale Demokratie sein. Gelenkte Demokratie ist keine Demokratie. Sie führt dauerhaft in einen scheiternden Staat. Darhoun Acemoglu und James Robinson haben das in ihrer herausragenden Studie „Warum Staaten scheitern“ sehr luzide herausgearbeitet.⁶ Wir müssten ihre Erkenntnisse lediglich auf Russland anwenden.

Die regionale Herausforderung

Regionale Herausforderungen wie der akute Wandel des „Rings of friends to ring of fire“ in der unmittelbaren Nachbarschaft der Europäischen Union stellen die dramatischste Veränderung für die deutsche Sicherheitspolitik dar. Die Region der südlichen Nachbarschaft

Nordafrika und des Nahen und mittleren Ostens ist konfrontiert mit dem Zerfall und der Auflösung der regionalen Ordnung. Ob die Versuche der Stabilisierung autokratischer, aber stabiler Regime nach dem Arabischen Frühling und deren Unterstützung durch die EU und die USA langfristig tatsächlich eine stabile südliche Nachbarschaft bringen wird, ist sehr fragwürdig. Im Grunde wird damit gerade der Keim für künftige Instabilität gelegt. Wenn der Westen die Regime nicht dauerhaft zu Reformen animiert, die ihrer Jugend eine Perspektive für ein gutes Leben bieten, wird auch weiterhin der Teufelskreis von Repression, Radikalisierung der Jugend, gewaltsamen Konflikten und scheitern den Staaten am Werk sein.

Welche Probleme mit unregierbaren Räumen entstehen, erleben wir gerade in der Sahel-Region. Es ist sehr gut, dass die Bundesregierung und auch die Europäische Union mit der Sahel- und der neuen Afrika-Strategie diese beiden Regionen als eine größere Einheit sehen anstatt wie bisher eine geographische Betrachtungsweise vorzunehmen, die die Probleme künstlich verzerrt und das Zusammenwirken der Regionen sowie die wechselseitige Verflechtung nicht in Rechnung stellt.

Ebenso wie die südliche gibt auch die östliche Nachbarschaft Anlass zur Sorge. Allerdings besteht diese nicht erst seit der aggressiven Politik Russlands gegenüber diesen Staaten. Nicht erst der Ukraine-Konflikt und die Annexion der Krim machten die östliche Nachbarschaft zu einem Problemfall. Allzu lange haben die Bundesrepublik und die Europäische Union eine zu vorsichtige Unterstützungspolitik in den dortigen Ländern verfolgt. Dieses Zögern wird dazu führen, dass Georgien, das sich als einziges Land in dieser

Region zu einer mehr oder weniger funktionsfähigen Demokratie entwickelt hat, von den westlichen Partnern und Freunden frustriert abgewendet wird. Wir haben nach 1990 diese Länder auf dem langen Weg der Transformation und Demokratisierung begleitet, jetzt lassen wir sie auf halbem Weg im Regen stehen. Die Frage nach der transformativen Kraft der Europäischen Union wird in der Region immer öfter gestellt.

Die deutsche OSZE-Präsidentschaft 2016 bietet eine enorme Chance, die europäische Sicherheitsarchitektur zu reparieren und das Konzept der europäischen kooperativen Sicherheit wieder mit Leben zu füllen. Allerdings müssen wir uns immer wieder klar machen, dass die OSZE und das Funktionieren der kooperativen Sicherheit im Raum zwischen Vancouver und Wladiwostok nur wirksam sein können, wenn der Kanon der OSZE-Werte und -Normen auch von allen anerkannt wird. Das ist aber ganz klar nicht der Fall. Im OSZE-Raum bestehen mindestens zwei Ordnungsvorstellungen, die nicht miteinander in Einklang zu bringen sind. Russland und die Länder Zentralasiens, Weißrussland, Aserbaidschan und Armenien unterlaufen den OSZE-Kodex. Die Helsinki-Schlussakte und die Charta von Paris werden von diesen Ländern mehr oder weniger offen in Frage gestellt. Am augenfälligsten war das bereits 2008 zu sehen, als Russland die internationale Gemeinschaft mit einem neuen europäischen Sicherheitsvertrag überraschte. Der Medwedew-Plan sah die Annullierung der KSZE-Schlussakte und aller aus ihr gewonnenen Grundlagedokumente vor. Ein kühnes Unterfangen, das selbstverständlich kategorisch von allen westlichen Mitgliedern der OSZE abgelehnt wurde. In der Zwi-

schenzeit führen Russland und die genannten Nachbarstaaten eine Außen-, Innen- und Menschenrechtspolitik, als ob es den OSZE-Kodex nicht gäbe.

Wichtig wird aufgrund des Klimawandels die Arktis. Hier entwickelt sich eine Dynamik in der Region, die durch den Wettbewerb um mögliche Seepassagen durchs ewige Eis und mögliche Erdöl- und Erdgasvorkommen eine potenziell konfliktträchtige Region werden könnte. Aber ebenso bietet sie die Möglichkeit zum Modell für eine konzertierte Kooperation der regionalen Kontrolle durch die Anrainer.

Russlands Politik gegenüber der östlichen Nachbarschaft hält sich NICHT an den OSZE-Kodex.

Wir leben nicht in einem neuen Kalten Krieg, wie in der aktuellen sicherheitspolitischen Debatte gerne plakativ und unzutreffend festgestellt wird. Diese Sichtweise wäre geradezu fatal, weil sie zu Analogien führen würde, die falsch sind. Sie verleitet dazu, nach bewährten Handlungsmustern in den Schubladen der Geschichte des Ost-West-Konflikts und seiner Regulierungen zu kramen. Aber die falschen Fragen führen zwangsläufig zu falschen Antworten. Die heutige Welt ist sehr viel komplexer, verflochtener und herausfordernder als es die Ära des Kalten Krieges mit ihrer klaren, aber prekären Balance of Threats, dem „Gleichgewicht des Schreckens“, war. Die heutige

Welt ist globalisiert, polyzentrisch, volatil, unsicherer und sie wandelt sich deutlich schneller. Komplexität, Unsicherheit und Wettbewerb sind folglich Grundbedingungen deutscher Sicherheitspolitik.⁷

Drei Thesen zur Sicherheitspolitik

Erste These: Wir erleben die Vernetzung und Verflechtung von Sicherheitspolitik auf allen Ebenen. Wir stehen mitten im Dickicht der komplexen Interdependenzen der globalisierten und regionalisierten Welt. Die wechselseitige Abhängigkeit zweier oder mehrerer Akteure schafft wechselseitige Vorteile, Gewinne, aber auch Abhängigkeiten, Verwundbarkeiten und Empfindlichkeiten. Diese Ambivalenz der Interdependenz, also die Qualität der Beziehung, macht das Besondere der heutigen komplexen Interdependenzen aus. Der Interdependenzbegriff bietet uns die Möglichkeit, Aussagen über die Qualität von Beziehungen zu machen.⁸ Wir müssen uns fragen: Wie können wir die zunehmend komplexer werdenden Interdependenzen steuern und wie können wir die Verwundbarkeiten, die sich daraus für Deutschland und Europa ergeben, reduzieren? Können wir sie überhaupt steuern oder bestenfalls eine Art Schadensbegrenzung betreiben? Was heißt das sicherheitspolitisch für Deutschland?

Zweite These: Gleichzeitig erleben wir die Herausforderung und den Verfall internationaler Ordnung, international, regional und im OSZE-Raum. Die Herausforderung kommt aus unterschiedlichen Richtungen und sie wird von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren vorangetrieben. Wir müssen uns zunehmend fragen, wie wir diesen Verfall kontrollieren oder seine Auswirkungen auffangen können. Wer profitiert eigentlich

von diesem Verfall der internationalen Ordnung und welche Alternativen stehen zur Verfügung? Deutschland als zentrale Macht in Europa und in der EU ist besonders gefordert und herausgefordert. Was heißt also heute und künftig „Führen aus der Mitte“?

Dritte These: Wir erleben eine wachsende Radikalisierung der westlichen euro-atlantischen Gesellschaften. Renationalisierung, nationalistische Bewegungen, Rechtsextremismus und rechts-extremistischer Terrorismus nehmen

Die westlichen Gesellschaften erfahren eine zunehmende RADIKALISIERUNG.

bedenklich zu. Sind illiberale Demokratien in der Europäischen Union wie in Ungarn, Polen und der Slowakei propagiert tatsächlich nachhaltige Alternativmodelle zum als dekadent empfundenen westlichen Modell der offenen Gesellschaft? Der „Trumpism“ in den USA und das ältere Phänomen der Tea Party zeigen das grundlegendere Phänomen der Modernisierungs- und Gegner der offenen Gesellschaft. Mit der „Alternative für Deutschland“ ist dieses Phänomen nun auch in Deutschland angekommen. Die offene Gesellschaft als Voraussetzung für die erfolgreiche Entwicklung der westlichen Welt seit 1945 und des Europäischen Einigungsprozesses seit 1950 steht von innen und außen massiv unter Druck.⁹ Auch hier stellt sich die Frage, was das für die herausgeforderte wehrhafte Demokratie in Deutschland bedeutet. Was heißt das sicherheitspolitisch für Deutschland und den notwendigen außen- und sicherheitspolitischen Konsens in der deutschen Gesellschaft?

Drei Forderungen an die deutsche Sicherheitspolitik

Vor diesem Hintergrund finden gleich mehrere strategische Überprüfungen und Neuausrichtungen statt, die für Deutschlands künftige Sicherheitspolitik zentral sind: erstens der Weißbuch-Prozess in Deutschland selbst, zweitens der Review-Prozess der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der EU-Sicherheitsstrategie, drittens die Überprüfung und Neuausrichtung der Europäischen Nachbarschaftspolitik im Rahmen der Europäischen Union und viertens die Anpassung der NATO-Strategie auf dem Gipfel in Warschau im Juli 2016. Der Weißbuch-Prozess fand also nicht isoliert statt, sondern war eng in den größeren euro-atlantischen Kontext eingebettet und dies auch ganz bewusst.¹⁰

Seit 2015 hat sich ein stärkeres deutsches Selbstbewusstsein in der Sicherheitspolitik eingestellt. Hierzu zählen die bemerkenswerten Auftritte von Bundesverteidigungsministerin von der Leyen und Bundespräsident Gauck bei der Münchner Sicherheitspolitik 2014, die mehr sicherheitspolitische Verantwortung Deutschlands ankündigten und einforderten. Eine europäischere NATO bedeutet mehr Investitionen in Sicherheit und Verteidigung und mehr Solidarität und Verantwortung. Faktisch heißt das mehr Geld für den Verteidigungsetat. In der Tat hat Deutschland als Konsequenz der Ukraine Krise und der Herausforderungen an der südlichen NATO-Flanke seinen Verteidigungsetat erhöht. Nach Jahren der Streichungen und Kürzungen stieg er 2015 erstmals merklich an, von -6,3 % auf +0,9 %. Das ist ein Zuwachs von 1,6 % des Bruttoinlandsprodukts auf 1,8 %, was zwar nicht den auf dem Gipfel in

Wales versprochenen 2,0 % entspricht, aber immerhin einen Anstieg darstellt.

Deutschland ist innerhalb der aktuellen strategischen Debatte der NATO der Vermittler zwischen den Fürsprechern der kollektiven Verteidigung, also den Visegradländern und den baltischen Staaten, und den Proponenten des internationalen Krisenmanagements. Mehr Verantwortung heißt auch mehr Aktivität. Deutschland ist ein zentraler Bündnispartner für kollektive Verteidigung, als die „lead nation“ der sehr schnellen NATO Eingreiftruppe, der in Wales ins Leben gerufenen VJTF. Es ist aber ebenso ein zentraler Bündnispartner bei NATO-Operationen und EU-Missionen und Operationen, bei denen es um internationales Krisenmanagement geht.

Die deutsche Sicherheitspolitik hat aber nicht nur eine militärische und verteidigungspolitische Komponente, sondern ebenso eine diplomatische. Hier hat Deutschland ebenfalls ein Mehr an internationaler Verantwortung übernommen und ist in der Zwischenzeit zum unverzichtbaren europäischen Akteur und zur Zentralmacht Europas aufgestiegen. Die deutsche Diplomatie spielte eine herausragende Rolle in der Vermittlung mit dem Iran, sie spielt eine führende Rolle in der internationalen Regulierung des Ukraine Konflikts, im sogenannten Normandie-Format und

nicht zuletzt die OSZE-Präsidentschaft 2016 hat hierin ihre manifeste sicherheitspolitische Ursache.

Der Zusammenhang zwischen Solidarität und kollektiver Verteidigung im Kontext des Artikels 5 des NATO-Vertrages spielt wieder eine größere Rolle im volatilen sicherheitspolitischen Umfeld. Die Aktivierung des Art 43.7 zur gegenseitigen Beistandspflicht des Lissabonner Vertrages durch Frankreich nach den Anschlägen von Paris im November 2015 macht die Dringlichkeit des Zusammenhangs zwischen Solidarität und kollektiver Verteidigung deutlich. Dieser Artikel galt lange Zeit als reine Spielwiese europapolitischer Nerds und extremer Kenner des Lissabonner Vertrages. Die gegenseitige Beistandsklausel war gut versteckt in den Tiefen des Artikels 43. Doch Frankreich erinnerte sich jetzt wieder daran und aktivierte diesen als bedeutungslos interpretierten Artikel. Was sich daraus ergeben wird, wird sich noch zeigen müssen. Dass Deutschland aber einer der ersten und wenigen Mitgliedsstaaten der EU war, der spontan und wohlwollend auf die Aktivierung reagierte, zeigt, wie ernst es ihm mit der Solidarität und der kollektiven Verteidigung ist. Die Solidaritätsklausel des Lissabonner Vertrages wurde bisher noch nicht aktiviert. Das wäre unter den aktuellen Schwierigkeiten zwischen den EU-Mitgliedsländern aber ein besonders spannender Fall.

Forderung 1: Den vernetzten Ansatz überdenken

Das neue sicherheitspolitische Umfeld erfordert, dass wir den Comprehensive Approach überdenken. Das sicherheitspolitische Mantra funktioniert nicht mehr so ohne weiteres, oder es wirkt sehr hohl. Im Zentrum steht die indivi-

Die deutsche Diplomatie in der Sicherheitspolitik hat an Bedeutung und Gewicht GEWONNEN.

duelle Sicherheit, die Human Security als Zentrum staatlicher Sicherheitspolitik. Was heißt das aber für den Umgang mit der Rückkehr der klassischen sicherheitspolitischen Bedrohungen? Was bedeutet das für den Umgang mit den sogenannten hybriden Formen der Kriegsführung, mit den transnationalen Bedrohungen, den regionalen Konflikten, der regionalen Destabilisierung an der südlichen und östlichen Nachbarschaft?

Forderung 2: Den Nexus Sicherheit – Entwicklung – regionale Konflikte berücksichtigen

Wir müssen stärker den Nexus Sicherheit – Entwicklung – regionale Konflikte in Rechnung stellen. Der wegweisende Weltbank Development Report von 2011 ist hier der Kompass. Wir müssen aber auch stärker den Nexus Sicherheit – schwache Staaten – Jugendradikalisierung / Terrorismus/ illegale Migration / transnationale organisierte Kriminalität

Der Westen muss CAPACITY BUILDING gegen die schwachen Staaten und hybride Kriegsführung entwickeln.

beachten, übrigens zwei Zusammenhänge, die eng miteinander verknüpft sind. Wir müssen uns klar machen, dass die Globalisierung auf das postmoderne Souveränitätsverständnis, aber zudem auch immer noch massiv auf modernes und klassisches Souveränitätsverständnis mit der zum Teil brutalen Ausbuchstabierung nationaler und staatlicher

Interessen trifft, also eben nicht an der Human Security, sondern ausschließlich an nationaler Sicherheit orientiert. Die Globalisierung trifft aber auch auf vormodernes Souveränitätsverständnis und auf Räume ohne staatliche Kontrolle, also im Grunde herrschaftsfreie Räume. Robert Coopers „Breaking of Nations“ war tatsächlich eine sehr gute Analyse dieser Entwicklung.¹¹

Forderung 3: Fähigkeitsbildung als Schlüsselaufgabe der Sicherheitspolitik begreifen

Das Kernproblem der internationalen Sicherheitspolitik ist schlechte und verantwortungslose Regierungsführung, ausgehend von exklusiven wirtschaftlichen und politischen Institutionen. Das führt letzten Endes zu fragilen Staaten, ob sie nun ein Legitimitäts-, Effizienz- oder Gewaltproblem haben.¹² Es scheint derzeit als Schlüsselproblem nicht so präsent, aber es ist in allen aktuellen sicherheitspolitischen Konflikten in der europäischen Nachbarschaft und in der Nachbarschaft der Nachbarschaft evident. Eine vordringlich sicherheitspolitische Aufgabe der nächsten Jahre wird daher die Fähigkeitsbildung, Capacity Building, der Aufbau von wirksamer Widerstandsfähigkeit gegen die Anfälligkeiten schwacher Staaten und hybride Kriegsführung sein. Die Ausbildung von Resilience durch die Initiative „enable and engage“ ist damit vorgegeben.¹³ Im Grunde aber ist diese Aufgabe der Fähigkeitsbildung und Resilience nichts anderes als die klassische Stabilisierungs- und Demokratisierungspolitik bzw. die Politik der Konditionalität. Gerade derzeit, wo Konditionalität und eine starke Demokratisierungspolitik zur Unterstützung schwacher Staaten dringlichst gebraucht würden, bemühen wir uns in

der westlichen Allianz darum, den Ball demokratiefördernd denkbar flach zu halten¹⁴ – ein kapitaler Fehler.

Fazit

Die drei zentralen Herausforderungen der deutschen und internationalen Sicherheitspolitik, die transnationale, die machtpolitische und die regionale, können erfolgreich und dauerhaft nur bewältigt werden, wenn die deutsche Sicherheitspolitik im Verbund mit ihren Partnern und Verbündeten in der NATO und der Europäischen Union den vernetzten Sicherheitsbegriff überdenkt und insbesondere im internationalen Krisenmanagement effektiv umsetzt und den Nexus Sicherheit – Entwicklung – regionale Konflikte dabei ständig im Auge behält. Die Fähigkeitsentwicklung muss eine ihrer zentralen Aufgaben werden. Letztlich wird sich so ein nachhaltiger Ansatz bieten, den Feinden der offenen globalen Gesellschaft erfolgreich die Stirn zu zeigen, auch und gerade in der innenpolitischen Debatte. Das Weißbuch 2016 bietet dazu eine sehr gute Gelegenheit. ///



/// PROF. DR. RALF ROLLOFF

ist Senior German Professor sowie Director MISS (Master in International Security Studies) am College of International and Security Studies, George C. Marshall European Center for Security Studies, Garmisch-Partenkirchen.

Anmerkungen

* Der Aufsatz beruht auf einem Vortrag, den der Verfasser auf der Expertentagung der Hanns-Seidel-Stiftung in München am 25. Februar 2016 gehalten hat.

¹ Vgl. hierzu Link, Werner: Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, München, 3. Aufl., 2001; Roloff, Ralf: Amerika, Europa und Asien zwischen Globalisierung und Regionalisierung, Paderborn 2001; Ders.: Konflikttheoretische Betrachtungen, in: Kein Feind in Sicht. Konfliktbilder und Bedrohungen der Zukunft, hrsg. von Walter Feichtinger und Anton Dengg, Wien 2010, S. 89-100.

² Siehe hierzu Harmon, Christopher / Pratt, Andrew N. / Gorka, Sebastian (Hrsg.): Toward a Grand Strategy against Terrorism, New York 2011; Wither, James K. / Mullins, Samuel (Hrsg.): Combating Transnational Terrorism, Sofia 2016; zum Islamischen Staat siehe Salama, Basma: Die Widerstandsfähigkeit des Islamischen Staates, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Wien 2016.

³ European Strategy and Policy Analysis System (ESPAS): 2030. Global Trends to 2030: Can the EU meet the challenges ahead?, Brüssel 2015.

⁴ Herd, Graeme P. / Roloff, Ralf: The New Dynamic in the East: Conflicts, Vulnerability, and (Dis)Order, in: Security Insights, 12/2016, George C. Marshall European Center for Security Studies, Garmisch-Partenkirchen.

⁵ Zu dem Mechanismus der russischen hybriden Kriegsführung im Informationszeitalter siehe den sehr lesenswerten Beitrag von Manteuffel, Ingo: Putin hat für jeden die richtige Botschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.3.2016.

⁶ Acemoglu, Daroun / Robertson, James: Warum Staaten scheitern, Frankfurt 2015.

⁷ Missiroli, Antonio / u. a.: A changing global environment, EUISS, Chailot Paper 133/2014, Paris.

⁸ Siehe hierzu die hervorragende Studie von Starr, Harvey: Anarchy, Order, and Integration, Ann Arbor 1997.

⁹ Es lohnt sich in diesem Zusammenhang, die klassische Studie von Karl Popper wieder zu lesen: Popper, Karl: The open society and its enemies, Princeton 1963.

¹⁰ Vgl. Linnenkamp, Hilmar / Mölling, Christian: Das Weißbuch zur Verteidigungspolitik, SWP-Aktuell 21, Februar 2015; European Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy: Review of the European Neighbourhood Policy, Brüssel 18.11.2015.

¹¹ Worldbank: World Development Report 2011, Washington 2011; Cooper, Robert: The Breaking of Nations, London 2004.

¹² European Commission: Operating in situations of conflict and fragility. An EU staff handbook, Brüssel 2014.

¹³ Puglierin, Jana: Germany's Enable & Enhance Initiative. What it is about?, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Security Policy Working Paper 1/2016.

¹⁴ Die Abschwächung der positiven und negativen Konditionalität in der Review der Europäischen Nachbarschaftspolitik ist hier sehr bemerkenswert.

/// Neue strategische Herausforderungen

WAS DIE BUNDESWEHR JETZT BRAUCHT*

FLORIAN HAHN /// „Dangerously close“ seien die russischen Militärflugzeuge dem Zerstörer „USS Donald Cook“ mehrere Male gekommen, berichtete das US-Verteidigungsministerium. Videoaufnahmen der Crew zeigen, wie die Maschine vom Typ Su-24 bis auf neun Meter an das amerikanische Schiff heranfliegt. Der Zerstörer befand sich zu diesem Zeitpunkt in internationalen Gewässern, 130 Kilometer von Kalinigrad entfernt. Rund 20 Mal sollen sich ähnliche Flugmanöver wiederholt haben. Ein auf die U-Boot-Jagd spezialisierter Marinehubschrauber vom Typ Ka-26 kreiste zudem über dem Schiff und machte Fotos.¹ Was klingt wie aus alten Zeiten, passierte erst in diesem Jahr, am 11. April 2016.

Verändertes strategisches Umfeld

Längst ist diese Art der kalkulierten Provokation kein Einzelfall. Russische Großübungen ohne Vorwarnungen in Grenznähe, sogenannte „Snap Drills“, häufen sich. Darüber hinaus mehren sich russische Instrumente der nicht-linearen, hybriden Kriegsführung, die, obwohl sie unterhalb der Schwelle eines offenen militärischen Angriffs bleiben, weitreichende Wirkung haben. In der Ukraine wurde dies fast perfekt vorexerziert. Der Schwenk des Kremls zu einer Politik, die sich von der ursprünglichen europäischen Sicherheitsordnung entfernt hat, erforderte ein Umdenken in der NATO. Schließlich zeigen Zwischenfälle wie der beschriebene, dass für einige östliche NATO-Mitglieder

Russland wieder eine reale und teilweise sehr vitale Bedrohung darstellt.

Bei seiner Rede anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz 2016 betonte NATO-Generalsekretär Jens

Die neuartige HYBRIDE Kriegsführung bewirkte eine strategische Neuausrichtung der Sicherheitspolitik von NATO und Deutschland.

Stoltenberg, dass Abschreckung und Schutz vor Russland in diesen Tagen so maßgeblich geworden sind wie der Dialog.² In der Konsequenz heißt das: Wir müssen als NATO so stark bleiben, damit wir unsere militärischen Fähigkei-



Rückkehr zum Kalten Krieg? Bis auf 9 Meter kamen russische Militärflugzeuge im April 2016 dem amerikanischen Marineschiff „USS Donald Cook“ in internationalen Gewässern nahe.

ten gerade nicht einsetzen müssen. Die Bündnisverteidigung ist wieder so wichtig wie Krisenmanagement. Der Gipfel von Wales im September 2014 war nicht weniger als eine strategische 180-Grad-Wende in der Ausrichtung der Allianz. Der in Wales entschiedene „Readiness Action Plan“ sah eine Erhöhung der militärischen Präsenz im Osten sowie mit der Aufstellung einer schnellen Eingreiftruppe (Very High Readiness Joint Task Force – VJTF) eine erhöhte Einsatzbereitschaft vor. Zudem galt es, die militärische Reaktionszeit signifikant zu steigern. Substanzielle Land-, See- und Luftstreitkräfte sollten wieder schnell innerhalb Europas verlegbar sein. Die Verwirklichung dieses Maßnahmenbündels sollte nicht die kollektive Ver-

teidigungsfähigkeit der NATO, sondern auch die strategische Ausrichtung der Bundeswehr erheblich verändern.

Während im Osten Europas Geopolitik wieder lebendiger denn je ist, erlebt der Süden ein Bedrohungspotenzial, das mit seiner Intensität bis nach Europa reicht. Der Krisenbogen, der von Afghanistan über den Nahen Osten bis an den Westrand Nordafrikas reicht, hat zwei der größten Herausforderungen zur Folge, mit denen sich die deutsche und europäische Sicherheitspolitik aktuell beschäftigen muss: die Flüchtlingskrise und der Terrorismus. Fragile Staatlichkeit sowie grassierende Arbeitslosigkeit und Korruption in diesen Regionen verstärken den Effekt. Die Terrorangriffe in Paris und Brüssel zeigen, wie gefährlich

uns terroristische Akteure wie der sogenannte Islamische Staat in Europa geworden sind. Was aber heißt das ganz konkret für Deutschland? Welche strategischen Schwerpunkte muss Deutschland setzen und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Bundeswehr?

Strategische Schwerpunkte Deutschlands

In der europäischen Sicherheitsarchitektur nimmt Deutschland aufgrund seiner militärischen Fähigkeiten eine zentrale Stelle ein. Wir haben auf das veränderte strategische Umfeld mittlerweile reagiert und übernehmen mehr Verantwortung, nicht nur als Teil eines Bündnisses, sondern insbesondere auch im eigenen Interesse. Blickt man auf die Anzahl der Auslandseinsätze der Bundeswehr, sieht man, wie sich unser Engagement in Krisengebieten gesteigert hat. Allein in den letzten Monaten hat die Bundeswehr drei große neue Missionen übernommen.³ Der deutsche Beitrag an der Stabilisierungsmission MINSUSMA der Vereinten Nationen steht exemplarisch für die zunehmende Zahl an intensiven Einsätzen zur Krisenbewältigung. So unterstützt die Bundeswehr Frankreich bei seinem militärischen Schwerpunkt in Afrika und hat mit der Ausweitung des Einsatzes auf den gefährlichen Norden Malis erhebliche Verpflichtungen übernommen. Gleichzeitig erfordert die erhöhte Präsenz im Osten Europas, so durchs Air Policing im Baltikum, die militärische Einsatzbereitschaft beispielsweise beim multinationalen Korps Nordost in Stettin sowie die schnellere Reaktionszeit ein Anforderungsprofil, das durch die Neuausrichtung für die Bundeswehr in den Hintergrund gerückt war.

Beide Entwicklungen konnten noch vor vier Jahren nicht vorausgesehen werden. Eine Trendwende im Verteidigungsetat, weitreichende Konsequenzen für die Ausstattung der Bundeswehr und ein spürbarer Aufwuchs beim Personal waren notwendig und Kernforderungen der CSU.

Konsequenzen für die Bundeswehr

Die ersten Schritte wurden 2015 eingeleitet. Das Verteidigungsministerium entschied, den Wehretat 2016 zu erhöhen. Zudem wurde erstmals wieder ernsthaft über die Leistungsfähigkeit der Streitkräfte, Personal und die Ausstattung diskutiert. Starre Konzepte und Obergrenzen wurden in einer Zeit der sogenannten „Friedensdividende“ eingeführt. Dringender Modernisierungsbedarf, teilweise „hohle Strukturen“ und Engpässe in der Ausstattung waren die Folge, mit denen die Bundeswehr heute zu kämpfen hat. Der Bericht des Wehrbeauftragten 2016 beschreibt diese massiven Lücken. So sollen beim Gebirgsjägerbataillon 232 im Jahr 2015 von einem Ausstattungssoll von 522 Nachtsichtgeräten LUCIE lediglich 96 vorhanden gewesen sein, von denen wiederum nur 3 zur Verfügung standen.⁴

Der Wehretat für 2016 wurde zwar erhöht, es bedarf jedoch einer LANGFRISTIGEN Grundfinanzierung.

den.⁴ Obwohl die Kernkompetenzen der Bundeswehr weiterhin wahrgenommen werden können, gibt diese kurze Bestandsbeschreibung einen Eindruck davon, wie gewaltig der Bedarf ist.

Ausbildung und Ausstattung sind und bleiben dabei Kern echter Einsatz-

bereitschaft. Daneben kommen erhebliche Ausgaben aufgrund der rotierenden Stationierung in Osteuropa sowie die Investitionen im Bereich des Reinforcement auf Deutschland zu. Die Ankündigung der Verteidigungsministerin, den Investitionsbedarf im Bereich militärische Beschaffung bis 2030 auf 130 Milliarden zu erhöhen, stellt deshalb einen folgerichtigen Schritt dar. Dennoch nennt Karl-Heinz Kamp, Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, die geforderte Summe mit Blick auf die gestiegenen Anforderungen zu Recht eine eher konventionelle Rechnung.⁵ Zudem deckt der Aufwuchs des Verteidigungsetats für 2017 das von der Ministerin geforderte Paket noch nicht ab. Um auf die aktuellen Herausforderungen richtig zu reagieren, brauchen wir heute eine langfristige Grundfinanzierung und keine schnellen Finanzspritzen.

Zusätzlich erforderten die verschiedenen Anforderungsprofile und insbesondere die Gleichzeitigkeit der Bedrohungen ein neues Denken beim Gesamtumfang der Streitkräfte. War noch zu Zeiten der Neuausrichtung der Bundeswehr 2011 eine Zielstärke von 185.000 Soldaten angemessen, ist die Flexibilisierung der Obergrenze heute dringend notwendig. Den Forderungen der CSU folgend verkündete die Verteidigungsministerin Anfang Mai 2016 die Erhöhung um rund 14.300 Soldaten bis 2023.⁶ Diese eingeleiteten Wenden bei Budget, Ausstattung und Personal stellen die unumgänglichen Sachentscheidungen dar, mit denen Deutschland auf die Sicherheitslage reagiert.

Gleichzeitig reagierte Ministerin von der Leyen mit dem Tagesbefehl „Cyber“ vom 26. April 2016 auf die voranschreitende Digitalisierung. Die umfangrei-

chen organisatorischen und inhaltlichen Veränderungen sehen unter anderem die Einrichtung einer Abteilung Cyber / IT sowie eines sechsten militärischen Organisationsbereichs im Ministerium vor. Diese Strukturveränderungen stellen wichtige Bausteine für den dringend notwendigen Kulturwandel in unserer Wahrnehmung von Sicherheit und, in der Konsequenz, der Verteidigung derselben dar, denn längst bildet der Cyberraum neben den klassischen Dimensionen Land, Luft, See und Weltraum eine eigene Sphäre. Entscheidend für die erfolgreiche Aufstellung der Bundeswehr im Cyberraum wird allerdings ein langfristiger qualitativer und quantitativer Auf- und Ausbau von Fähigkeiten sein, sprich die Rekrutierung von IT-Fachpersonal sowie die Aus- und Weiterbildung von Spezialisten. Die Einrichtung eines Masterstudiengangs mit Schwerpunkt Informatik / Cyber-Sicherheit an der Universität der Bundeswehr in München ist daher ein folgerichtiger Schritt.

Der Kulturwandel erfordert als REAKTION auf den Cyberraum die Einrichtung eines entsprechenden militärischen Organisationsbereiches.

Parallel arbeitet das Verteidigungsministerium an der notwendigen sicherheitspolitischen Lagebestimmung, der Neuauflage des Weißbuchs. Bereits im Oktober 2014 von der CSU gefordert, soll die deutsche Sicherheitsstrategie als umfassende Grundlage für die strategi-

sche Aufstellung unserer Bundeswehr und den Schutz von wehrtechnischen Schlüsseltechnologien dienen.

Im Weißbuchprozess wurden verschiedene Schwerpunktthemen besonders intensiv debattiert.⁷ Insbesondere die Überlegung, eine ergebnisoffene Diskussion über den Einsatz der Bundeswehr im Inneren zu führen, entspricht dem Gedankenansatz des CSU-Papiers „Mehr Verantwortung übernehmen – Bundeswehr stärken“ von Anfang 2015. Die jüngsten Terroranschläge in Paris und Brüssel zeigen, dass die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit heute nicht immer präzise gezogen werden können. Das strikte rechtliche Korsett, das die Bundeswehr bei

Neue Herausforderungen lassen einen Einsatz der Bundeswehr auch im INNEREN notwendig erscheinen.

Einsätzen im Inneren einengt, sollte dementsprechend auf dem Prüfstand stehen. ABC-Schutz und maritime Terrorbekämpfung sind nur zwei mögliche Szenarien, bei denen ein Assistenzeneinsatz der Bundeswehr denkbar wäre.⁸

Mit der Öffnung dieser Diskussion setzt der Weißbuchprozess an einem längst überfälligen Punkt an. Ein Sicherheitskonzept sollte immer als eine Möglichkeit genutzt werden, um die Gesellschaft auf die Notwendigkeit einer aktiven Sicherheitspolitik und ihrer Instrumente einzustellen. So darf nicht erst über die rechtlichen Rahmenbedingun-

gen eines Einsatzes im Inneren nachgedacht werden, wenn Extremfälle wie Terroranschläge oder Großschadensereignisse eingetreten sind. Schließlich misst sich die Resilienz eines Staates daran, wie gut er auf mögliche Gefährdungssituationen vorbereitet ist. Hierbei kann und muss die Bundeswehr einen maßgeblichen Beitrag leisten.

Fazit

Die Bundeswehr wird in den kommenden Jahren in einem komplexen Spannungsfeld aus neuen Herausforderungen und beschränkten Ressourcen agieren. Der Wandel bei Personal, Budget und Ausstattung, der 2015 begonnen hat und sich jetzt fortsetzt, war eine erste, dringend notwendige Reaktion auf die Weltlage. Christian Mölling von der Stiftung „German Marshall Fund“ nannte es die „Rückkehr des Militärischen“ in der Innen- und Außenpolitik,⁹ auf die wir heute reagieren müssen. Wir müssen daher unser Verständnis von einer ausschließlich reaktiven Rolle abschütteln. Noch immer stehen viele in Deutschland dem Militär skeptisch gegenüber. Das zeigte insbesondere die Debatte über den Einsatz im Inneren. Dabei hat sich die Bundeswehr in ihren 60 Jahren als stabile und demokratische Institution unseres Landes bewährt. Heute, vor dem Hintergrund der Bedrohungen im Osten wie Süden Europas, ist die Bundeswehr mehr denn je ein elementarer Garant unsere Sicherheit. Wir müssen sie deshalb bestmöglich aufstellen. Nachdem die Trendwenden in materieller und personeller Einsatzbereitschaft in den letzten Monaten vollzogen wurden, muss 2016 auch das Jahr der Umsetzungen werden. ///



/// FLORIAN HAHN MDB

ist außen und sicherheitspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und Landesvorsitzender des Außen- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreises (ASP) der CSU, Berlin.

Anmerkungen

* Der Beitrag wurde im Mai 2016 verfasst und weist den zu diesem Zeitpunkt aktuellen Stand auf.

¹ Lamothe, Dan: What it looks like when Russian attack jets fly „dangerously close“ to a Navy ship, <https://www.washingtonpost.com/news/checkpoint/wp/2016/04/13/russian-air-force-buzzed-u-s-navy-destroyer-repeatedly-in-baltic-sea/>, Stand: 19.4.2016.

² NATO Secretary General Jens Stoltenberg at the Munich Security Conference, http://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_128047.htm, Stand: 18.5.2016

³ BMVg: Einsatzzahlen – die Stärke der deutschen Kontingente, in: http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/tut/p/c4/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP315EyrpHK9pPKUUVL3UzLzixNSqLS90tSk1KKknMzkbL2qxlyc1Dz9gmxHRQDYLHC-/, Stand: 18.5.2016.

⁴ Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten: Jahresbericht 2015, 57. Bericht, Stand: 26.1.2016.

⁵ Kamp, Karl-Heinz: Verpflichtungen in der NATO. Mehr Geld für die Bundeswehr, Arbeitspapier Sicherheitspolitik, 12/2016.

⁶ BMVg: Von der Leyen stellt Weichen für Trendwende Personal, http://www.bmv.g.de/portal/a/bmv.g/tut/p/c4/NYvBCslwEET_aDdBQFTWUih6FEHrLW1DWGk2Zd3Uix9vcnAG3mEeg08sZbdRcEqJ3YIPHCY6jR8Y4xbglbKUFSlxvdUL5Yj3-pk9TIm9VqnpncIgtPpAmkSXarJIMUAzDsZ2rbHmH_tjrf-0h92--7cXnGNsfkBocOE-A!!/, Stand: 18.5.2016.

⁷ Braun, Stefan / Hickmann, Christoph: Einsatz der Bundeswehr im Inneren soll erleichtert werden, <http://www.sueddeutsche.de/politik/sicherheit-einsatz-der-bundeswehr-im-inneren-soll-erleichtert-werden-1.2945279>, Stand: 28.4.2016.

⁸ CSU-Landesgruppe: Mehr Verantwortung übernehmen – Bundeswehr stärken, https://www.csu-landesgruppe.de/sites/default/files/2016-01-08_

mehr_verantwortung_uebernehmen_-_bundeswehr_staerken1.pdf, Stand: 28.5.2016.

⁹ Mölling, Christian: Die Rückkehr des Militärischen, <http://www.sueddeutsche.de/politik/aussenansicht-die-rueckkehr-des-militaerischen-1.2832016>, Stand: 18.5.2016.

/// Weit besser als ihr Ruf

DIE BUNDESWEHR: NUR FÜR DEN NOTFALL GUT?

HELMUT DOTZLER /// Der Ansatz gesellschaftlicher Einbettung und öffentlicher Wahrnehmung der Bundeswehr benötigt neben der Sicherheitspolitik eine breitere Basis, die zur Wertevergewisserung und -vertiefung auch bildungs- und sozialpolitische Faktoren berücksichtigt. Ein Land wie Deutschland braucht eine Armee, die sich in der Gesellschaft zuhause fühlt und umgekehrt. Professionalität und die Fähigkeit, auch im Kampf zu bestehen, sind *Conditio sine qua non*.

Standort Bundeswehr

Die Bundeswehr steht 2016 in 17 Auslandseinsätzen, sie trägt vielfältige einsatzgleiche Verpflichtungen in der NATO und EU und unterstützt die gesamtgesellschaftliche Aufgabe Flüchtlingshilfe. Vor Kurzem war sie erneut mit ihren Fähigkeiten bei der Unwetterlage gefragt und eingesetzt. Neuen Risiken wie der Cyber-Bedrohung begegnet sie mit der Einrichtung eines eigenen Organisationsbereichs und der Schaf-

fung von Forschungskapazitäten an der Universität der Bundeswehr in München. Diese vielfältige Beanspruchung erreicht eine Armee, die seit Jahren aus ihrer Substanz lebt, kaum Reserven aufweist und teils mit alter, wenngleich zuverlässiger Ausrüstung und überragendem Engagement der Truppe dennoch nahezu alles möglich macht.

Lange Zeit war die Dimension der Landesverteidigung als integraler Teil der Bündnisverteidigung aus dem Blick geraten. Spätestens mit dem vor zwei Jahren aufgeflammt Ukraine Konflikt und der Wiederkehr von Kalter-Krieg-Rhetorik auf der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) dürfte es an der Zeit sein, über vermeintlich überkommene Risiken zu debattieren, die die Sicherheit im Land und in der westlichen Welt materiell bedrohen, aber auch unsere Werte unter Risiko stellen. 2015 feierte



Die Bundeswehr ist weit mehr als nur eine Verteidigungstruppe, sondern weltweit wie hier in Afghanistan auch humanitär im Einsatz.

die Bundeswehr ihr sechzigjähriges Bestehen – eine Parlamentsarmee, die fest auf den Grundlagen unserer Verfassung steht. Sie ist eine Armee, die dem Frieden verpflichtet ist und an der Seite unserer Verbündeten die freiheitlichen Werte unserer westlichen Demokratien verteidigt. Fast immer geht dies einher mit dem Einsatz des Lebens ihrer Soldaten und deren immanentem Risiko, den Tod zu erleiden oder Verwundungen und Verletzung von Körper und Seele davon zu tragen. Dies trifft auch für die vermeintlich weniger risikobehaftete humanitäre Hilfe zu.

Werte

Der Dienst der Soldaten „Recht und die Freiheit des Deutschen Volkes tapfer

zu verteidigen“ sowie die Treuepflicht der Beamten verpflichtet die Angehörigen der Bundeswehr auf unsere Werte. Für diese in höchstem Maße verantwortungsvolle Tätigkeit bildet die Bundeswehr aus und prägt junge Menschen von Beginn ihrer Zeit in den Streitkräften an. Die Innere Führung ist dabei die Organisations- und Führungsphilosophie der Bundeswehr. Ihre Konstanten sind die Normen und Werte des Grundgesetzes und die Grundsätze zeitgemäßer Menschenführung. Sie fordert zur kritischen Reflexion des eigenen Handelns auf und postuliert Mitdenken und Mitverantwortung gleichermaßen.

Die Soldaten und zivilen Mitarbeiter der Bundeswehr sind ebenso gewissen geleitete, einsichtige, mitfühlende und

**Trotz erschwerter Bedingungen
wird die Bundeswehr ihren
ZUNEHMENDEN Aufgaben gerecht.**

konflikt- und friedensfähige Menschen wie alle anderen Bürger der Bundesrepublik Deutschland auch. Sie dienen in einer Parlamentsarmee für die Sicherheit Deutschlands und seiner Verbündeten. Sie sind integraler Bestandteil der Gesellschaft, engagieren sich politisch,

Die **INNERE FÜHRUNG** als Organisations- und Führungsphilosophie der Armee fußt auf den Normen und Werten des Grundgesetzes.

übernehmen Mitverantwortung für die Entwicklung der Demokratie und erfahren dabei auch in hohem Maße Anerkennung und Respekt für ihr Wirken, sei es bei Naturkatastrophen oder anderen Hilfseinsätzen, bei der Ausbildung und Unterstützung von Soldaten anderer Nationen oder bei Einsätzen zur Befriedung von Regionen, die von Gewalt erschüttert werden.

Wertediskussion

Werte im Allgemeinen und die Rolle und das Selbstverständnis der Bundeswehr im Speziellen sind seit jeher Gegenstand kontroverser Debatten, gerade wenn es um Verwundung und Tod geht. Insoweit ist es nicht nur für Angehörige der Bundeswehr keine leichte Aufgabe, ihre Themen verständlich zu vermitteln und Transparenz herzustellen. Eine nicht immer positive mediale Resonanz erschwert es oft, unvoreingenommen in den Dialog zu treten. Bedeutende Pfeiler unserer Werteordnung stehen meines Erachtens nach hierbei in vermeintlicher Konkurrenz, nämlich die Pressefreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung auf der einen und die Würde des Menschen auf der anderen Seite. Hier

halte ich es für eine Verpflichtung aller Bundeswehrangehörigen sowie der Entscheidungsträger in der Gesellschaft, die Bundeswehr noch nachhaltiger zu vertreten, den Dialog mit den Bürgern zu suchen, selbst Werte zu vermitteln und Transparenz über ihren Arbeitgeber zu vermitteln.

Die Bundeswehr kann auf viele herausragende Leistungen und Errungenschaften zurückblicken, denen ein nur „freundliches Desinteresse“ (Horst Köhler) nicht gerecht wird. Sie braucht mehr denn je einen festen und sichtbaren Ankerpunkt in der Mitte unserer Gesellschaft. Diese Verankerung soll sowohl unserer Historie Rechnung tragen als auch Raum für eine Entwicklung in die Zukunft schaffen.

Deutschland hat in der Nachkriegszeit ein einmaliges Wertesystem entwickelt, auf welchem alle Felder der Gesellschaft prosperieren konnten und welches uns Frieden und Wohlstand gebracht hat. Der Kalte Krieg endete gewaltfrei und ein neuer gemeinsamer Staat erwuchs. Damit ging jedoch zu-

Die Bundeswehr **VERDIENt mehr gesellschaftliche Anerkennung und Respekt.**

nehmend wachsende internationale Verantwortung einher, der unser Land politisch und wirtschaftlich nachkommt. Aus gut verständlichen Gründen sehen wir Deutschen die militärische Komponente der Diplomatie stets mit Augen-

maß, wollen vom Ende her denken und beteiligen uns an internationalen Missionen entsprechend. Es gibt jedoch auch Stimmen, die das für ein vorgeschobenes Argument halten, um eine pazifistische Grundströmung in unserem Land zu bedienen oder gar noch zu befördern, uns selbst dann herauszuhalten, wenn es in unserem ureigenen Interesse läge. Bündnispartner wissen das, ohne es zu laut zu kommunizieren.

Image

Nicht anders ist es mit den Schlagzeilen um die Bundeswehr bestellt, wo man oft von Vertuschung, Inkompetenz und Mittelverschwendung liest. Es gibt ohne Zweifel Handlungsbedarf, aber die Problemfelder wurden schon erkannt. Als bereits initiierte Maßnahmen nenne ich beispielhaft das Attraktivitätsprogramm, die Trendwende Personal, die Agenda Rüstung oder das Air Policing im Baltikum, wo die Luftwaffe in kritischer Lage einen einzigartigen Beitrag für die westliche Welt geleistet hat und dies auch regelmäßig fortsetzt.

Aber dennoch verwundert es manchmal, dass alles, was mit Krieg, Waffen und Militär zu tun hat, in unserer Gesellschaft reflexhaft negativ aufgenommen wird. Herfried Münkler prägte den Begriff „Postheroische Gesellschaft“. Er beschreibt in vielen Ausarbeitungen, wie unsere Gesellschaft seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs dazu neigt, von diesbezüglichen Themen weiten Abstand zu halten. Das Militär wird nur dann relevant, wenn es um humanitäre Hilfe geht oder etwas Tragisches geschehen ist wie z. B. das Osterg Gefecht bei Isa Khel aus dem Jahr 2010.

Nun haben deutsche Spitzenpolitik auf der MSC 2015 kommuniziert, dass uns alle aktuellen Konflikte über

längere Zeit begleiten werden und Deutschland zu seiner Verantwortung stehen müsse. Eine Debatte und emotionsfreie Reflexion der Konsequenzen – einschließlich militärischer Aspekte – ist deshalb jetzt unausweichlich, nicht nur in Fachkreisen, sondern auch breit in der Bevölkerung. Es geht schlicht um den Erhalt unserer Wertegrundlagen und die Zukunftssicherung.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags stimmen seit Jahren mit 70% und mehr für die Einsätze der Bundeswehr. Dagegen liegen die Zustimmungswerte in der Bevölkerung deutlich darunter. Es könnte die Vermutung naheliegen, dass die Ursache in eben diesem postheroischen Zeitgeist liegt. Die gute Nachricht hingegen ist, dass die Bevölkerung eher auf Seiten der Bundeswehr steht, aber die Projektion dieser erfreulichen Situation nicht immer gelingt. Hinzu kommt, dass die Bundeswehr nach den Reformen der letzten Jahre weitmaschiger stationiert wurde und diese die sachlich konsequente Aussetzung des Grundwehrdienstes mit sich brachten, so dass weniger Familien einen unmittelbaren Bezug zur Bundeswehr haben als früher.

Das **IMAGE** der Bundeswehr in der Öffentlichkeit muss verbessert werden.

Als sensibler Aspekt gilt auch der Umgang mit den Veteranen und der Tradition. Frauen und Männer, die im Einsatz Verwundung an Körper und Seele erlitten haben, gehören in unsere Mitte. Unsere Gesellschaft „produziert“ eine stets zunehmende Anzahl an Menschen, die unter Burn out und Depressionen leiden. Ein einsatzbedingtes Trauma ist

nicht weniger wichtig als das eines Betroffenen, der dies im Strudel der von Social Media dominierten Leistungsgesellschaft davon trägt.

Zukünftige Ausrichtung

Ein großer Teil der Deutschen genießt Wohlstand. Solange dieser nicht als gefährdet erscheint, dürfte die gesellschaftliche Mehrheit daher auch nicht für eine Debatte existenzieller Fragen zu gewinnen sein. Es ist daher besonders wichtig, die Grundlagen zur Sicherheitspolitik, zur gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge und natürlich der Bundeswehr in einem strategischen Dokument niederzulegen, dem sogenannten Weißbuch. Das neue Weißbuch wurde im Juli 2016 veröffentlicht und es sollte nun auch öffentlich breit debattiert werden. Dieses zukunftsweisende Dokument darf nicht nur für kurze Zeit Aufmerksamkeit erfahren, sondern die wichtige, wertebezogene Debatte sollte auch nach der öffentlichkeitswirksamen Übergabe nachhaltig fortgeführt werden.

„Unsere Werte waren, sind und bleiben in Gefahr. Die Bedrohung kommt von innen wie von außen. Die größte Gefahr droht, wenn wir Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Frieden leichtfertig als gegeben erachten und nicht

Auf der Grundlage des Weißbuchs muss eine NACHHALTIGE, öffentliche sicherheitspolitische Debatte stattfinden.

mehr wachsam sind. Wenn wir nicht mehr wehrhaft unsere Lebensweise verteidigen.“ (Charlotte Knobloch) Darüber sollte ein breiter gesellschaftlicher Konsens entstehen, der die Bundeswehr in positivem Sinne einschließt. ///



/// BRIGADEGENERAL
HELMUT DOTZLER

ist Kommandeur des Landeskommandos
Bayern, München.

/// Eine „Revolution von oben“

DIE ENERGIEWENDE NACH FUKUSHIMA

SIEGFRIED BALLEIS /// Nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima hat Bundeskanzlerin Angela Merkel eine derart massive Kurskorrektur in der Atompolitik vollzogen, die nur als „Revolution von oben“ bezeichnet werden kann. War kurz zuvor noch eine deutliche Verlängerung der Laufzeit der Kernkraftwerke beschlossen worden, so fiel der Ausstiegsbeschluss aus der Kernenergie umso radikaler aus. Dass dieser Kurswechsel bisher zu keinen Blackouts geführt hat, ist nur der geographischen Lage Deutschlands im Herzen Europas zu verdanken, durch die ein intensiver Stromaustausch mit den Nachbarländern erfolgen kann. In den vergangenen fünf Jahren hat Deutschland aber tatsächlich einen bemerkenswerten Vorsprung bei Einsatz und Ausbau der regenerativen Energien errungen. Damit kann das Land durchaus zu einer Modellregion der Energiewende in der Welt avancieren.

Die energiepolitische Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland war seit Beginn der 70er-Jahre in hohem Maße von einer Kontroverse zwischen Atomkraftbefürwortern und Atomkraftgegnern gekennzeichnet. Spätestens mit der Suche nach einem Atommüllendlager in Gorleben hatte sich die gesellschaftspo-

litische Diskussion enorm zugespitzt. Gegner haben seit dem Jahr 1977, als der Beschluss zur Prüfung der Eignung als Endlager erfolgte, militant gegen die Endlagersuche in Gorleben gekämpft.¹ Ähnliches gilt für die massiven Proteste in Form von Bauplatzbesetzungen in Wyhl 1975 und in Brokdorf 1976. Diese massiven Maßnahmen gegen die Energiepolitik haben u. a. zu einem Erstarren der Grünen geführt.²

Der Protest der Atomkraftgegner nahm seit den 70er-Jahren MASSIV zu.

Bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen in Gorleben und Wackersdorf

1979 zählte man bei den Protesten in Gorleben schon bis zu 100.000 Demonstranten. Es kam auch viele Jahre



Seit der Reaktorkatastrophe in Fukushima im März 2011, die letztendlich zur absoluten Kehrtwende in der Haltung der Bundesregierung zur Atomenergie führte, ist der gesellschaftliche Widerstand gegen Kernkraftwerke deutlich gestiegen.

später immer wieder zu nahezu bürgerkriegsähnlichen Zuständen, um den Transport von Atommüll, der in Castorbehältern nach Gorleben verbracht werden sollte, zu blockieren. Eine weitere Eskalation erlebte die Diskussion um die friedliche Nutzung der Kernenergie mit der Planung der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf (WAA). 1985 beschloss die Bayerische Staatsregierung, im Norden der Oberpfalz, in der Nähe von Schwandorf eine Anlage zur Wiederaufbereitung abgebrannter Kernbrennstäbe zu errichten. Gegen dieses Projekt entwickelten sich massive Bürgerproteste, sowohl seitens der Bevölkerung der betroffenen Region als auch von Kernkraftgegnern aus der gesamten Bundesrepublik Deutschland.³

Sensationell war dann aber das Ende der Auseinandersetzung um die WAA, als Bennigsen-Foerder, ein VEBA-Manager, für die Energieversorgungsbranche erklärte, dass man auch auf Wackersdorf verzichten könne, da die Anteilseigner der zukünftigen Betreibergesellschaft einen Vertrag mit der französischen Cogema unterzeichnet hatten, auf deren Basis sie die französische Wiederaufbereitungsanlage in La Hague nutzen konnten.

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl

Die Diskussionen um die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf wurden überlagert von der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl, die sich am 26. April

1986 in der Ukraine ereignete. Zum ersten Mal in der Geschichte war unmittelbar erlebbar, dass selbst über Tausende Kilometer Entfernung radioaktive Stoffe die Menschen in ihrem Leben beeinträchtigen konnten. Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl ließ bereits damals auch bei vielen Befürwortern der friedlichen Nutzung der Kernenergie ernste Zweifel aufkommen, ob man die Atomenergie auch wirklich technisch beherrschen könne. Ein gängiges Argument war allerdings, dass man den russischen Technikern nicht das Know-how zutraute wie den Technikern in den westlichen Industriestaaten. Dennoch entstand in den Jahrzehnten nach Tschernobyl in der Bevölkerung ein immer distanzierteres Verhältnis zur friedlichen Nutzung der Atomenergie.⁴

Zick-Zack-Kurs in der Kernkraftfrage

Eine klare Zäsur stellte dann der Ausstiegsbeschluss der rot-grünen Bundesregierung aus der Kernenergie vom 17. Juni 2000 dar. Dieser Beschluss, der mit der Novellierung des Atomgesetzes vom 22. April 2002 in Kraft trat, sah ein Verbot des Neubaus von kommerziellen Atomkraftwerken vor sowie eine Befristung der Regellaufzeit bestehender Atomkraftwerke auf durchschnittlich 32 Jahre seit Inbetriebnahme.⁵ In der schwarz-gelben Koalition, die auf die große Koalition von 2005-2009 folgte, gab es dann eine äußerst kontrovers diskutierte Entscheidung im Deutschen Bundestag zur Verlängerung der Laufzeit der Kernkraftwerke. Diese sollten entsprechend des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 28. Oktober 2010 um durchschnittlich zwölf Jahre länger laufen als bisher geplant. Allerdings hatten Ende 2010 bereits neun

Bundesländer und die Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag angekündigt, Verfassungsklage gegen diesen Beschluss des Bundestages und auch des Bundesrates einzureichen.

Die Reaktorkatastrophe von Fukushima

Eine absolute Kehrtwende in der Haltung der Bundesregierung zur Atomenergie erfolgte nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima am 11. März 2011. Innerhalb weniger Tage fanden intensive Verhandlungen zwischen den Parteivorsitzenden von CDU / CSU und FDP, Angela Merkel, Horst Seehofer und Philipp Rösler statt. In den jeweiligen Präsidien beziehungsweise später in den Parteivorständen wurde dann im Hinblick auf die anstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg ein kompletter Richtungswechsel eingeleitet.

Die Reaktorkatastrophe von Fukushima im März 2011 brachte den **SOFORTIGEN** Umschwung in der Energiepolitik.

In einer Sofortaktion wurden die sieben ältesten Kernkraftwerke sowie das Atomkraftwerk Krümmel abgeschaltet und der Beschluss gefasst, dass bis zum Zieljahr 2022 ein kompletter Ausstieg aus der Kernenergie erfolgen sollte. Zeitgleich wurde durch die Bundesregierung eine Ethikkommission eingesetzt, deren Auftrag es war, diesen Ausstieg aus der Kernenergie zu prüfen. Die Kommission nahm am 4. April 2011 ihre Arbeit auf und legte bereits am 28. Mai 2011 ihr Ergebnis vor. Zentrale Punkte waren die Einrichtung eines „unabhängigen parlamentarischen Be-

auftragten für die Energiewende beim Deutschen Bundestag“ und eines „nationalen Forums Energiewende“. Bezeichnenderweise sind diese beiden zentralen Empfehlungen niemals umgesetzt worden.⁶

Der Ausstieg aus der Kernenergie konnte gar nicht schnell genug erfolgen

Bei der Beratung und Beschlussfassung um den Ausstiegsbeschluss aus der Kernenergie lieferten sich der Bayerische Landtag beziehungsweise die Bayerische Staatsregierung und der Bundestag, beziehungsweise die Bundesregierung, einen Geschwindigkeitswettbewerb. Die Bayerische Staatsregierung legte bereits am 24. Mai 2011 ihren Ausstiegsbeschluss vor⁷ und die Bundesregierung folgte am 30. Juni/1. Juli 2011⁸. Wenn man sich heute kritisch die Kürze der parlamentarischen Beratung einerseits und die Reichweite und Bedeutung der Beschlüsse andererseits betrachtet, kann man ohne Übertreibung von überhastetem Vorgehen sprechen. Dementsprechend war es auch in den Folgejahren immer wieder notwendig, diese Beschlüsse nachzujustieren und das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) immer wieder zu modifizieren. Aus heutiger Sicht kann festgestellt werden, dass die Ausbauziele für die erneuerbaren Energien in Einzelfällen sogar übererfüllt wurden. Ursächlich dafür waren und sind die enorm hohen Vergütungen, die für die verschiedenen erneuerbaren Energien gezahlt und werden.

Erste Bremsspuren

Allerdings haben sich in der Folge, insbesondere im Freistaat Bayern und zwar nicht nur aus der Bevölkerung heraus, sondern zum Teil sogar intensiv durch

den bayerischen Ministerpräsidenten unterstützt, Verzögerungen beim Ausbau der erneuerbaren Energien ergeben. So wurde beispielsweise auf seine Initiative hin die sogenannte 10-H-Regelung eingeführt, welche besagt, dass Windräder die zehnfache Entfernung ihrer Höhe zur nächsten Bebauung einhalten müssen. Dieser Beschluss des Bayerischen Landtags, von den Oppositionsparteien beklagt, wurde vom Bayerischen Verfassungsgerichtshof am 8. Mai 2016 bestätigt. Dort wurde ausgeführt, dass die 10-H-Regelung eine Schutzfunktion für die betroffene Bevölkerung darstelle, von der vor Ort durch die jeweiligen politischen Gremien auch nach unten abgewichen werden könne.⁹

In Bayern gab es starken WIDERSTAND gegen den Ausbau alternativer Energien.

Eine Verzögerung des Ausbaus der Übertragungsleitungen in Bayern ergab sich durch den Widerstand betroffener Bürger und auch des bayerischen Ministerpräsidenten. In einem nahezu eineinhalb Jahre dauernden Ringen gelang es dann aber am 1. Juli 2015 in einer Vereinbarung der drei Parteivorsitzenden doch, die unterirdische Führung der Hochspannungsübertragungsleitungen durchzusetzen.¹⁰

Warum eine „Revolution von oben“?

Analysiert man heute die Entscheidungssituation des Frühjahrs 2011 und die revolutionäre Kurskorrektur durch Bundeskanzlerin Angela Merkel, so gibt es dafür im Wesentlichen nur zwei Interpretationen. Zum einen wollte

man offensichtlich durch eine Kehrtwende in der Kernenergiepolitik noch Schaden von den Unionsparteien bei den bevorstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg abwenden. Tatsächlich verzeichneten die Grünen in Baden-Württemberg nach der Reaktor-Katastrophe von Fukushima einen sensationellen Zuwachs, stiegen zur zweitstärksten Fraktion im Baden-Württembergischen Landtag auf und stellten danach in einer Koalition mit der SPD-Fraktion den ersten grünen Ministerpräsidenten Deutschlands. Dass dies keine Ausnahmeerscheinung war, wurde spätestens bei den nächsten Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 13. März 2016 deutlich, als es den Grünen sogar gelang, mit einem Stimmenanteil von 30,3 % die traditionell stärkste Partei in Baden-Württemberg, nämlich die CDU zu überflügeln und diese unter ihrem Ministerpräsidenten Manfred Kretschmann in eine Juniorfunktion in einer grün-schwarzen Koalition zu drängen.

Eine zweite Interpretation des revolutionären Kurswechsels von Bundeskanzlerin Angela Merkel könnte aber auch darin liegen, dass sie erkannte, dass die Atompolitik über Jahrzehnte hinweg die bundesdeutsche Bevölkerung total polarisierte. Es ist durchaus vorstellbar, dass ihre Entscheidung letztlich einem machtpolitischen Kalkül entsprang, nämlich, die Union wieder dauerhaft mehrheitsfähig in der Bundesrepublik Deutschland und strukturell für atomkraftkritische Bürger wählbar zu machen. Betrachtet man das sensationell gute Abschneiden der Unionsparteien in den Bundestagswahlen vom 22. September 2013, in der es der Union gelang, mit 310 von 630 Mandaten nahezu die absolute Mehrheit der Mandate im

Deutschen Bundestag zu erringen, so kann man mit Fug und Recht davon ausgehen, dass diese Strategie der Bundeskanzlerin aufgegangen ist.

Warum die „Revolution von oben“ überhaupt gelingen konnte

Man kann die Beschlüsse der Bundesregierung unter Führung von Angela Merkel vom 1. Juli 2011 aber auch deshalb als revolutionär bezeichnen, weil sie zum einen ohne jegliche Konsultation der Partner in der Europäischen Union erfolgten, obwohl die Energiepolitik in hohem Maße eine gemeinschaftlich getragene Politik ist, und zum zweiten, weil ein solch radikaler Wandel in der Energiepolitik weltweit ohne Beispiel ist. Erleichtert wurde dieser aber vor allem durch die geographische Lage Deutschlands in der Mitte Europas. Dieser Umstand ermöglicht unserem Land einen Stromaustausch mit acht unmittelbar angrenzenden Nachbarländern. In der geographischen Lage Großbritanniens, d. h. praktisch am Rande der EU und auch durch eine Insellage geprägt, wäre ein solches Experiment niemals technisch umsetzbar gewesen. Diesem Umstand hat es die Bundesrepublik Deutschland also zu verdanken, dass dieser radikale Kurswechsel in den vergangenen fünf Jahren zu keinem Blackout geführt hat, weil ein entsprechender Austausch zwischen Stroman-

Deutschlands **GEOGRAPHISCHE Lage** machte die Energiewende erst möglich.

gebot und Stromnachfrage mit den Nachbarländern technisch machbar war.

Begünstigend kommt hinzu, dass die beiden im Süden der Bundesrepublik Deutschland liegenden Länder Österreich und Schweiz in hohem Umfang über Pumpspeicherwerke verfügen, die in der Lage sind, Überschussstrom aus regenerativen Quellen Deutschlands zu nutzen. Indem Wasser in die Oberbecken gepumpt wird, wird dieser Strom speicherbar und die bundesdeutschen Unternehmen und Haushalte können dann zu entsprechend höheren Kosten den Strom importieren, wenn wenig regenerative Energien in Deutschland zu Verfügung stehen.

Energiewende verletzt Klimaschutzziele

Gegenwärtig haben wir aber die paradoxe Situation, dass in Deutschland nach Abschaltung der Kernkraftwerke, die ja ihrerseits CO₂-neutral waren, mehr CO₂ produziert wird als noch vor Fukushima. Damit steht der Ausstieg aus der Kernenergie im Widerspruch zur Einhaltung der Klimaschutzziele. Denn in Zeiten, in denen wenig Strom aus regenerativen Energien zur Verfügung steht, muss in Deutschland Strom aus Kohle- oder Braunkohlekraftwerken, fallweise auch aus Gaskraftwerken hergestellt werden. Diese fossil betriebenen Kraftwerke emittieren aber neben CO₂ in erheblichem Umfang auch weitere Schadstoffe. Eine wesentlich deutlichere Gefährdung der Klimaschutzziele ist allerdings durch den enormen Energiehunger der Entwicklungs- und Schwellenländer zu erwarten, bei denen sich mit zunehmender wirtschaftlicher Entwicklung ein dramatischer Anstieg der CO₂-Emissionen ergeben wird.¹¹

Eine weitere Verschärfung dieses Prozesses wird durch die sogenannte Merit-Order erzeugt. Diese besagt, dass diejenigen Kraftwerke zuerst Strom liefern können, wenn der Bedarf nicht durch die regenerativen Energien gedeckt werden kann, die den Strom zu den niedrigsten Kosten bereitstellen können. Zu diesen können aber gerade jene Kraftwerke produzieren, die bereits weitgehend beschrieben sind, und dies sind i. d. R. alte Kohle- bzw. Braunkohlekraftwerke, die wiederum extrem viel CO₂ und sonstige Schadstoffe emittieren.¹²

Parteilpolitische Ursachen der Verletzung der Klimaschutzziele

In diesem Zusammenhang ist es aber notwendig, darauf hinzuweisen, dass diese paradoxe Situation zum Teil auch politisch überlagert wird. Insbesondere das SPD-regierte bevölkerungsreichste Bundesland der Bundesrepublik Deutschland, nämlich Nordrhein-Westfalen, hat größtes Interesse daran, dass die fossilen Kraftwerke weiter betrieben

Die Umsetzung der Energiewende erfolgt in den einzelnen BUNDESLÄNDERN sehr unterschiedlich.

werden können. Ähnliches gilt für das ebenfalls SPD-regierte Bundesland Brandenburg mit den entsprechenden Braunkohlekraftwerken in der Lausitz. Die aktuelle Situation 2016 stellt sich im Hinblick auf die Energiewende in den

einzelnen Bundesländern deshalb außerordentlich differenziert dar. Nachdem Baden-Württemberg und Bayern vor Fukushima in hohem Maße, d. h. über 50 % bei der Stromproduktion von der Kernenergie abhängig waren, muss hier der Ausstieg aus der Kernenergie bis zum Jahr 2022 mit doppelt so großem Tempo erfolgen wie in den anderen Bundesländern.¹³

Anderweitig politisch motivierte Verzögerungen

Die notwendige Reaktion in beiden Bundesländern müsste also darin bestehen, die regenerativen Energien mit höchster Geschwindigkeit auszubauen. Allerdings wurde, wie bereits erwähnt, im Freistaat Bayern dieser Ausbau zumindest im Bereich der Windkraft massiv abgebremst, weil man zum einen auf die Belange der betroffenen Bürger Rücksicht nehmen wollte und zum anderen das bayerische Alpenvorland als Landschaft schützen wollte. Andererseits wurde in den Jahren 2013 bis 2015 auch der Ausbau der Übertragungsleitungen verzögert. Dies hat zur Folge, dass nunmehr mit hohem Tempo die unterirdisch zu verlegenden Hochspannungsübertragungsleitungen vorangetrieben werden müssen, wenn Bayern und Baden-Württemberg nicht in massive Versorgungsprobleme geraten wollen.

Ergebnisse des bayerischen Energiedialoges

Der von der bayerischen Staatsministerin für Wirtschaft und Energie, Ilse Aigner, geleitete Energiedialog hatte zum Ergebnis, dass in Bayern ab dem Jahr 2022 eine Kapazitätslücke von circa 5 GW besteht und bei der Strommenge eine Deckungslücke von 40 TWh.¹⁴ Dies ist das Äquivalent einer Leistung

von fünf großen Kernkraftwerken. Im Rahmen des Energiedialogs wurde deutlich, dass in Bayern eine ausschließlich auf regenerativen Energien beruhende Stromversorgung praktisch nicht darstellbar ist. Denn insbesondere in Zeiten ungenügender Verfügbarkeit regenerativer Energien, d. h. in wind- und sonnenarmen Zeiten und in der Dunkelflaute im November, muss ebenfalls Strom produziert und zur Verfügung gestellt werden. Dafür ist es erforderlich, dass beispielsweise durch Gaskraftwerke binnen kürzester Zeit der notwendige Strom erzeugt werden kann.

Intelligente Speichertechnologien

Eine weitere Lösung besteht in der Speicherung von Strom. Derzeit stehen aber nur relativ wenige Pumpspeicherwerke zur Verfügung und auch die Speicherung in Batterien ist momentan bei weitem nicht ausreichend. Es wird deshalb unabdingbar sein, im großtechnischen Umfang Strom chemisch zu speichern. Dafür bietet sich beispielsweise die Wasserstofftechnologie an, mit deren Hilfe aus Wasser elektrolytisch Wasserstoff und Sauerstoff gewonnen wird. Der Wasserstoff wird dann entweder mit CO₂ zu Methan fusioniert, oder aber in einem niedrigen einstelligen Prozentsatz mit Erdgas gemischt und in das Gasnetz eingeleitet.

Die wissenschaftliche Erforschung dieser Speichertechnologie ist bereits sehr weit vorgeschritten, wenngleich die großtechnische Anwendung noch zu wünschen übrig lässt. Die Audi AG hat beispielsweise eine vorbildliche Power-to-Gas-Anlage in Werlte im Emsland realisiert. Dort wird aus Überschussstrom aus Offshore-Windanlagen elektrolytisch Wasserstoff gewonnen und

mit CO₂ aus an der benachbarten Biogasanlage fusioniert. Dieses so gewonnene Methan wird dann verflüssigt und an Erdgastankstellen in der Bundesrepublik Deutschland transportiert, um als Treibstoff für gasbetriebene Fahrzeuge zu fungieren.

Förderung und Ausbau **NEUER** Speichertechnologien sind notwendig.

Eine komplett andere Technologie haben Wissenschaftler an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg unter Leitung von Professor Wasserscheid entwickelt. Dort wird gegenwärtig nicht nur im Labormaßstab, sondern auch in einem ausgelagerten kommerziellen Unternehmen elektrolytisch gewonnener Wasserstoff mit einem Katalysator an einen Liquid Organic Hydrogen Carrier (LOHC) angereichert. Dieses LOHC ist absolut ungefährlich, nicht entflammbar und kann problemlos wie Dieselkraftstoffe in Kesselwagen, Tanklastfahrzeugen etc. transportiert werden. Am Bestimmungsort angekommen, kann dieses LOHC dann wieder „entladen“, d. h. dehydriert werden, und für ein Verbrennungsfahrzeug als Kraftstoff dienen.¹⁵

Erfolge der Effizienzsteigerung erneuerbarer Energien

Vor allem im Freistaat Bayern schreitet die Forschung und Entwicklung regenerativer Energien außerordentlich rasch

voran. Dies betrifft nicht nur die zuvor geschilderte Wasserstofftechnologie, sondern auch die Entwicklung organischer Fotovoltaikzellen, die via Druckverfahren auf beliebige Trägermaterialien aufgebracht werden können. Für die Applikation dieser Folien können beispielsweise Häuserfassaden, Fenster und grundsätzlich auch Gewächshäuser dienen. Insgesamt ist in diesem Bereich eine weitere stürmische Entwicklung der Solarzellenproduktion zu erwarten.¹⁶

Im Bereich der Windkraft wurden die Anlagen in den vergangenen Jahren durch Effizienzsteigerungen bei der Anwendung leichterer Materialien und auch durch die systematische Erhöhung der Nabenhöhe der Rotoren immer weiter ausgereizt.

Auch im Bereich der Wasserkraft schreitet die technische Entwicklung enorm voran. Wurde in der Vergangenheit immer wieder geklagt, dass die Turbinen in Wasserkraftwerken außerordentlich schädlich für die Wasserlebewesen sind, so nimmt man heute immer mehr Abstand von den so genannten Francis-Turbinen, durch die Fische teilweise filetiert wurden und ersetzt sie beispielsweise durch die Kaplan-Turbinen, die wesentlich fischverträglicher sind. Neuerdings kommen auch hochmoderne Schachtkraftwerke zum Einsatz. Hinzu kommt, dass heute die Tiere durch dichte Gitter vor den Turbinen geschützt werden und die Bereitstellung von Fischtreppen, die die Mobilität der Fische in den jeweiligen Flussläufen gewährleisten, ist bereits obligatorisch.

Auch die Bioenergie hat eine systematische Effizienzsteigerung erfahren. Sie hat ohnehin den enormen Vorzug, dass sie nicht volatil wie Wind- oder Sonnenenergie ist. Im Gegensatz zu die-

sen beiden regenerativen Energiearten ist Bioenergie nicht nur grundlastfähig, sondern beliebig regelbar, d. h. Bioenergie kann auch dann Strom erzeugen, wenn die Sonne nicht scheint oder der Wind nicht weht.

Einen relativ bescheidenen Beitrag im Rahmen der regenerativen Energien leistet die Tiefengeothermie. Geographisch betrachtet ist diese Energiequelle vor allem im Raum München verfügbar. Durch heißes Wasser, das aus dem sogenannten Molassebecken hochgepumpt wird, können viele Gemeinden rund um München bereits heute vorwiegend diese Wärme nutzen und in geringerem Umfang auch Strom erzeugen.

Neues Marktmodell

Eine grundlegende Änderung des Marktmodells hat sich durch die Energiewende aber auch in Form einer Vielzahl neuer Energieproduzenten ergeben. In den vergangenen Jahrzehnten gab es

Die Forschung und Entwicklung erneuerbarer und alternativer Energien schreitet v. a. in **BAYERN** rasch voran.

an Stromproduzenten im Wesentlichen nur die vier großen Energieversorgungsunternehmen E.on, RWE, EnBW und Vattenfall. Heute gibt es mehrere hunderttausend Betreiber von Fotovoltaik-, Windkraft- und Biogasanlagen. Dies hat zu einem vollkommen neuen Marktmodell geführt. Früher transportierten wenige Erzeuger den Strom sternförmig zu den Kunden, heute erzeugen viele Stromproduzenten den Strom nicht nur selbst, sondern verbrauchen diesen zum Teil auch selbst, sind also „Prosumer“¹⁷. Dadurch ist ein neuartiges engmaschi-

ges Netz entstanden, das zeigte, dass man eine regionale Selbstversorgung mit Strom sicherstellen kann. Die Anhänger dieses Ansatzes sind der Auffassung, dass man langfristig auf großtechnische Stromübertragungsleitungen verzichten kann. Diese Diskussion wurde auch außerordentlich kontrovers im Energiedialog im Freistaat Bayern geführt. Auch wenn nicht auszuschließen ist, dass in einigen Jahrzehnten ein solches zelluläres System vorstellbar ist, kann man heute noch nicht auf Übertragungsleitungen verzichten. ///



/// SIEGFRIED BALLEIS

ist Alt-OB der Stadt Erlangen, Vorsitzender des Universitätsbunds der FAU-Erlangen / Nürnberg sowie Lehrbeauftragter am dortigen Lehrstuhl für Politische Wissenschaften.

Anmerkungen

¹ Kohl, Helmut: Erinnerungen 1982-1990, München 2005, S. 455.

² Schröder, Gertrud: Die Grünen im Deutschen Bundestag – Anspruch und Wirklichkeit, Nürnberg 1985, S. 16.

³ Plettner, Bernhard: Abenteuer Elektrotechnik, Siemens und die Entwicklung der Elektrotechnik seit 1945, München 1994, S. 454.

⁴ Beckurts, Karl Heinz: Nach Tschernobyl weiter?, in: Technischer Fortschritt – Herausforderung und Erwartung, hrsg. von Dems., München 1986, S. 165 ff.

⁵ <https://de.wikipedia.org/wiki/Laufzeitverlust>, Stand: 14.5.2016.

⁶ Ethik-Kommission Sichere Energieversorgung: Deutschlands Energiewende – Ein Gemeinschaftswerk für die Zukunft, Berlin 30.5.2011.

⁷ https://www.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP16/Protokolle/16%20Wahlperiode%20Kopie/16%20WP%20Plenum%20Kopie/

079%20PL%20280611%20ges%20endg%20Kopie.pdf, Stand: 14.5.2016.

⁸ http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2011/34915890_kw26_angenommen_abgelehnt/205788, Stand: 14.5.2016.

⁹ 10 H-Regelung verstößt nicht gegen die Bayerische Verfassung, in: Pressemitteilung des StMI vom 9.5.2016.

¹⁰ germanwatch.org/de/download/11754.pdf, Stand: 14.5.2016.

¹¹ Vbw – Die bayerische Wirtschaft: Studie – Das neue energiewirtschaftliche Gesamtkonzept, München 2013, S. 25 ff.

¹² Sachverständigenrat für Umweltfragen: Wege zur 100 % erneuerbaren Stromversorgung, Sondergutachten, Berlin 2011, S. 48 ff.

¹³ Bayerische Staatsregierung: Bayerisches Energiekonzept „Energie Innovativ“, von der Bayerischen Staatsregierung beschlossen am 24.5.2011, München 2011, S. 4 ff.

¹⁴ Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie: Energiedialog Bayern, Dialogpapiere, Maßnahmen und Schlussfolgerungen, München 2015, S. 50 ff.

¹⁵ Balleis, Siegfried: Power-to-Gas – So können wir Überschuss-Strom effizient in Erdgas umwandeln und speichern, in: Magazin für die Energiewirtschaft in Gewerbe und Industrie 2/2015, S. 8 f.

¹⁶ Expertenkommission des Bayerischen Wirtschaftsministeriums: Bayerische Allianz für Energieforschung und -technologie, München 2011, S. 10.

¹⁷ Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie: Bayerisches Energieprogramm – für eine sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Energieversorgung, München 2016, S. 21 ff.

/// 12 Thesen aus theologisch-ethischer Sicht

CHRISTLICHES MENSCHENBILD UND ABENDLÄNDISCHE KULTUR

MARKUS VOGT /// In der globalen Migrationsgesellschaft steht die Integrationskraft des christlich-abendländischen Menschenbildes auf dem Prüfstand. Seine Spannung zwischen biblischen sowie griechisch-römischen Wurzeln einerseits und universalem Anspruch andererseits muss heute in neuer Weise bewältigt werden. Dies gilt nicht zuletzt für das christlich-humanistische Fundament der Politik, um das die CSU anlässlich der Aktualisierung ihres Grundsatzprogramms ringt. Auch der Katholikentag 2016 in Leipzig fokussierte die Debatte um christliche Menschenbilder mit dem Motto „Seht, da ist der Mensch“. Zu dieser Debatte nachfolgend 12 Thesen:

Die Sakralität der Person als Grundlage der Demokratie

Die Architektur der neuzeitlichen abendländischen Gesellschaft ist durch nichts so sehr geprägt wie durch ihren „Glauben an die Menschenwürde“ und die „Sakralität der Person“ (Hans Joas). Deren unverletzliche Würde zu schützen gilt in der neuzeitlich-abendländischen Form der Demokratie als Auftrag und Legitimation aller politischen Gewalt. Im globalen Diskurs wird die universale Geltung dieser Prämisse jedoch zunehmend in Frage gestellt. Vertreter Chinas, Russlands und einiger islamischer Staaten bezeichnen sie als eine Vorstellung des westlich geprägten Christentums und reklamieren ihr gegenüber z. B. im UN-Menschenrechtsrat

einen „kulturellen Vorbehalt“. Auch in Deutschland und in der gegenwärtigen Philosophie gibt es posthumanistische Strömungen, die die Unbedingtheit sowie die Universalität der Menschenrechte in Zweifel ziehen.

Jenseits aller Polemik wird in diesen ethisch-politisch höchst vielschichtigen

Die universelle Geltung der Menschenrechte als WESTLICHER Wert wird zunehmend von anderen Staaten in Frage gestellt.

„Seht, da ist der Mensch“
lautete das Leitwort des
Katholikentags 2016 in
Leipzig vom 25.-29. Mai.



Quelle: Katholikentag / Nadine Maizkorn

und spannungsreichen Auseinandersetzungen deutlich, dass die Konzepte der Menschenrechte und der darauf aufbauenden Demokratie durchaus höchst voraussetzungsreich sind. Sie können nicht angemessen ohne Bezug zu den kulturellen, religiösen, philosophischen und politischen Entwicklungen der europäischen Geschichte verstanden werden. Auch wenn die Menschenrechte teilweise eher gegen die Kirchen als durch sie erkämpft wurden, war und ist die christliche Anthropologie für ihre gesellschaftliche Geltungskraft und Praxis ein entscheidender Faktor. Es ist daher auch politisch sinnvoll, nicht auf eine kulturell und religiös indifferente Gesellschaft zu setzen, sondern die spezifisch christlichen und europäischen Impulse des Menschenbildes, das der bayerischen und der deutschen Verfassung zugrunde liegt, wach zu halten.

Die 1954 im kalifornischen Exil niedergeschriebene Mahnung von Thomas Mann ist nach wie vor aktuell: „Was heute, vielleicht dringlicher als jemals zuvor vonnöten ist, das ist angewandte Religion, angewandtes Christentum – oder, wenn Sie wollen, ein neuer, religiös imprägnierter Humanismus, aggressiv darauf ausgerichtet des Menschen Stand und Zustände auf der Erde zu verbessern, indem er sich zugleich ehrend und ehrfürchtiger vor dem Geheimnis verneigt, das aller menschlichen Existenz zugrunde liegt und das niemals gelüftet werden kann und wird, denn es ist heilig.“

Wertschätzung von Vielfalt

Schon der Singular „das christliche Menschenbild“ ist eine Vereinfachung, die leicht über die großen Differenzen in unterschiedlichen Jahrhunderten, Konfessionen und kulturellen Kontexten

hinwegtäuscht. Calvinistische Leistungsethik, katholische Solidaritätsmoral und orthodoxe Spiritualität sind sehr verschiedene Lebenskonzepte, denen unterschiedliche Menschenbilder zugrunde liegen. Gerade diese Vielfalt macht die Kraft des Christlichen aus. Lange wurde der globale Anspruch christlicher Theologie und Ethik als Verabsolutierung des Europäischen missverstanden. Die Entdeckung der Bedeutung unterschiedlicher Kontexte für das christliche Menschenbild, beispielsweise in Lateinamerika, ist ein noch längst nicht abgeschlossener Lernprozess, der die Gleichsetzung von „christlich“ und „abendländisch“ verbietet.

Man kann das Gottesgebot „Du sollst dir kein Bildnis machen“ auch auf den Menschen anwenden: Du sollst dir

Das christliche Menschenbild beinhaltet viele DEUTUNGSMÖGLICHKEITEN.

kein Bildnis vom Menschen machen. Die Achtung des Menschen als ein nie restlos bekanntes und deshalb auch nie vollständig verfügbares Geheimnis ist ein Gebot der Achtung von Menschenwürde. Zugleich ist es eine Voraussetzung für Liebe, denn wenn der Nächste vollständig berechenbar wäre, könnten wir ihn nicht lieben. Das Wesen des Menschen ist nicht festgelegt. Er ist überraschungs- und damit auch entwicklungs- und freiheitsfähig. Eine offene Gesellschaft, die Vorurteile wegen

Herkunft, Rasse und Geschlecht vermeidet, ist die Konsequenz dieses Menschenbildes und wesentlicher Bestandteil der christlich-abendländischen Kultur.

Die Demokratisierung der Gottebenbildlichkeit

Der in der ägyptischen Königstheologie bekannte Topos der Gottebenbildlichkeit wird in der Bibel demokratisiert und auf alle Menschen angewendet (Gen 1,27). Diese sozialtheologische Revolution hat bis heute nichts von ihrer gesellschaftskritisch-befreienden Kraft eingebüßt. Die ethisch-politische Konsequenz der Gottebenbildlichkeit ist die unbedingte Würde des Menschen, auf der nicht nur die deutsche Verfassung, sondern die moderne Rechtskultur insgesamt beruht. Sie gilt grenzüberschreitend.

Die Sicherung der Menschenwürde kann nach christlicher Auffassung nicht allein durch das Recht gewährleistet werden, sondern braucht das Zeugnis gelebter Solidarität in Grenzsituationen von Leid, Armut, Fremdheit, Behinderung sowie am Anfang und Ende des Lebens. Die Würde, die jedem, der Menschenantlitz trägt, gleichermaßen zukommt, ist Schutzgut und Anspruch zugleich. Gottebenbildlichkeit ist für Meister Eckart (1260-1328) eine lebenslange Bildungsaufgabe: Mit seiner Definition von „Bildung“ als geistige Formung des Menschen nach dem Bilde Gottes zu einem zu vernunft-, freiheits- und liebesfähigen Wesen hat der christliche Mystiker einen die europäische Kulturgeschichte prägenden Begriff erfunden. Der Anspruch auf Bildungszugang als Menschenrecht ist eine durchaus konsequente Entfaltung und weitere Demokratisierungsstufe dieses Programms. Es ist theoretisch global ak-

zeptiert, jedoch hinsichtlich der kulturellen Voraussetzungen und Inhalte humaner Bildung viel zu wenig reflektiert. Es bedarf heute neuer Übersetzungen, um zeitgemäß und interkulturell verständlich zu erschließen, was Gottebenbildlichkeit als pädagogische und kulturelle Aufgabe der Formung von Humanität bedeuten kann.

Die Anerkennung der Personalität konkretisiert sich in den Menschenrechten

Die unbedingte Würde des Menschen wird meist mit dem Personbegriff verknüpft. Häufig wird dieser jedoch lediglich als eine moderne Verpackung des alten neuscholastisch-substanzontologischen Denkens verwendet. Dies widerspricht dem Ursprung des Personbegriffs. Er kommt vermutlich aus dem Etruskischen „phersu“ (Maske), was auch der griechisch-römischen Tradition entspricht. Seit dem 13. Jahrhundert wurde Person meist in Verbindung gebracht mit „per-sonare“ (hindurchtönen; bei Scaliger „per-zonare“: umgürten). Gemeint ist die Trichteröffnung der Schauspielermaske. Der Begriff bezieht sich demnach auf die Rolle und die äußere Erscheinung. Dies ist die entscheidende Pointe bei der Karriere des Begriffs im Kontext der Trinitätstheologie: Der eine Gott kann uns in verschiedenen Erscheinungsformen gegenüber treten.

Auch für Kant ist die Person gerade nicht die Substanz, an der Subjektsein und Würde aufgehängt ist, sondern eher eine Art „Behälter“. So formuliert er den kategorischen Imperativ als Postulat, „die Menschheit in der Person zu achten“. Dies geschieht durch die Übereinstimmung mit dem allgemeinen Sittengesetz als Grundlage von Freiheit, Auto-

nomie und Würde. Wenn sich der individuelle Mensch jedoch tatsächlich als dieses Subjekt der Würde erfahren und entfalten soll, müssen die dafür nötigen soziokulturellen Bedingungen beachtet und anerkannt werden. Dies eröffnet den Weg von einem abstrakten Personalismus zur Entfaltung seiner Konsequenzen für individuelle Freiheits-, soziale Anspruchs- und politische Mitwirkungsrechte. Gerade für die katholische Kirche war und ist dies ein mühsamer Lernprozess. Die Verbindung des Menschenrechtsgedankens mit dem Blick auf die konkreten Formen des gesellschaftlichen „Kampfes um Anerkennung“ (Axel Honneth) ist heute eine zentrale Achse der Weiterentwicklung der politischen Philosophie.

Eine andere aktuelle Debatte, die zur Differenzierung und Weiterentwicklung des Personkonzeptes zwingt, ist die Bioethik, die nicht zuletzt den Deutschen und den Bayerischen Ethikrat sowie die Medien seit vielen Jahren intensiv beschäftigt. Angesichts vielfältiger Grenzüberschreitungen des medizinischen Fortschritts vermag das alte substanzontologische Verständnis von Person-

Das Personkonzept muss ZEITGEMÄSS definiert und interpretiert werden.

sein den heutigen Fragestellungen nicht mehr gerecht zu werden. Die Schutzwürdigkeit von Embryonen bedarf differenzierter Konzepte. Wenn man beispielsweise Beziehungsfähigkeit als Definitionsmerkmal von Personsein auffasst, liegt es nahe – wie etwa in Großbritannien – die Einnistung der Blastozyste in der Gebärmutter als physiologischen Vorgang von Beziehungsfähigkeit

im Körper der werdenden Mutter als ein wichtiges Kriterium in den Blick zu nehmen.

Humanität braucht Distanz gegenüber dem Bild des perfekten Menschen

In der christlich-abendländischen, vielleicht präziser noch der postchristlich-abendländischen Kultur ist das markanteste Merkmal des Menschenbildes die Betonung seiner Individualität. Der Mensch ist „In-dividuum“, d. h. wörtlich „unteilbar“. Faktisch sind wir jedoch ständig mit uns selbst uneins. „Wer bin ich – und wenn ja, wie viele?“ (Precht). Die Unteilbarkeit des Individuums ist keine vorfindliche Gegebenheit, sondern eine Zielgröße. Lebenslang sind wir unterwegs zu uns selbst, zu unserer Identität. Das Gebot der Bergpredigt „Seid vollkommen“ (Matthäus 5,48) kann man präziser übersetzen mit „Seid ganz, nicht innerlich gespalten“. Es meint nicht fehlerlose Perfektion, sondern Authentizität. Heutige Moraltheologie beachtet stärker den humanwissenschaftlichen Befund, nämlich dass die Einheit des Individuums mit sich selbst eine fragile Größe ist und Biographien häufig von tiefen Brüchen geprägt werden. Das hat enorme ethische Konsequenzen, beispielsweise für die Ehemoral und das Eherecht.

Im Blick auf das Verhältnis zum eigenen Körper geht christliche Anthropologie auf Distanz gegenüber einem auf Leistung und verallgemeinerbare Standards bezogenen Perfektionismus. Individualität zeigt sich gerade auch im nicht Perfekten. Menschen mit Behinderung oder in Armut, Knechtschaft oder Schuld verlieren nichts von ihrer Würde. Die biblischen Propheten interessieren sich besonders für Menschen in schwie-

rigen Situationen und sagen ihnen besondere Gottesnähe zu. In der Zuwendung zu Ausgegrenzten liegt eine bis heute nicht stillgestellte revolutionäre Kraft des biblischen Menschenbildes und der christlichen Glaubenspraxis.

Gegenwärtig erfährt dieser Ansatz besonders durch Papst Franziskus weltweit großes Echo. Indem er die christliche Option für die Armen mit einem befreiungstheologisch inspirierten Blick auf Machtverhältnisse verbindet, wird er zum unbequemen Mahner für alle, deren Wohlstand auf ökonomischen und politischen Exklusionsmechanismen beruht. Auch ekklesiologisch ist Franziskus unbequem, indem er sich vom Modell der Kirche als „societas perfecta“ distanziert und stattdessen lieber von einer „verbeulten Kirche“ spricht, die sich dialogisch auf gesellschaftliche und innerkirchliche Auseinandersetzungen zugunsten der am Rande stehenden Menschen einlässt.

Der Mensch ist Beziehungswesen

Das markanteste Merkmal der jüdisch-christlichen sowie der islamischen Tradition ist die Sicht des Menschen als Beziehungswesen. Nur in Beziehung gewinnen wir Selbststand – in Beziehung zum Nächsten, zu Gott und zu uns selbst. Gottes-, Nächsten- und Selbstliebe sind biblisch keine Alternativen, sondern drei Dimensionen, die sich wechselseitig ergänzen und ermöglichen. Als Beziehungswesen hat der Mensch ein Recht auf Inklusion sowie auf kulturelle und ökologische Beheimatung. In seiner theologischen Anthropologie verbindet der jüdische Philosoph Emmanuel Levinas die Anthropologie der Beziehung mit dem Verantwortungsbegriff. Er spricht von der „Anarchie der Verantwortung“: Sie ist

„an-archisch“, ohne „archía“ (Anfang, Herrschaft) im Individuum, da sie ihren Ursprung in der Begegnung mit dem Nächsten hat, der uns zur Verantwortung ruft. Das Sich-auf-den-Nächsten-hin-Überschreiten und sich auch gegen eigene Interessen In-die-Pflicht-nehmen-Lassen versteht Levinas als immanente Transzendenz, als Ursprung des Personseins, in dem Selbst-, Sozial- und Gottesbeziehung als Einheit gedacht sind. Freiheit ist demnach nicht Axiom, sondern Folge praktizierter Verantwortung. Sie bleibt wesentliche Zielgröße, ist aber nicht der quasi metaphysische, ganz ins Subjekt verlagerte Ausgangspunkt des gesamten Moral- und Gesellschaftsverständnisses.

In der **BEZIEHUNG** wird das Individuum zur Person.

Die Differenzierung des Ideals der Autonomie ist beispielsweise für Inklusion von Menschen mit Behinderung sowie für den Umgang mit Schwerkranken am Lebensende von zentraler Bedeutung. Souveräne Autonomie ist in diesen Kontexten oft nicht mehr erreichbar und kann, wenn die Würde an diesem Leitbild festgemacht wird, zu Verzweiflung führen. In der Konsequenz des beziehungsorientierten biblischen, jüdisch-christlich-islamischen Menschenbildes ist „assistierte Autonomie“ (Sigrid Graumann) keine Einschränkung der Würde. Es gehört zur Menschlichkeit des Menschen, immer

wieder existenziell auf Hilfe angewiesen zu sein. Diese Hilfe zu geben und im Bedarfsfall auch anzunehmen, ist eine unverzichtbare Dimension von Humanität. Das schließt keineswegs aus, dass die Hilfe stets auf die Ermöglichung von Freiheit ausgerichtet sein sollte.

Ohne Transzendenz wird der Gedanke der Würde des Menschen fragil

Ohne Transzendenz wird auch der Gedanke der unbedingten Würde des Menschen fragil. Provokativ hat dies bereits Nietzsche zum Ausdruck gebracht. Der Tod Gottes hat den Tod des Menschen zur Folge, genauer die Überwindung des Gedankens einer jedem Menschen unbedingt geltenden Würde zugunsten des durch Daseinskampf, Züchtung und Selektion herauszubildenden Übermenschen. In den 1950er-Jahren warnte Jacques Maritain vor einem transzendenzlosen Humanismus. Aus christlicher Perspektive steht nicht der Mensch als sich selbst setzendes und genügendes Subjekt im Mittelpunkt, sondern der Mensch als Beziehungswesen. Die Würde des Menschen ist nicht aus Leistungen ableitbar, sondern in der Menschwerdung Gottes als Geschenk gegeben.

Die Ambivalenz des säkularen Personalismus zeigt sich heute in unterschiedlichen Kontexten. Ökologisch wird er als anthropozentrischer Speziesismus und „Gattungsegoismus“ kritisiert (Wolf Singer). Im Dialog zwischen Bewusstseinsphilosophie und Gehirnforschung zeigt sich gegenwärtig auf bedrückende Weise, wie fragil das Konstrukt des „cogito ergo sum“ (Descartes) als absolut gesetztem Ausgangspunkt personaler Identität ist. Die tiefen Ambivalenzen der abendländisch-neu-

zeitlichen Anthropozentrik weisen auf, dass ein atheistischer Humanismus, der nicht über sich selbst hinauszudeuten vermag, Gefahr läuft, in sein Gegenteil umzuschlagen und den Menschen zum Sklaven der vermeintlich selbst gesetzten Freiheit zu machen. Interkulturell steht die „Wende zum Subjekt“ in der abendländischen Moderne unter dem Verdacht eines gemeinschaftsfeindlichen Individualismus. Der egozentrische „Kult des Individuums“ ist nicht zukunftsfähig und bedroht den Zusammenhalt der europäischen Gesellschaften von innen.

Nach Maßgabe der biblischen Anthropologie ist und bleibt der Mensch stets gefährdetes und zur Demut aufgefordertes Geschöpf unter Mitgeschöpfen. Er kann seine besondere Berufung als „gottfähiges“ Wesen nur finden, wenn er um seine Grenzen weiß und seine Egozentrik in der Beziehung zu Gott, zum Nächsten und zur Schöpfung überschreitet. Die Transzendenz des Menschen als Person ist nach christlicher Vorstellung keine biologisch vorgegebene Sonderstellung, sondern eine ständig neu herausfordernde Aufgabe der Verantwortung. Nur in Beziehung findet der Mensch zu sich selbst. Man sollte statt von „Anthropozentrik“ deshalb besser von „Anthroporelativität“ sprechen. Ohne theozentrische Rückbindung sowie einen Humanismus grenzüberschreitender Verantwortung ist das anthropozentrische Weltbild nicht zu halten. „Ein Humanismus, der nicht über sich selbst hinausweist auf ein Anderes, ist wie eine abgeschnittene Blume. Man weiß nicht, wie lange er hält“ (Golo Mann). Der christliche Glaube an die in der Menschwerdung Gottes gründende Einheit von Transzendenz und unbedingter Menschen-

würde kann die Errungenschaften der europäischen Subjektphilosophie vor der Selbsterstörung durch die Unkenntnis ihrer eigenen Voraussetzungen, die in eine anthropo- und egozentrische Praxis mündet, retten.

Der Mensch ist auf Vergebung angewiesen

Der Mensch entdeckt seine Individualität erst im Angesicht verpasster Freiheit und damit von Schuld oder Differenz gegenüber seinen besseren Möglichkeiten. Erst dann wird sich das Individuum selbst zur Frage. Der Religionsphilosoph Richard Schäffler macht den Unterschied zwischen philosophischer und theologischer Ethik daran fest, dass Philosophie die Freiheit als Axiom voraussetzt, während Theologie angesichts verpasster Freiheit nach der als Geschenk und Gnade gedachten Bedingung ihrer Möglichkeit fragt. Freiheit und Verantwortung können wir letztlich nur aushalten, wenn wir auf die Möglichkeit der Vergebung und der Barmherzigkeit vertrauen.

Der gemeinschaftsfeindliche INDIVIDUALISMUS bedroht den Zusammenhalt in der westlichen Gesellschaft.

Barmherzigkeit ist das zentrale Thema, das gegenwärtig Papst Franziskus als Kern des christlichen Gottesbildes und einer darauf bezogenen Ethik wiederentdeckt. 2016 hat er als Jahr der Barmherzigkeit ausgerufen. Ein Menschenbild und eine Moral ohne Barmherzigkeit werden inhuman. Nicht wenige Elemente des moralischen Rigorismus und Systemdenkens in der christlichen Tradition selbst sind dafür Nega-

tivbeispiele, die unzählige Menschen in Konfliktsituationen belastet haben und belasten. Die Ethik Jesu zielt jedoch nicht auf Belastung und Verurteilung, sondern auf Befreiung und Entfaltung des Humanen: „Denn mein Joch drückt nicht, und meine Last ist leicht“ (Matthäus 11,30). Eine der frohen Botschaft des Evangeliums gemäße Ethik beginnt dort, wo Moralisieren aufhört. Ohne das Vertrauen in die Barmherzigkeit läuft die gesamte Ethik letztlich auf den Versuch hinaus, über andere zu Gericht zu sitzen und für uns selbst nachzuweisen, dass wir nicht belangbar sind. Die Konsequenzen stellt Dürrenmatt anschaulich in den drei Varianten seines Stückes „Die Panne“ dar. Einmal weist der Handlungsreisende Traps seine Unschuld nach, ist aber dann letztlich auch gar nicht mehr Autor seines eigenen Lebens, sondern bloßer Spielball der Umstände. In einer zweiten Variante verzweifelt er und hängt sich selbst auf. In einer dritten Version ist er bereit, Schuld auf sich zu nehmen. Das Resümee: Eine Ethik, die die anthropologischen Dramen von Schuld und Vergebung kennt, ist Voraussetzung für eine humane Kultur. Zugleich bilden diese Dramen den zentralen Stoff der europäischen Literatur.

Solidarität zielt auf Hilfe zur Selbsthilfe

Die befreiende und humanisierende Kraft des christlichen Menschenbildes liegt wesentlich darin, dass es den Menschen sowohl in seiner Neigung zu Bequemlichkeit, Schuld und Gewalt als auch in seiner Möglichkeit zu Freiheit, Verantwortung und Hingabe sieht. Es benennt die Schwächen, nicht um zu verurteilen, sondern um Reue, Umkehr und Versöhnung zu ermöglichen. Zu-

gleich blickt es auf die Stärken, nicht aufgrund eines naiv-optimistischen Menschenbildes, sondern aus der Überzeugung, dass jedem Menschen Begabungen (Charismen) geschenkt sind, mit denen er sein Leben bewältigen kann. Auch pädagogisch und psychologisch wird vielfach bestätigt, dass Entwicklungsförderung nicht nur einer Kritik der Schwächen bedarf, sondern ebenso einer Wahrnehmung und Förderung der Stärken.

Die ETHIK des christlichen Menschenbildes zielt auf Hilfe zur Selbsthilfe ab.

Eine Ethik im Zeichen des christlichen Menschenbildes hat zum Ziel, die Stärken des Schwachen und an den Rand Gedrängten zu entdecken und subsidiär im Sinne einer „Hilfe zur Selbsthilfe“ zur Entfaltung zu bringen. Dies ist beispielsweise in der Sozialpolitik oder in der Flüchtlingshilfe von bleibender Aktualität als Herausforderung für eine in jeder Situation neu zu findende Balance zwischen Hilfe und Eigenverantwortung. Wenn Hilfe von oben herab geleistet wird, kann sie demütigend wirken und abhängig machen. Nur wenn sie mit einer gewissen Demut und auf Augenhöhe in Anerkennung der gleichen Würde aller Menschen geleistet wird, entfaltet sich ihr befreiendes Potenzial. Christliche Sozialpolitik zielt auf eine „solidarische Leistungsgesellschaft“ (Alois Glück). In der Entwick-

lungspolitik konkretisiert sich dies, indem nicht nur Hilfsgüter geliefert werden, sondern Bildung, kulturelle Eigenständigkeit und Demokratie sowie Infrastruktur und Marktzugang gefördert werden.

Humanität braucht Einfachheit und die Anerkennung von Grenzen

Der Begriff „Humanität“ kommt von „humus“ (Erde). Biblisch ist der Mensch „adam“, der zur Erde Gehörende. Humanität gründet in Demut und der Anerkennung von Grenzen. Sie braucht die „unerschöpfliche Kraft des Einfachen“ (Martin Heidegger). Solche Einfachheit und Demut als Existenzial gelingenden Menschseins wurde nirgendwo so konsequent vergessen wie in der europäischen Moderne. Ihre Wiederentdeckung ist heute ein Überlebensprogramm, das einen grundlegenden Kulturwandel voraussetzt und eine große gesellschaftliche Transformation zur Folge hat. Vorschläge hierfür finden sich in der Enzyklika „Laudato si“ unter dem Leitbegriff „gutes Leben“. Der Papst knüpft dabei besonders an lateinamerikanisch-indigene Traditionen des „buen vivir“ an und bringt diese in ein Gespräch mit christlicher Spiritualität, islamischer Mystik sowie ökologischer Konsumkritik. Eine öko-philosophische Vertiefung der Debatte um neue Lebensstile entfaltet Bruno Latour in seinem Monumentalwerk „Existenzweisen“ (2012, deutsch 2014), das er als „kritische Anthropologie der Moderne“ versteht.

In der Synthese mit dem modernen westlich-abendländischen Fortschrittsglauben hat die christliche Kultur viele Aspekte einer solchen kritischen Anthropologie, die sich auch in ihrer eigenen Tradition finden, verdrängt. Sie täte

gut daran, diese im Gespräch mit der eigenen Geschichte sowie mit anderen Kulturen und Religionen wieder neu zu entdecken. Das ist keineswegs nur ein Glasperlenspiel philosophisch-theologischer Spekulation, sondern eine grundlegende „mentale Infrastruktur“ (Harald Welzer) für die nötigen gesellschaftspolitischen Weichenstellungen auf dem mühsamen Weg der „großen Transformation“ in eine postfossile, klimaverträgliche sowie humane und soziokulturell resiliente (robuste) Gesellschaft. Ohne eine Rückkehr zur Einfachheit und Genügsamkeit schlägt das Programm des europäischen Humanismus mit seiner charakteristischen Wende der Vernunft nach außen in sein Gegenteil um. Er mündet in eine Zerstörung der Wohnbarkeit der Erde. Bisher hat die abendländisch-humanistische Zivilisation in ihrem weltweiten technisch-ökonomischen Siegeszug gezeigt, dass sie höchst effizient Ressourcen für die Entfaltung humaner Möglichkeiten zu erschließen vermag. Nun muss sie ihre Zukunftsfähigkeit darin erweisen, dass sie angesichts der globalen Klima- und Umweltkrise zu „intelligenter Selbstbegrenzung“ (Axel Honneth) befähigt.

Die Revolution zum Humanen ist ein nicht abschließbarer Lernprozess

Das christliche Menschenbild hat zwei Wurzeln: eine biblische und eine griechisch-römische. Es bezieht seine Dynamik von Anfang an aus dem Spannungsfeld zwischen theologischen und säkularen Zugängen, die sich wechselseitig ergänzen, vertiefen und kritisch beobachten. Kennzeichnend für den abendländischen Humanismus ist von daher, dass er einerseits spezifisch biblisch ge-

prägt ist, andererseits zugleich den Anspruch auf eine prinzipiell gegenüber allen Menschen offene und auf ihre Entfaltung ausgerichtete Vernunft hat.

Das christliche Menschenbild war und ist DYNAMISCH.

Das christliche Menschenbild und dementsprechend auch das Ringen um eine humane Gesellschaft haben sich in einem beständigen, nie zur Ruhe kommenden Prozess entfaltet. Gerade die Bereitschaft, sich in der Auseinandersetzung mit neuen Erfahrungen, Begegnungen und Perspektiven weiterzuentwickeln, ist eines seiner prägnantesten Merkmale. Nur so konnte die christliche Anthropologie die ihr eigene Spannung zwischen biblischen und philosophischen Wurzeln bewältigen. Heute ist diese Dynamik auf die Integration globaler Perspektiven hin weiterzudenken. Die europäische Kultur und das ihr zugrunde liegende Menschenbild können nicht als geschlossene Konzepte gedacht werden, sondern nur als ein offenes, stets über sich selbst hinaus verwiesenes Projekt.

Der universale Anspruch kann und sollte dabei nicht dadurch zur Geltung gebracht werden, dass man die kulturellen und religiösen Wurzeln zugunsten einer abstrakten Vernunft „neutralisiert“, sondern dadurch, dass man die Offenheit, Anteilnahme und Lernfähigkeit in der Ausrichtung auf die Anerkennung des Anderen hervorhebt. *Compassio*,

grenzüberschreitende Anteilnahme am Schicksal der Bedrängten, ist das „Weltprogramm des Christentums“ (Johann Baptist Metz). Das christliche Menschenbild zielt darauf, dass der Mensch stets neu durch die Begegnung mit anderen Menschen in seiner personalen Entfaltung wächst. Es ist auf eine nicht abschließbare „Revolution zum Humanen“ hin (Wilhelm Korff) angelegt.

Die Überwindung des Partikularismus als Programm

Das christliche Menschenbild hat die europäische Kultur geprägt und ist selbst rückgeprägtes Produkt dieser Kulturgeschichte. Es ist ein unaufgebbares Merkmal europäischer Identität. Angesichts der zunehmenden Präsenz von Menschen, die weder christlich noch europäisch geprägt sind, stößt die Beru-

Die moderne Demokratie muss zum interkulturellen Dialog befähigen mit dem Maßstab „MENSCH“ als Person.

fung auf das christliche Menschenbild jedoch auf eine paradoxe Logik: Die Offenheit für Fremde gehört unabdingbar zu seinem Kern. Das christliche Menschenbild eignet sich daher gerade nicht als Instrument für eine exklusiv verstandene Verteidigung der „christlichen Leitkultur“. Die jüdisch-christliche Dimension des Glaubens an die Sakralität der Person fordert programmatisch die Offenheit für Fremde als Test ihrer Glaubwürdigkeit. „Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid selbst Fremde in Ägypten gewesen. Ich bin der Herr, euer Gott“ (Lev 19,33f).

Die Zukunftsfähigkeit der modernen Demokratie hängt heute wesentlich davon ab, dass sie sich einerseits der christlich-abendländischen Wurzeln neu vergewissert, denn ohne diese werden ihre normativen Leitbegriffe weder verständlich noch kulturell wirksam; andererseits muss sie dies so entfalten, dass sie dadurch nicht in ein partikularistisches Ethos verfällt, sondern vielmehr zum interkulturellen Dialog befähigt. Dies kann gelingen, indem sie ihren universalen Anspruch in der Fähigkeit zu vernunftgeleiteter Debatte sowie einer Kultur von offener Begegnung, Inklusion und Teilhabe bewährt. Nach dem Anspruch des christlich-abendländischen Menschenbildes und dem daraus abgeleiteten Politikverständnis ist die Demokratie eine ständig weiterzuentwickelnde Ordnung. Ihr Maßstab ist der Mensch als Person, der stets neu als „Wurzelgrund, Träger und Ziel aller Institutionen“ (Zweites Vatikanisches Konzil: Pastoralkonstitution „*Gaudium et spes*“, Nr. 25) zur Geltung zu bringen ist. ///



/// MARKUS VOGT

ist Ordinarius für Christliche Sozialethik an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Dekan der Fakultät.

/// Nachgefasst

POPULISTEN-DÄMMERUNG

CLAUDIA SCHLEMBACH /// Es scheint, dass sie dem Zenith der Macht näher kommen. Ihre Ergebnisse überraschen alle. Immer wieder und nachhaltig – am meisten vermutlich sie selbst: Boris Johnson – Brexitgewinner, Donald Trump – Präsidentschaftskandidat, Geert Wilders und Marine Le Pen – Premium-Trittbrettfahrer der EU-Skepsis. Aber ihre Erfolge sind die Saat ihres Niedergangs. Bedauerlicherweise werden viele Menschen darunter leiden.

Die Anhänger der Populisten, die ein besseres Leben durch einen Sprint zurück in die Glorie der Vergangenheit phantasierten, durften bereits einen Tag nach dem Referendum erkennen, dass die Zeitmaschine Sand im Getriebe hat.

Sogar der rote Bus, der wochenlang mit der Kampagnen-Aufschrift: „Statt jede Woche 350 Millionen Pfund an die EU zu überweisen, soll das Geld dem britischen Gesundheitssystem zu Gute kommen“, steht auf der Bremse. Ukip-Chef Nigel Farage, neben Johnson prominentester Brexiter, hat wenige Stunden nach Bekanntgabe der Ergebnisse erklärt, er könne nicht garantieren, dass tatsächlich so viel Geld in das Gesundheitssystem fließen wird. Zum Zeitpunkt dieses Eingeständnisses am Freitag nach der Abstimmung haben Analysten errechnet, dass weltweit fünf Billionen Dollar an Börsenwert vernichtet worden waren – das Doppelte der Gesamtleistung der britischen Wirtschaft.

Das zentrale Argument, dass England die Hoheit über die Wanderbewegungen arbeitswilliger Europäer wieder erlangen wolle, ist noch während der Auszählung der letzten Wahlkreise in sich zusammengebrochen. Wenn Großbritannien weiterhin in irgendeiner Form mit dem Europäischen Markt in Kontakt bleiben will, muss es dessen Regeln akzeptieren. Die Personenfreizügigkeit gehört eindeutig dazu! Norwegen, das gerne als Modell erhalten durfte, musste diese Freizügigkeit akzeptieren. Und zahlt darüber hinaus eine Art Eintrittsgeld, um sich an den Binnenmarkt andocken zu dürfen – ohne auch nur eine minimale Entscheidungskompetenz darüber zu haben, was mit den Geldern passiert. Das ist nun die nächste Zukunft Großbritanniens.



Großbritannien hat die EU verlassen und dabei bleibt es auch nach Aussage der neuen Premierministerin Theresa May.

Dieser Textvorabdruck wurde am Montag nach dem Brexit auf unserer Homepage online gestellt. Aber noch nicht einmal mit diesem schnellen Medium war es möglich, die Geschwindigkeit einzufangen, mit der die Herren Johnson und Farage ihre Hybris erkannten und die Bühne verlassen haben. Die Rücktritte kamen schnell, umfassend und im Nachhinein betrachtet waren sie nicht wirklich erstaunlich.

Als Johnson sich nach Bekanntgabe der Ergebnisse selbst feierte und meinte, dass Großbritannien die fünftgrößte Volkswirtschaft der Welt sei und nun zu noch mehr Größe aufsteigen werde, hatte die Moody's Corporation bereits den Hebel angesetzt und Britannien um mindestens einen Platz nach hinten ver-

rückt. Standard & Poor's hielten das bisherige AAA-Rating für nicht mehr haltbar und das Pfund rutschte auf einen Stand aus den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts ab. Der Abwärtstrend hält an, aber die Märkte haben sich recht schnell beruhigt und das ist ein gutes Zeichen für die Europäische Union.

Der Brexit hat unmittelbare WIRTSCHAFTLICHE Auswirkungen zur Folge.

Großbritannien muss nun mit allen Ländern neue Handelsverträge abschließen. Das dauert, zumal Präsident Obama bei seinem letzten Besuch in

Hannover deutlich gemacht hat, dass Großbritannien am Ende der Warteliste der Freihandelsabkommensverhandlungen stehen wird. Und unabhängig davon, ob sich das United Kingdom dann am Schweizer Modell orientieren wird oder die WTO-Bedingungen übernimmt – es wird teuer. Das Wachstum wird eingefroren, die Arbeitslosigkeit steigt und Vermögenswerte u. a. im Immobiliensektor werden vernichtet. Im Bankensektor droht eine Abwanderungswelle. Frankfurt ist als neuer zentraler Finanzplatz im Gespräch. Und das würde Großbritannien sehr treffen, denn die Finanzwirtschaft ist ein zentraler Asset der britischen Wirtschaft. Ob London als nicht EU-Mitglied weiterhin die Schaltstelle sein kann, wird sich zeigen.

Farage meinte, er habe sein politisches Ziel erreicht und wolle nun sein Leben zurück. Boris Johnson wartet vielleicht auf seine nächste Chance, nachdem Theresa May das heiße Eisen der nun notwendigen Verhandlungen in die Hand genommen hat und vielleicht auch ein paar Brandblasen bekommen wird, die sie dann angreifbar machen. Das würde gut zu der Vorgehensweise von sog. Politikern passen, die eine Atempause brauchen, wenn sie ihre Ziele erreicht haben. In diesem Fall haben sie ihr Feindbild, nämlich die Europäische Union, wegrationalisiert. Und damit funktionieren wichtige Mechanismen dieser Art politisch aktiver Menschen nicht mehr, denn nun müssten sie mit den Begriffen Schuld und Verantwortung anders umgehen. Müssten, wenn sie noch da wären. Schuldzuweisungen sind einfache Mittel, um die tatsächliche Komplexität dieser realen Situation auf eine überschaubare Linie zu reduzieren und für jedermann verständ-

lich zu machen. Die EU ist schuld und die EU war immer schuld, wenn in den letzten Jahren die Dinge auf der Insel nicht gut gelaufen sind. Jetzt eignet sie sich nicht mehr dafür, oder vielleicht doch, weil sie ja nicht kooperiert oder weil ... was auch immer. Wir werden sehen. Bei solchen vereinfachten Darstellungen bleibt immer unbeachtet, dass die Politik für ihre Handlungen Verantwortung zu übernehmen hat. Jetzt geht es darum, Verantwortung zu übernehmen und wenn die Schuldfrage dabei auftritt, ist eine objektive Analyse, die Kontinentaleuropäer eingeschlossen, das Beste.

Es gibt dazu ein paar Positionen, die wir alle berücksichtigen sollten, um die Entscheidung der Briten, die diese vielleicht in letzter Konsequenz so gar nicht gewollt haben, zu einer Chance für uns alle zu machen.

Wir sollten auf Schuldzuweisungen verzichten und stattdessen verantwortlich handeln. Großbritannien ist ein Teil des europäischen Kontinents. Sie brauchen uns und wir brauchen sie. Die Entscheidung für den Brexit ist auch eine Entscheidung gegen eine Reihe von europäischen Erscheinungen, die bei weiten Teilen der Bevölkerung auf Unverständnis stoßen. Europa sollte sich auf das besinnen, was es einmal war, nämlich eine Union der Sicherheit und der gelungenen wirtschaftlichen Prosperität, wenn auch nicht für alle gleich gut, aber für alle mit positivem Trend.

Verantwortung bedeutet, dass wir daran mitarbeiten, die EU zu stabilisieren und gleichzeitig zu erneuern. Edmund Stoiber fordert das eindringlich und er spricht als intimer Kenner der Szene. Er erinnert daran, was die Leitideen Europas waren und letztlich noch sind und appelliert, die Prozesse zu er-

neuern und die Institutionen zu stabilisieren. Manfred Weber, MdEP fordert die Mitarbeit an einer „Verantwortungsdemokratie“. Das sind souveräne politische Wege.

Als Teil einer Verantwortungsdemokratie kann uns das Schicksal Großbritanniens nicht egal sein. Natürlich ist es in Ordnung, wenn die EU auf einen schnellen Austritt Wert legt. Das dient auch dazu, einen Dominoeffekt zu vermeiden. Es wird der Insel in der nächsten Zeit keinesfalls besser gehen. Und je schneller sie auch die Privilegien nicht mehr haben, die ihnen die EU geboten hat, umso schneller wird sich das zeigen. Aber Verantwortung heißt eben auch mit Maß und Ziel zu agieren.

Ungeachtet der **SCHULDFRAGE sind nun Verantwortung sowie **besonnenes Handeln seitens der EU gefordert.****

Angeblich hat ein Teil der britischen Bevölkerung nach der Brexit-Entscheidung erst einmal gegoogelt, was dieser Austritt denn eigentlich bedeutet. Die jungen Briten haben erst nach dem Referendum erkannt, dass ihre Stimme zählt. Mit einer Volksbefragung muss man auch umzugehen wissen. Die Schweiz hat diesbezüglich schon mehr und bessere Erfahrungen und weiß hierbei um die Wichtigkeit der Informationskanäle.

Für manche der Themen, die bei uns akut anstehen, würde man sich auch

wünschen, dass vor der Entscheidung gegoogelt würde. TTIP gehört z. B. dazu. Insbesondere in Deutschland argumentieren wir sehr intensiv mit der Absenkung unserer Standards, der Demokratiefreundlichkeit von Schiedsgerichten und der Geheimhaltung der Verhandlungen. Man muss über diese Dinge ernsthaft diskutieren und wir können keinesfalls unsere roten Linien überschreiten. Die gibt es und die Handelsvertreter der Kommission haben kein Mandat dazu, diese Linien zu überschreiten. Das wird gerne übersehen. Aber wir dürfen, v. a. mit Blick auf den Brexit, fragen, was denn nun tatsächlich passiert, wenn wir TTIP ablehnen. Verbauen wir uns die Chance, internationale Standards mit einem Partner auszuhandeln, der uns von allen anderen noch am nächsten, wenn auch nicht ganz nah ist? Können wir als Vize-Exportweltmeister tatsächlich aus diesen Verhandlungen aussteigen, ohne Idee, wie wir dann unser Wachstum weiter fördern und unseren exportorientierten und hochspezialisierten Mittelstand weiter im Rennen halten wollen, wenn der Protektionismus wieder in Mode kommt?

Wir können aus solchen Verhandlungen aussteigen, genau wie Großbritannien aus der EU aussteigen kann. Aber wenn wir verantwortlich handeln, müssen wir der Fairness halber den Menschen vorher sagen, was das bedeutet. Wenn wir uns neu erfinden müssen, weil das deutsche Geschäftsmodell Export nicht mehr funktionieren wird, müssen die Konsequenzen vorher klar sein. Das Projekt kann durchaus gelingen, aber es wird langfristig sein und erstmal zu Einbußen führen. Gute Führungspersönlichkeiten können die Bürger für diesen sicher nicht einfachen

Weg gewinnen, wenn sie ihnen eine Perspektive vermitteln, v. a. wirtschaftlich gesehen und dabei glaubhaft vermitteln können, worum es wirklich geht, nämlich nicht um das „berühmte Chlorchicken“, sondern um Wirtschaftsnationalismus, der die Türen zumacht.

Großbritannien kann und muss sich jetzt neu erfinden und wird das sicherlich auch tun, hoffentlich auch mit unserer Unterstützung. Die Abwertung des Pfundes wird zweifelsfrei auch positive Effekte haben. Die Nachfrage nach Weingummi kann steigen und auch die nach schottischem Whiskey, also zumindest bis die Schotten ihr zweites Referendum durchgeführt haben. Die Brexiter haben das große Empire wieder beschworen, aber unterschätzt, dass sich ein wirtschaftlich geschwächtes Britannien sehr schwer tun wird, ohne die 27 Mitgliedsstaaten im Rücken in machtvolle Verhandlungen einzutreten. Sie haben es auch versäumt, die Menschen auf das kommende Tief vorzubereiten und unterschätzt, dass die Feindbildbeschworung nur dann Menschen mobilisiert, wenn der Feind noch da ist. Mit dem Austritt aus der EU werden neue Maßstäbe an die Politik der Brexiter angelegt.

Es macht keinen Spaß zu sehen, dass die Briten sich vermutlich verrechnet haben. Zumal wir wissen, dass die Auswirkungen uns alle treffen und vorzugsweise die deutsche, um nicht zu sagen die bayerische Wirtschaft. Im Moment gibt es keinen Gewinner. Ob sich das noch ändert, hängt v. a. von der politischen Gestaltungsmacht derer ab, die die Komplexität erkennen und nicht in das um sich greifende Lager der Vereinfacher wechseln. Die Kehrseite des Populismus ist die fehlende Führungsfähigkeit der Eliten wie Reflexionsfähig-

keit und Veränderungsbereitschaft. Denn der Brexit war nicht nur eine Wahl für ein neues Großbritannien, sondern auch eine Wahl gegen das Europa, wie die Menschen es heute kennen.

Was ist der Mehrwert Europas? Wenn es die amtierenden Entscheidungsträger nicht glaubhaft verstehen, solche Visionen und Bilder zu skizzieren, wenn sie die Entfremdung von diesem Gebilde nicht mit massiven politischen Aktionen eindämmen, dann ist nicht Großbritannien das entscheidende Vorbild für einen möglichen weiteren Austritt, sondern es sind die EU-Politiker selbst.

Es gilt nun, aus dem BREXIT das Beste sowohl für England als auch für Europa zu machen.

Die insulare Sicht der Welt war schon immer eine andere als die kontinentaleuropäische, aber es bestand dennoch eine eigenartige Liebe. Nun ist die Scheidung da und wir werden sehen, ob und wie weit die Partner allein besser klarkommen. Wie tief der Populismus nun schon in Europa diffundiert ist, wird sich am Format der Verhandlungspartner zeigen. Bei solchen Trennungen kommt es ja nicht selten vor, dass ein Partner in den völligen Verdrängungsmodus schaltet und sein Gegenüber tabuisiert. Alles beim anderen war dann auf einmal schlecht, nur, um nicht den eigenen Teil der Verantwortung annehmen zu müssen. Solche primitiven Ab-

wehrmechanismen verdrängen die Realität. Sowohl die Insel als auch der Kontinent haben in diesen Jahren voneinander profitiert. Eine Trennung mit Stil, Anstand und der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, ist die angemessenste Möglichkeit, das Beste aus dem zu machen, was jetzt nun mal Fakt ist und um die Türen für eine neue Form der Beziehung offenzuhalten. ///



/// DR. CLAUDIA SCHLEMBACH

ist Referentin für Wirtschaft und Finanzen der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

/// Step by step

DER WEG IST DAS ZIEL

CLAUDIA SCHLEMBACH /// Wer sich an der Beseitigung von Fluchtursachen vor Ort beteiligt, kommt nicht umhin, die Attraktivität des Standortes zu verbessern. Dazu gehört auch, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu schaffen um den Menschen Beschäftigung und Einkommen bieten zu können. Mit der Konferenz „Peace through Entrepreneurship“ vom 26.-28. Mai 2016 in Marrakesch wollten die Veranstalter Hanns-Seidel-Stiftung mit ihrem dortigen Vertreter Dr. Jochen Lobah sowie „The Arab Center“ mit Dr. Nouh El-Harmouzi einen Beitrag dazu leisten. Der nachfolgende Bericht zeigt meine Eindrücke, die ich als Teilnehmerin und Vortragende mit nach München genommen habe.

Hätten Sie es gewusst? Marokko ist das Land der Schwarzleser. Täglich wandern im Souk von Marrakesch bedruckte Zeitungsseiten schamlos zwischen dem Teppichhändler, dem Gerber und dem Täschnier hin und her. Cafés bieten für ein paar Dirham Verbene mit einem Schuss Zitrone an und die Nachrichten des Tages kostenfrei dazu. Die Verleger beziffern den Schaden auf 150 Millionen Dollar, bedrängen Kommunikationsminister Mustapha Khalfi und der will nun schnelle Abhilfe schaffen und ein Gesetz erlassen, das das „Zweitlesen“ verbietet.

Als Europäer kann man das anders sehen. Ich fand es gut, dass die Händler nicht alle vor ihren I-Phones saßen, sondern tatsächlich Zeitung gelesen haben. Stattdessen habe ich mich ein wenig gewundert über die Qualität der Taxis.

Der deutsche TÜV hätte bei dem einen oder anderen Gefährt sicher schon vor 20 Jahren die rote Karte gezeigt. Mittlerweile verstehe ich auch warum, denn hier hält ein Zwischenhändler die Lizenz und vergibt diese weiter an den Taxifahrer, der wiederum Lizenzgebühr abzutreten hat, aber auch dafür zuständig ist, das Taxi instand zu halten. Dafür bleibt keine Zeit. Zeit ist überhaupt ein kritisches Moment, wie die kuriose Anzahl der Verkehrstoten zeigt, die

Die LEBENSUMSTÄNDE in Marokko weisen starke Gefälle auf.



Marrakesch beeindruckt nicht nur mit seinen Farben und Gerüchen.

durch ein Taxi umkommen, weil die Fahrer um jeden Dirham kämpfen.

Das sind nun offenbar die modernen Märchen aus 1001 Nacht. Und es sind bedauerliche Fakten. Dabei war ich gar nicht wegen solcher Erfahrungen in diesem Land, in Marrakesch, das auf A-Promis eine echte Anziehungskraft ausübt. Yves Saint-Laurent hat hier den Jardin Majorelle neu aufgebaut und seine Villa gleich daneben bezogen, André Heller übertrifft sich mit „Anima“ selbst – einem Garten der Superlative, eine halbe Stunde von Marrakesch entfernt, der ihm ab 18.00 Uhr allein zur Verfügung steht. Bratt Pitt und Angelina Jolie suchen noch. Sie könnten in eines der neu entstehenden Golf-City-Ghettos ziehen, dort, wo man quasi den Golfball vom Eierbecher auf das dritte Loch schlagen kann. Von solchen Appartements gibt es jetzt viele, sie sind Teil der Stadtentwicklungspolitik. Wunder schön begrünte Zufahrten, rechts und links kleine Wasserfälle, die Blüten überschlagen sich in ihrer Leuchtkraft. Überhaupt die Farben: Sie sind so wunderbar leuchtend hier in diesem Land, das trotz Hitze immer den Fallwind vom Atlas dazu serviert, was die ganze Sache angenehm macht. Aber diese Golf-Cities sind nicht das, was „Brangelina“ suchen. Sie wollen kein Ghetto – auch nicht, wenn es das der Reichen und Schönen ist.

Außerhalb dieser Silos wird es aber schon eng. Denn Marrakesch changiert zwischen hop und top. Eine echte Mittelschicht lässt sich nur schwer finden. Die Gruppe derer, die knapp oberhalb der Armutsgrenze liegt, die sog. floating group hat zwar um 18 Prozentpunkte zugenommen, wird aber auch von den oberen Schichten gespeist.* Neben der Luxusvilla brechen die Lehmziegel

langsam auseinander, die Menschen wohnen teilweise unter freiem Himmel und bleiben trotzdem. Die Infrastruktur folgt nicht unbedingt logischen Gesetzen, Straßen hören einfach auf, versanden – das kennt man aus Deutschland auch.

Warum bin ich hier, in dieser wunderbaren Stadt? Es geht um „Peace through Entrepreneurship“. Ein Thema, das uns in Deutschland selbstverständlich beschäftigen muss, denn wenn es gelingt, an den Fluchtursachen zu arbeiten, den Menschen einen Grund zu geben, in ihrer Heimat zu bleiben, dann ist das ein fundamentaler Beitrag zur aktuellen Flüchtlingsdebatte. Einer, der das Übel im wahrsten Sinne des Wortes an der Wurzel packt. Dass das einfach wird, ist nicht anzunehmen. Aber man sollte es auch nicht unterlassen, denn die Menschen hier – und das erfahre ich in der viertägigen Konferenz – sind sehr

Die HANNS-SEIDEL-STIFTUNG engagiert sich seit längerem in Marokko mit verschiedensten Projekten.

heimatverbunden. Sie wollen nicht wirklich weg. Sie wollen etwas bewegen, verändern und die von ihnen wahrgenommenen Fehlentwicklungen beenden. Sie tun das mit einer unglaublichen Motivation und dem unbedingten Willen, die Dinge zum Richtigen zu wenden.

Natürlich muss man klar sagen, dass selbstverständlich auf einer solchen Konferenz Menschen sind, die nicht aus den fast zusammenbrechenden Lehmhütten kommen. Wir haben hier mit dem Hotel ein landestypisches Riad und das gefällt mir sehr gut. Man sieht die

Schönheit nicht von außen, sondern muss da schon näher rangehen. Marokko zeigt sich nach außen sehr bescheiden, eher lehmhüttenartig. Aber wenn man dann mal reinkommt in diese Häuser, ist man sehr überrascht angesichts dessen, was sich einem zeigt. Angenehme Kühle, ein Wasserfall, mauretaniisches Dekor: 1001 Nacht.

Die Menschen auf der Konferenz gehören definitiv zur Elite des Landes, aber sie werden eben auch die späteren Geschicke des Landes mitbestimmen. Und irgendwo muss man anfangen. Wer in den Lehmhütten anfangen möchte, wird auch auf die Hanns-Seidel-Stiftung stoßen. Wir sind zum Beispiel die einzige deutsche Stiftung, die mit dem Frauenhaus Marrakesch in den Dörfern des Hohen Atlasgebirges Sensibilisierungskampagnen für Frauen und Mädchen durchführt – eine echte Graswurzelarbeit. Weitere Projekte, die unter Leitung von Jochen Lobah laufen, sind auf der Homepage unter <http://www.hss.de/internationale-arbeit/regionen-projekte/afrika/marokko.html> zu finden.

Die Hanns-Seidel-Stiftung sieht gleichzeitig viel Potenzial darin, die Eliten des Landes zu begleiten, gemeinsam ein Verständnis von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu formieren, das zu einer echten Koexistenz mit unserem Werteverständnis führen kann. Ein Einverständnis darüber, dass bestimmte Parameter gelten, die sich in den Rahmenbedingungen der Sozialen Marktwirtschaft finden und die sich auch in den Vorteilen des Rechtsstaates wiederfinden.

Das verläuft nicht an jeder Stelle so harmonisch, denn wie auch in Deutschland und Europa findet man in radikalisierten Zirkeln Unzufriedenheit über die herrschenden Systeme. In Europa

sind die Probleme hinlänglich bekannt und ich bin erstaunt, mit welcher Wucht mir in dieser Konferenz zwei Schlüsselbegriffe entgegen treten, nämlich erstens die Korruption – siehe der Kommunikationsminister und auch der Verkehrsminister mit seinen Taxilizenzen – sowie zweitens die Monopolisten. Ein kleiner Teil der marokkanischen Elite hält alle Zügel der Zukunft des Landes in der Hand. Und das ist keinesfalls vergleichbar mit den Verhältnissen unserer Lebenswirklich-

Marokko braucht ein langsames, aber STETIGES Wachstum.

keit in Europa. In Europa handelt es sich eher um abstrakte Dimensionen, voneinander unabhängige Konzerne, die ihren Profit maximieren wollen. In Marokko geht es um Eliten, die sich untereinander kennen und Gesetze erlassen, wenn der „Zweitleser“ oder der Sub-Lizenzunternehmer zu übermächtig wird.

Wenn in einem solchen Milieu Aggressionen erstehen, ist das nicht verwunderlich. Verwunderlich ist eher die positive Stimmung und hohe Motivation der jungen Leute, die trotz aller Bürokratie und vieler anderer Hemmnisse ihr Land voran bringen wollen. Marokkanische Existenzgründer kämpfen darum, an Elektrizität zu kommen, die Grundlage, um überhaupt arbeiten zu können. Sie durchlaufen Behördengänge, wie sie in Deutschland gar nicht vorstellbar wären. Und ich frage mich: Gäbe es in Deutschland überhaupt noch

Gründer, wenn die Hürden bei uns so hoch wären? Natürlich gibt es auch bei uns Bürokratie und unangenehme Dinge, Schwierigkeiten bei der Finanzierung – all das erleben Marokkaner auch. Und dazu noch Vieles mehr.

Was sie deshalb brauchen, ist eine Kultur, die Scheitern nicht verurteilt, die eine Kultur des inkrementen Wachstums pflegt, die es begrüßt, wenn man klein anfängt bevor man irgendwann groß rauskommt. Deutschland ist dafür nicht wirklich ein Vorbild. Wir haben keine Kultur, die das Scheitern akzeptiert und auch keine, die Erfolg begrüßt. Kein Wunder, dass unsere Generation Y, die wir großgezogen haben, lieber einen sicherheitsorientierten Job beim Staat sucht, anstatt ein wenig auf Risiko zu setzen.

Ein kleiner Hoffnungsschimmer tut sich auf: In Deutschland sind es vor allem Frauen, die sich selbständig machen. Ihre Entwicklung dabei verläuft meist nicht raketenartig, aber sie tragen mittlerweile eine ganze Menge dazu bei, dass der Gründungsmarkt in Deutschland nicht zusammenbricht. Die Gründerinnen gehen langsam, aber stetig voran, erarbeiten ihr Terrain Stück für Stück.

Und genau das braucht auch Marokko: Eine stetige und beständige Entwicklung, die durchaus auch mal vorübergehende Rückschläge verkraften kann. Die Leute dort können das – und nicht nur die Frauen –, weil ihre Werte, die Bindung zur Familie das vermitteln, genauso wie in Deutschland. Diese Werte sind unabhängig von Religion und dem Ansehen der Person. So kann man z. B. mal die Zeitung weitergeben, wenn man sie gelesen hat, weil Information jeden weiterbringt, aber nicht jeder sie sich leisten kann. Die Jungen und ei-

ander gegenseitig unterstützen, beim Start ... einfach mal machen und sehen, was passiert.

Können wir in Deutschland das eigentlich auch weiterhin authentisch an andere weitergeben? Das darf man wirklich ganz ernsthaft fragen, wenn man so durch den Souk läuft und sieht, wie sich die Händler untereinander verständigen, auch wenn sie künftig die Zeitung nicht mehr weitergeben dürfen, weil der Kommunikationsminister den Verlegern ein Gesetz gestaltet. Sie haben dieses Ding, das keine I-Phones braucht. Man darf auf sie setzen. Die Hanns-Seidel-Stiftung wird das tun und den Finger am Puls der dortigen Entwicklung haben. ///

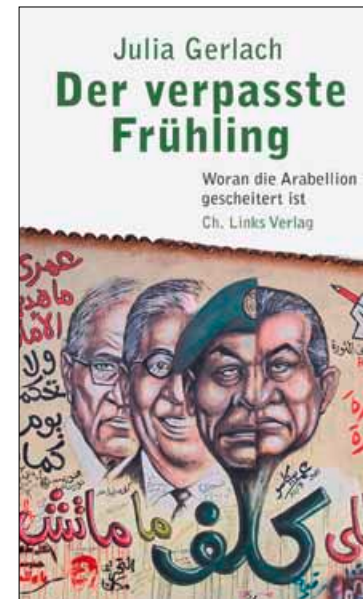


/// DR. CLAUDIA SCHLEMBACH

ist Referentin für Wirtschaft und Finanzen der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

Anmerkung

* Vgl. United Nations: World Population Prospects. The 2012 Revision, <http://esa.un.org/wpp/documentation/publications.htm>, Stand: 5.11.2014.



Gerlach, Julia: *Der verpasste Frühling. Woran die Arabellion gescheitert ist.* Berlin: Ch. Links 2016, 248 Seiten, € 18,00.

/// Ursachen und Strategien im Vergleich

ÜBER DAS SCHEITERN DES ARABISCHEN UMBRUCHS

Julia Gerlach war von 2008 bis 2015 Korrespondentin in Kairo für verschiedene Zeitungen und für den Focus. Von der ausgehenden Mubarak-Zeit über das Interregnum des Obersten Militärrats, die kurze Regierung der Muslimbrüder und den Staatsstreich des Militärs bis zur autoritären Demokratie unter Staatspräsident Feldmarschall Abd al-Fattah as-Sisi erlebte sie die jüngste Geschichte des arabischen Schlüssellandes hautnah mit. Regelmäßig besuchte sie auch andere arabische Umbruchländer.

Der Titel ist etwas missverständlich, befasst sich das Buch doch ganz überwiegend mit Ägypten. Nur 38 Seiten sind vier weiteren Ländern gewidmet (Tunesien, Libyen, Jemen, Syrien). Nichtsdestoweniger ist der Verfasserin ein informatives und gut zu lesendes Buch über das Zentrum des Arabischen Umbruchs gelungen. Sie hat sich ein dichtes Netz von Gesprächspartnern unterschiedlicher politischer Richtung, sozialer Herkunft und beruflicher Stellung aufgebaut. In regelmäßigen Ge-

sprächen werden die Entwicklungen von Akteuren des Umbruchs gespiegelt und kommentiert. Der Leser kann dadurch individuelle Hoffnungen und Enttäuschungen nacherleben.

Kennntnisreich werden die Ursachen der Rebellion und die Strategien der Akteure im anschließenden Machtkampf dargestellt. Bereits in ihrer Einleitung lässt die Autorin keinen Zweifel daran, dass in Ägypten wie andernorts die „alt-neuen Regime“ den Sieg davontrugen: Militärs, einflussreiche Wirtschaftskreise, Bürokraten. Es sei ihnen gelungen, die unerfahrenen Reformaktivisten in den Hintergrund zu drängen und wenig gebildete Volksschichten durch nationalistische Propaganda, Verschwörungstheorien, Schüren von Angst sowie materielle Leistungen auf ihre Seite zu ziehen. Dabei hätten sie auf die Unterstützung der reaktionären Golfmonarchien Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate zählen können, die keinerlei Interesse an einer Demokratisierung der arabischen Welt hätten.

Julia Gerlach zeigt auf, wie die einflussreiche ägyptische Militärführung säkulare und islamistische Reformkräfte virtuos gegeneinander ausspielte. Zuerst paktierte sie mit der Muslimbruderschaft gegen Linke und Liberale, nach den Wahlerfolgen der Muslimbrüder schürte sie die Angst vor den Islamisten und gewann große Teile des säkularen Lagers für den Sturz der Regierung von Präsident Mohammed Mursi im Verbund mit Wirtschafts- und Justizkreisen. Der Sieger sei das „alt-neue Regime“. Inzwischen würden nicht nur die verbotenen und als „Terroristen“ stigmatisierten Muslimbrüder, sondern auch säkulare Kritiker unnachsichtig verfolgt, inhaftiert oder gar insgeheim umgebracht. Die Verfasserin hat die

Hoffnung auf eine Annäherung der Lager nicht ganz aufgegeben, doch fürchtet sie eine Zunahme von Polarisierung und Gewalt. Davon würde in erster Linie der „Islamische Staat“ profitieren, der sich auf dem Sinai eingenistet habe und auch zunehmend in Städten mit Anschlägen von sich reden mache.

Differenziert bewertet sie das Scheitern der Muslimbrüder in Ägypten, was auch ein Scheitern ihrer Sponsoren Katar und Türkei war. Einerseits hätte ihre Führung entscheidende Fehler gemacht. Die Muslimbrüder seien für die Regierungsübernahme unzureichend vorbereitet gewesen, hätten sich aus Machstreben aber doch zu diesem Schritt entschlossen. In der Regierung hätten sie einerseits unprofessionell, andererseits klientelorientiert agiert und die mächtigen Wirtschaftseliten gegen sich aufgebracht. Partei und Präsident seien zu stark von der hierarchischen und überalterten Führung der Bewegung abhängig gewesen, und auf säkulare Reformkräfte sei die Bewegung in zu geringem Maß zugegangen. Als problematisch erachtet die Verfasserin auch die Strategie Mursis, den Dialog mit radikalislamistischen Kräften zu suchen, um sie so unter Kontrolle zu bringen.

Doch sei es offenkundig, dass die Regierung der Muslimbrüder von Anfang an durch Militärs, Justiz und Wirtschaftskreise unterminiert worden sei. So habe der Oberste Militär in Kooperation mit dem Verfassungsgericht kurz vor der Wahl Mursis zum Präsidenten das Parlament aufgelöst sowie die Befugnisse des Präsidenten durch Verfassungszusätze eingeschränkt. Entscheidungen Mursis seien zudem von der Bürokratie und den Sicherheitskräften gezielt hintertrieben worden. Vor dem Staatsstreich hätten staatliche Un-

ternehmen mit Stromausfällen und Treibstoffengpässen die Unzufriedenheit der Bevölkerung gegen die Mursi-Regierung geschürt.

Die Autorin beklagt die zu geringe Unterstützung säkularer Reformkräfte durch den Westen. So hätten die USA dieses Lager nur in begrenztem Umfang unterstützt, jedoch der ägyptischen Muslimbruderschaft als wahrscheinlicher Siegerin und Ordnungsmacht medienwirksam die Hand gereicht und Zusagen für fortdauernde Unterstützungsleistungen gegeben. Später habe sich Washington mit einer Restauration des „alt-neuen Regimes“ abgefunden.

Julia Gerlach zitiert zum Schluss einen erblindeten Revolutionsaktivisten, der beim Sturz Mubaraks ein Auge und bei Demonstrationen gegen den Obersten Militär auch sein zweites Auge verlor: „Klar habe ich Hoffnung. Nie hat es in der Geschichte eine Revolution gegeben, die in nur fünf Jahren Freiheit und Gerechtigkeit gebracht hat. Immer hat es länger gedauert, und ich bin mir sicher, auch bei uns wird es gelingen. Irgendwann, aber dann ganz bestimmt!“

MARTIN PABST

Rüther, Günther:
Die Unmächtigen. Schriftsteller
und Intellektuelle seit 1945.
Göttingen: Wallstein Verlag
2016, 350 Seiten, € 24,90.



Die vorliegende Studie erläutert das spannungsgeladene Verhältnis von „Geist und Macht“ im geteilten Nachkriegsdeutschland bis zur Gegenwart. Der Autor konzentriert sich auf zwei zentrale Fragen: „Wie mächtig sind die Unmächtigen in der Diktatur bzw. im geschützten Raum einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung? [...] Wo liegt die Grenze intellektueller Einflussnahme auf den politischen Meinungsbildungsprozess?“ (S. 17). In Haltungen u. a. von Bertolt Brecht, Günter Grass, Jürgen Habermas, Johannes R. Becher, Anna Seghers, Martin Walser, Stefan Heym und Christa Wolf untersucht er die Nähe und Distanz von Schriftstellern und Intellektuellen zu den gesellschaftspolitischen Vorgängen der Zeit. In den ersten zwei Kapiteln „Die Jahre nach der Katastrophe“ und „Die Teilung“ wird dargestellt, wie „beide deutsche Staaten im Geleitzug der Weltpolitik den Status quo der Teilung“ (S. 119) festigten. Im dritten Kapitel „Die Nachkriegsgesellschaft im Übergang“ werden vor allem die konträren ästhetischen Positionen analysiert – im Osten der verordnete „sozialistische Realismus“, im Westen u. a. das „sozialkritische“ Auftreten der „Gruppe 47“. Im vierten und fünften Kapitel, „Die Machtwechsel: Achter-

bahn der Gefühle“ und „Erwartungen, Die Kontroverse um die Macht“, schildert Rüther die Verhalten der „Unmächtigen“ von Willy Brandts Wahl bis zu Honeckers geschichtspolitischer Wende und am Ende der DDR. Das letzte, sechste Kapitel „Auf den Gipfeln herrscht Ruh“ dokumentiert, wie sich unter ihnen in Ost und West eine Allianz von Bedenkenträgern der Wiedervereinigung formierte. Auf nur 300 Seiten sind die erregendsten Diskurse des Zeitalters in Erinnerung gebracht.

Im Verfolg des Kampfes von „Geist und Macht“ um die Deutungshoheit der Wahrheit wird deutlich, dass die Mehrzahl der Intellektuellen überwiegend weder zur „Rationalisierung des Lebens“ noch zur „Kritik und Mäßigung“ der Macht beigetragen haben, wie es in der Theorie (Theodor Geiger) in immer wiederkehrender Zuschreibung heißt. Rüther untersucht am Beispiel der eingangs Genannten, in welchem Ausmaß sie tatsächlich als „Störungsfaktoren“ (Schumpeter; Joseph A.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, München, 5. Aufl., 1980, S. 237) der Macht aufgetreten sind. Er bilanziert, dass die Forderung nach politischer Distanz und „Autonomie“ des „Unmächtigen“ unter totalitären Bedingungen systembedingt ausgeschlossen war und in der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft sich zu meist folgenlos als „Indianerspiel“ (Hans Magnus Enzensberger) gestaltete.

Das Buch erinnert an das antagonistische Spektrum von Ansichten, ideologischen Perspektiven und literarischen Themen und Formen, die die dokumentierte Periode prägten. Manches wirkt heute absurd und unwirklich: im Osten die Propaganda von „Parteilichkeit, Volksverbundenheit und sozialistischem Ideengehalt“ und die Anpassung

an Lüge und Utopie; im Westen nicht selten eine Dämonisierung des „Materialismus“ des wirtschaftlichen Aufstiegs nach 1948 sowie antiwestliche Ressentiments und Sehnsucht nach einem „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Für die Mehrheit der Deutschen, unter ihnen die verbotenen Dichter und Denker – die tatsächlich Unmächtigen – in der DDR, schien sich der „Verrat der Intellektuellen“ (Julien Benda, 1927) nur erneut zu bestätigen. Es ist Rüthers Verdienst, insbesondere die Stellungnahmen von Schriftstellern und Intellektuellen aus den späten 60er- und während der 70er-Jahre, die den Status quo des Kalten Krieges erschütterten (Prager Frühling 1968, Kafka-Konferenz Liblice, Charta 77, Helsinki-Konferenz 1975, Biermann-Ausbürgerung 1976), dialektisch als nachhaltige Abkehr von der Ideologie der „Unwahrhaftigkeit“ zu interpretieren: „Die Unmächtigen verfügen in der Regel über den längeren Atem“ (S. 15). Die faktenreiche Darstellung belegt, wie den „Unmächtigen“ seit der Epochenwende durch die friedliche Revolution 1989/90 und dem Zerfall der Sowjetunion (1991) „der Resonanzraum in der Bevölkerung, der Politik und den Medien verloren“ (S. 287) gegangen ist. Nach dem „Ende der Ideologien“ (Daniel Bell) oder gar dem „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama) macht es ihnen überdies „die Schnelllebigkeit des digitalen Zeitalters und die wachsende Unübersichtlichkeit der Interessen [...] zunehmend schwerer, ihre Stellung zu verteidigen“ (S. 287). Rüther fragt zu Recht: „Gibt es keinen Anlass mehr für mitreisende öffentliche Kontroversen? Was spricht für einen Wandel und welche Ursachen könnten ihm zugrunde liegen?“ (Klappentext).

Die Stärke Rüthers ist es, dass er in seiner prinzipiellen Solidarisierung mit den „Unmächtigen“ im Kampf zwischen „Geist und Macht“ nicht ignoriert, dass diese überwiegend nicht die politischen Einstellungen und Wertvorstellungen der Bevölkerungsmehrheit reflektierten. Er schafft so dem Leser Freiraum, selbständig Haltungen und Auseinandersetzungen im Kontext der zeitgeschichtlichen Vorgänge und eigenen Ansichten kritisch zu bewerten.

HEINZ-UWE HAUS



Shell Deutschland Holding
(Hrsg.): Jugend 2015 –
17. Shell-Jugendstudie – Eine
pragmatische Generation im
Aufbruch. Frankfurt: Fischer
Taschenbuch 2015,
447 Seiten, € 19,99.

Die Shell-Jugendstudien gehören zu den Standardwerken der Jugendforschung in Deutschland. Untersucht wird die Lebenswelt der 12- bis 25-Jährigen. Im Zentrum steht zum ersten Mal eine Generation, die vollständig im wiedervereinigten Deutschland aufgewachsen ist. Maßgeblich für die Erfahrungswelt dieser Generation sind Familie, Freundeskreis, Schule und Ausbildung, Hochschule. Dazu kommen noch einige politische Dimensionen. Die Autorinnen und Autoren porträtieren eine junge Generation, die sich durch „eine pragmatische Haltung“ charakterisieren

lässt. Sie nutzt ihre aktuellen Chancen und wünscht sich Sicherheit in den zukünftigen sozialen Beziehungen. Die Ängste und Befürchtungen konzentrieren sich auf potenzielle Kriege und unberechenbare Terroranschläge. Die pragmatische Generation ist „experimentierfreudig, orientiert sich nüchtern an gegebenen Erfolgchancen und zeigt in einigen Lebensbereichen idealistische Vorstellungen“. Die jungen Leute wollen zupacken, neue Horizonte erschließen, Reformen einleiten. „Die pragmatische Generation“ befindet sich im Aufbruch und neue Konturen zeichnen sich ab.

Die neue 17. Shell-Jugendstudie weist einen quantitativen und einen qualitativen Teil auf. Im Mittelpunkt des qualitativen Teils stehen 21 Interviews mit ausgewählten Jugendlichen zwischen 12 und 25 Jahren. Die Ergebnisse der drei- bis fünfständigen Gespräche werden übersichtlich und anschaulich in sogenannten „Wortwolken“ festgehalten. Die Schlüsselbegriffe des quantitativen Teils sind u. a. Jugend 2015 und „eine neue Generationsgestalt“, die Bedeutung von Familie, Bildung, Beruf, Zukunft, Freizeit und Internet (der neue Sozialraum), Jugend und Politik (zwischen Politikinteresse und Politikerverdrossenheit), Deutschland und die neue Weltordnung, Wertorientierungen zwischen 2002 und 2015.

Die alltägliche Lebensführung und der „soziale Nahraum“ bilden den Start- und Mittelpunkt. Die Berichterstatter stellen resümierend fest: „Als Grundgerüst lässt sich für diese Generationengestalt festhalten, dass der stabile soziale Nahraum aus Eltern (Familie), Partnerschaft und Freundschaften Ausgangspunkt für diese Jugendlichen ist, um in der Welt Fuß zu fassen“ (S. 278). Vier

Lebensbereiche sind zentral: Eltern, Liebe (Partnerschaft, Sexualität), Schule und Bildung (Noten, Ausbildung, Job), Freizeit und Freunde. Die Ergebnisse werden in den bereits erwähnten Wortwolken wiedergegeben. Diese Wortwolken bilden darüber hinaus auch die Ausgangslage für die weiteren Ausführungen, bei denen die Jugendlichen im Originalton zur Sprache kommen. Außerdem werden die Inhalte der Wortwolken von den Experten kommentiert und in den Zusammenhang mit vorangehenden Jugendstudien eingebettet. Vertrauen ist für weibliche Jugendliche ein zentraler Wert im Verhältnis zu den Eltern. Vertrauen bedeutet für sie Sicherheit durch weitgehende Enttäuschungsfestigkeit. Dieser Begriff steht bei männlichen Jugendlichen an keiner Stelle in einer Wortwolke. Eltern und Familie sind in Verbindung mit Freunden eine wichtige Kraftquelle. Sie verleiht ihnen Stabilität und die Konzentration auf Studium, Arbeit und Zukunftshoffnung. Eltern und Familie sind „Kraftquelle, Ankerplatz und Kompass“ zugleich. In der Wortwolke ganz groß steht Ehrlichkeit. Ehrlichkeit ist ein Wert, der für jüngere Jugendliche sehr wichtig ist. Gemeint ist Offenheit ohne Geheimnisse und ohne Verstellung. Offenheit und Ehrlichkeit verlangen zugleich Sanktionsfreiheit.

Im Hinblick auf die nächsten fünf Jahre (bis 2020) wünschen sich die jungen Leute Stabilität und Kontinuität. Die Funktion von Freizeit und Freunden soll auch in den kommenden Jahren und im weiteren Leben konstant sein. In der Wortwolke Schule und Bildung wird auch die Bedeutung der Lehrer angesprochen und akzentuiert. Die Jugendlichen heben besonders die Verstehens- und Hilfsbereitschaft der Leh-

rer hervor. Gute Lehrpersonen tragen entscheidend zur Förderung der Lernmotivation und zur Erhöhung der Anstrengungsbereitschaft bei. Im Schüleralter diskutieren die Jugendlichen auch über wichtige Kerntugenden und ebenso maßgebliche Arbeitstugenden.

Die Autoren der 17. Shell-Jugendstudie unterscheiden im Hinblick auf die Berufsorientierung der Jugendlichen vier Typen: die Durchstarter (37 %), die Idealisten (18 %), die Bodenständigen (27 %) und die Distanzierten (18 %). In einer weiteren Wortwolke werden die Hemmnisse, Zukunftsängste und Sorgen dargestellt. Dazu gehören Krankheit, Trennung, schlechte Startchancen, Einsamkeit, Enttäuschungen, Verluste, Niederlagen und Schicksalsschläge. Wie die vorangehenden Shell-Studien, so wird auch die neue Jugendstudie 2015 die gewünschte und erhoffte breite Resonanz in der Öffentlichkeit finden.

GOTTFRIED KLEINSCHMIDT



Johnson, Boris: Der Churchill-Faktor. Stuttgart: Klett-Cotta 2015, 472 Seiten, € 24,95.

Für die anlässlich des 50. Todestages Winston Churchills im Jahre 2015 bei Hodder & Stoughton im englischen Original erschienene Charakterstudie des Kriegspremiers hätte man wohl keinen geeigneteren Autor finden können als Boris Johnson. Das *enfant terrible* der britischen Politik hat durch seine exzentrische Art, seinen Humor sowie seine Begeisterung für Sprache und Rhetorik Vieles mit seinem persönlichen Helden gemeinsam, dessen Natur er sich hier zu porträtieren vornimmt. In einem von narrativen und journalistischen Elementen geprägten Stil kombiniert Johnson Anekdoten und Fakten zu einer psychologisierenden Biographie, die bisweilen geradezu panegyrisch anmutet.

Auf seinem Parforceritt durch die Vita Churchills leitet den Autor die These, dass er allein in vielen wegweisenden Situationen der Weltpolitik des 20. Jahrhunderts der entscheidende Mann war. Er setzt sich zum Ziel, die spezifischen Wesenszüge des Staatsmannes herauszuarbeiten, die ihn zu seinen diversen politischen Erfolgen befähigten und ihm posthum das Prädikat des „Nationalhelden“ einbrachten. Auf der Suche nach dem „Churchill-Faktor“, der einzigartigen Verbindung von Charaktereigenschaften, die der Welt nach 1945 ihre maßgebliche Prägung verlieh, be-

gibt sich Johnson selbst an die Orte, an denen Churchill wirkte, um historischen Situationen wie der Landung der Alliierten in der Normandie oder der Potsdamer Konferenz vor dem geistigen Auge Gestalt zu verleihen. Mit beeindruckender Tiefe schildert der Autor die vielschichtigen Beziehungen zu den Bezugspersonen, die Churchill nachhaltig prägten, wobei er dessen Vater Randolph und Gattin Clementine besondere Beachtung schenkt. Wenngleich die Beziehung zu Randolph durchaus von Spannungen geprägt war, habe sich Winston Churchill bei der Definition seiner politischen Grundmaximen stets an seinem Vater orientiert. In diesem Einfluss sieht Johnson Churchills „vom Liberalismus inspirierte[s] Torytum“ (S. 181) begründet, seine Grundüberzeugung, die kombiniert mit einem offenen Ohr für die Bedürfnisse der Arbeiterschicht das gesamte politische Spektrum abdeckte und somit dem Volkswillen in besonderem Maße gerecht wurde. Clementine spricht der Autor das Verdienst zu, durch ihre außerordentliche Loyalität und Zuwendung die positiven Charakterzüge ihres Mannes verstärkt und dessen große Leistungen erst ermöglicht zu haben. Anhand persönlicher Zeugnisse aus der Feder Churchills und umfassender Bewertungen seiner Rolle bei politischen und historischen Ereignissen zeichnet Johnson ein „Genie von unglaublicher Energie und Produktivität“ (S. 396), das durch Risikobereitschaft, Individualismus und Exzentrik, moralische Entschlossenheit und Sinn für Humor zur Inkarnation von John Bull sowie zum Symbol des Widerstands gegen Hitler wurde.

Von der Rechtschaffenheit Churchills zutiefst überzeugt, führt Johnson die Verteidigung seines selbstgewählten

Mandanten und kommt in seinem Plädoyer immer wieder zu dem Schluss, dass seine Entscheidungen in den beiden Weltkriegen zwar zunächst verheerende Folgen hatten, im Gesamtkontext jedoch entscheidende strategische Vorteile für Großbritannien mit sich brachten. Einzig bei der Darstellung des Gallipolifeldzugs, der von Februar 1915 bis Januar 1916 knapp 180.000 Alliierten den Tod brachte und im Mai 1915 zur Entlassung Churchills aus dem Amt des Marineministers führte, verurteilt der Autor das Handeln Churchills berechtigterweise aufs Äußerste. Dennoch entbehren die Ausführungen Johnsons in dieser Angelegenheit einer historisch-differenzierenden Analyse, die gerade in Bezug auf die britische Militärstrategie im Ersten Weltkrieg vonnöten ist. Dieser multidimensionalen Thematik hätte ein eigenständiges Kapitel gewidmet werden sollen, um die militärstrategischen Erwägungen der Entente-Mächte herauszuarbeiten, die Churchill zu seiner Vorgehensweise an den Dardanellen veranlassten.

Weitaus wortreicher und überzeugender stellt Johnson die Entwicklung der Amerikapolitik Churchills dar. Ihm allein schreibt der Autor resümierend das Verdienst zu, mit Charme und seiner öffentlichen Präsenz den „transatlantischen Klammergriff“ (S. 290) bewerkstelligt und die USA an britischer Seite in den Zweiten Weltkrieg gezogen zu haben. Im Halbamerikaner Churchill sieht Johnson die Inkarnation der Special Relationship als einem auf angelsächsischen Grundprinzipien gründenden Bündnis. Im gleichen Zuge weist der Autor jedoch auch auf die negativen Konsequenzen dieser Beziehung für die Briten im weiteren Verlauf des 20. und 21. Jahrhunderts hin und knüpft damit

an die aktuelle Forschungsdiskussion an. Gegen Ende seines Buches bringt Johnson mit den von Churchill geforderten „Vereinigten Staaten von Europa“ (S. 341) ein genuin britisches Streitthema auf den Tisch und legt die Gründe dar, aus denen Churchill eine Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft in seiner Amtszeit ablehnte. Hier lassen sich unweigerlich Parallelen zur Parteinahme Johnsons bezüglich des Verbleibs des Vereinigten Königreichs in der EU erkennen.

Über das gesamte Buch hinweg sieht der Leser den Staatsmann Winston Churchill durch eine spezifisch gefärbte Brille. Es entsteht eine gedankliche Verbindung vom „Churchill-Faktor“ mit einem stets mitschwingenden „Boris-Faktor“, der deutliche Züge idealisierender Bewunderung für den Titelhelden trägt. Somit liegt eine dezent subjektive Darstellungsnote in der Natur der Sache, denn der Autor möchte sich ausdrücklich nicht mit den Biographien ausgewiesener Churchill-Experten dieses Jahrhunderts messen, von denen das von Dieter Mehl in den Politischen Studien 459, S. 83-85, vorgestellte Buch „Winston Churchill: Der späte Held“ von Thomas Kielinger aus dem Jahr 2014 als deutschsprachiges Werk besondere Beachtung verdient. Dennoch bietet Johnsons Buch in tadelloser deutscher Übersetzung, angereichert mit detailgetreuen Schwarzweißfotos, einer Zeittafel sowie einem umfangreichen Namens- und Sachregister, eine lesenswerte Aufnahme des britischen Staatsmannes, der „einen grundlegenden Beitrag zur Architektur der Nachkriegswelt“ (S. 333) leistete.

NIKOLAI BELAND



Steinberg, Guido: Kalifat des Schreckens. IS und die Bedrohung durch islamistischen Terror. München: Verlag Droemer Knaur 2015, 208 Seiten, € 12,99.

Der Büchermarkt bietet derzeit viel Literatur zur Bedrohung durch den islamistischen Terror und den sogenannten „Islamischen Staat“ (IS). Das Interesse an der sunnitisch-islamistischen Terrororganisation, die seit dem Jahr 2014 offen agiert, ist hoch, weil die schrecklichen Konsequenzen ihres Vorgehens nicht mehr nur den Nahen Osten erschüttern, sondern längst auch in Europa und der Bundesrepublik angekommen sind. Die Flüchtlingskrise oder die Anschläge in Paris und in anderen europäischen Städten offenbaren, dass außenpolitische Ereignisse im Zuge der Globalisierung auch zu innenpolitischen Bedrohungen werden können.

Das Werk „Kalifat des Schreckens. IS und die Bedrohung durch den islamistischen Terror“ sticht aus der Fülle der Bücher besonders heraus und zählt zu den besten Analysen. Der Autor Guido Steinberg ist promovierter Islamwissenschaftler und Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik. Als renommierter Terrorismusexperte berät er die Politik. Seine Analyse stellte er nun der Öffentlichkeit vor und er verfolgt darin das Ziel, eine klarere Sicht auf die Ereignisse im Irak und in Syrien sowie auf die Hintergründe, die Organisation und die Strategien des IS zu vermitteln.

Die erste Hälfte des Buches, welches sich insgesamt in neun Kapitel unterteilt, zeichnet die Ereignisse im Irak und in Syrien nach. Steinberg beginnt mit der Gründung der Terrororganisation durch Abu Musab az-Zarqawi. Damals gab es keinen Anschein dafür, dass aus ihr einmal eine der gefährlichsten Terrormilizen der Welt werden könnte. Anhand tiefer Einblicke zu den Werdegängen oberster IS-Führer und enger Verbündeter wird die religiöse, ideologische und politische Prägung deutlich. Im zweiten Kapitel führt der Autor den rasanten Aufstieg des IS aus. Galt dessen Kampf zu Beginn in erster Linie Jordanien, Israel und den Juden, änderte sich dies jedoch mit dem Ausbruch des Irakkriegs im Jahr 2003. Laut Steinberg schuf dieser erst das Schlachtfeld, auf welches sich der IS zurückziehen und darauf formieren konnte. Die Besatzungsmacht USA leistete sich fatale Fehler in der Neustrukturierung des Landes wie etwa die Auflösung der irakischen Armee oder der politischen Baathpartei. Durch die systematische Ausgrenzung der sunnitischen Bevölkerung durch die schiitische Zentralregierung in Bagdad konnten dschihadistische Gruppierungen wie der IS erstarken. Das nächste Kapitel widmet Steinberg dem Anschluss der Terrormiliz IS an al-Qaida und ihren damit verbundenen Aufstieg. Denn als irakischer Arm al-Qaidas konnte der IS zwischenzeitlich gedeihen. Aufgrund ideologischer Differenzen mit der Mutterorganisation und militärischen Defiziten im Kampf gegen die USA setzte er sich jedoch nicht durch. Erst 2010 erstarkte der IS unter dem neuen Anführer Abu Bakr al-Baghdadi wieder. Auch hier schreibt Steinberg dessen Erfolge auch dem Versagen der Westmächte zu.

Wie sehr die innenpolitischen Konflikte und die Unzufriedenheit der Bevölkerung zum Erstarken von Terrorgruppen beitragen, erläutert der Verfasser im vierten und fünften Kapitel. Besonders die Expansion in das neue Schlachtfeld Syrien im Jahr 2011 führte maßgeblich zur Entfaltung der Terrormiliz. Von al-Qaida unabhängig nutzte der IS die schwachen Strukturen des vom Bürgerkrieg gezeichneten Staates, um Islamisten zu rekrutieren und seine Macht auszubauen. Gleichzeitig hinterließen die Amerikaner im Irak schwache politische und militärische Strukturen. Der innerirakische Konflikt zwischen den schiitischen und sunnitischen Bevölkerungsgruppen ebnete letztlich den Weg zum Kalifat im Irak, welches mit der Einnahme der Stadt Mossul im Sommer 2014 begann.

Der IS hat bis heute die Herrschaft über weite Teile des Irak und Syriens. Dieses ist laut Steinberg sowohl sein größter Erfolg als auch seine größte Schwachstelle. Detailliert und nachvollziehbar legt der Autor im sechsten Kapitel die Strukturen des Inneren des „Islamischen Staates“ dar. Mit vielen Originalquellen werden Einblicke in das öffentliche Leben gewährt, welches rigoros von einer extremistischen Interpretation des islamischen Rechts, der Scharia, gekennzeichnet wird. Neben dem „Tugendterror“ kennzeichnet die Herrschaft ein unvorstellbares Maß an Gewalt gegen Andersgläubige. Steinberg hinterfragt, ob diese Strukturen langfristig gesellschaftlich und finanziell tragfähig sind.

Doch welche Motive führen Menschen zum IS? Die Zahl deutscher und europäischer Dschihadisten, die nach Syrien reisen, steigt seit 2012 stetig an. Steinberg sieht die zentralen Motive in

dem Wunsch nach einem „islamischen Staat“ sowie dem Drang, seinen muslimischen Glaubensbrüdern im Krieg zu Hilfe zu kommen. Auswertungen von Werdegängen prominenter Aussteiger sowie der professionellen Öffentlichkeitsarbeit des IS lassen dies den Leser nachvollziehen.

Abschließend rät der Verfasser dem Westen, die eigene Sicherheitspolitik zu überdenken und bietet konkrete Lösungsvorschläge an. Wenngleich die Luftschläge der USA gegen den IS militärisch erfolgreich sind, steht der internationalen Gemeinschaft doch noch ein langer Kampf bevor. Zudem warnt Steinberg davor, andere Terrorgruppen wie al-Qaida außer Acht zu lassen. Das Buch endet mit einer Sammlung an Strategien zur Bekämpfung des IS und schafft somit Grund zur Hoffnung. Die Herausforderung besteht laut Steinberg darin, vor Ort und in den Nachbarstaaten Verbündete zu finden und gleichzeitig die Sicherheitsarchitektur im Inland umfassend zu reformieren.

Guido Steinberg hat erneut ein sehr lesenswertes Werk geschaffen. Ihm ist es gelungen, die komplexen Hintergründe des IS und die Ereignisse im Irak und in Syrien zu entwirren und sie mit viel Detailwissen zu skizzieren. Sein Buch eignet sich hervorragend, um die gegenwärtigen Entwicklungen zu verstehen und sich in die Thematik des islamistischen Terrors einzulesen.

DINAH KHWAIS



Blöchle, Sara-Julia / Flake, Regina / Khairi-Taraki, Tarrin / Körbel, Markus / u. a.: **Berufsausbildung für Europas Jugend – Voneinander lernen, miteinander gestalten. Eine Studie.** Projektpartner: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Hans-Böckler-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Vodafone Stiftung Deutschland. Köln / Berlin: IW Medien 2015, 48 Seiten, kostenfrei.

Die Vielfalt der Berufsausbildung in Europa wird exemplarisch in folgenden sieben Ländern analysiert und vergleichend dargestellt: Deutschland, Italien, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich (UK). Zentrale Aspekte der Berufsausbildung im direkten Ländervergleich und Schlüsselbegriffe der Studie sind: Akzeptanz und Wertschätzung, Unternehmensbeteiligung, Engagement der Sozialpartner, Durchlässigkeit, Flexibilität, Differenzierung, Transparenz, Berufsberatung, Mobilität und Arbeitsmarktanpassung.

Drei Faktoren bestimmen derzeit grundlegend die Anforderungen am Arbeitsmarkt: Digitalisierung, Internationalisierung und demografischer Wandel. Die Untersuchung zur Berufsausbildung für Europas Jugend will erfolgreiche Ansätze identifizieren und so darstellen, dass Länder voneinander lernen und miteinander gestalten können. Diese interessante und informative Analyse wird mit Sicherheit sowohl bei Bildungspraktikern als auch bei Bil-

dungstheoretikern die verdiente Beachtung und Aufmerksamkeit finden.

Die Studie zeigt außerdem, dass die Berufsausbildung sowohl in Europa als auch darüber hinaus noch immer weit hinter ihren Möglichkeiten zurückbleibt. Der Ländervergleich auf einen Blick betont die Zukunftsperspektiven und akzentuiert gleichzeitig die Defizite.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die „sieben Ländersteckbriefe“. Zunächst wird die historische Entwicklung skizziert, da die aktuelle Struktur der Berufsausbildung und mögliche Ansätze für Reformen vor dem Hintergrund des Ursprungs (und der Entwicklung) besser nachzuvollziehen sind. Anschließend wird in jedem Steckbrief die Struktur des Berufsbildungssystems beschrieben. Danach werden die aktuellen wichtigen Reformen dargestellt und kommentiert. Abschließend werden in jedem Steckbrief der Stellenwert der Berufsbildung im jeweiligen Land und die „Arbeitsmarktanpassung“ der vermittelten Qualifikationen wiedergegeben. Durch die Steckbriefe soll das Potenzial für das „Voneinander-Lernen“ sichtbar gemacht werden. Zu den Schlüsselfaktoren jedes Steckbriefs gehören quantitative Angaben zur Bevölkerung. Jugendliche mit einer S-II-Bildung (20- bis 24-Jährige), frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger unter den 18- bis 24-Jährigen, Jugendarbeitslosigkeit (15- bis 24-Jährige), der Anteil Arbeitslose an der Bevölkerung (15- bis 24-Jährige), Jugendliche, die weder in Beschäftigung noch in Ausbildung sind (15- bis 24-Jährige), vorwiegende Struktur der Berufsausbildung und Ansehen der beruflichen Ausbildung und Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen. Zu jedem Steckbrief gehören auch die

Kommentare der interviewten Länderexpertinnen und Länderexperten.

In dem zusammenfassenden Kommentar akzentuiert das Autorenteam einige beispielgebende (positive) Aspekte und weist auf einige länderübergreifende Defizite hin. Deutschland und die Schweiz liefern wichtige Impulse, wie durch duale Ausbildungsformen und durch einen starken Einbezug der Sozialpartner eine gute Arbeitsmarktpassung erzielt werden kann. Italien ist ein gutes Beispiel dafür, wie das Ausbildungsangebot trotz allgemeiner Mindeststandards regional flexibel gestaltet werden kann. Das polnische Berufsbildungssystem zeichnet sich durch einen hohen Grad an Durchlässigkeit aus, was für die Akzeptanz der Berufsausbildung eine wichtige Rolle spielt. Portugal hat in den letzten Jahren neue Institutionen eingerichtet, die zu einer Verbesserung der Transparenz im Bereich der Berufsausbildung beitragen. Das schwedische Berufsbildungssystem ist sehr inklusiv und bietet individuelle Unterstützungsangebote für schwächere Schüler, Migranten und Flüchtlinge an. Das Vereinigte Königreich (UK) liefert ein Beispiel dafür, wie durch den modularen Aufbau der Qualifikationen eine enge Verzahnung zwischen Aus- und Weiterbildung erreicht werden kann.

In einigen Handlungsfeldern der Berufsbildungssysteme besteht europaweit Handlungsbedarf. Das Autorenteam zählt hierzu die geringe nationale und internationale Mobilität von Auszubildenden und qualifizierten Fachkräften sowie eine fehlende kompetente Berufsberatung, die ausgewogen zwischen beruflicher und akademischer Bildung auf hohem Niveau berät. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit und die da-

mit verbundenen EU-Aktivitäten haben dazu geführt, dass die Berufsbildung und vor allem das „arbeitsplatzbezogene Lernen“ stärkere Beachtung gefunden haben.

GOTTFRIED Kleinschmidt

Khorchide, Mouhanad / Abdel-Samad, Hamed / Orth, Stefan (Hg.): *Zur Freiheit gehört, den Koran zu kritisieren. Ein Streitgespräch.* Freiburg i. Br.: Herder-Verlag 2016, 127 Seiten, € 14,99.



Die Literatur zum Thema Islam / Islamismus ist fast uferlos und kaum noch zu überblicken. Gut lesbare und verschiedene Positionen integrierende Titel sind eher selten. Anzuzeigen ist daher jetzt ein von Stefan Orth, stellvertretender Chefredakteur der Freiburger „Herder Korrespondenz“, ermöglichter Gesprächsband zur Islam-Problematik mit zwei gegensätzlich profilierten und exponierten Experten, nämlich dem streitbaren Islamkritiker Hamed Abdel-Samad, Autor der Bestseller „Der islamische Faschismus“ (2014) und „Mohamed. Eine Abrechnung“ (2015) sowie Mouhanad Khorchide, dem bekannten Münsteraner Professor für islamische Religionspädagogik, der den Islam als „moderne Religion“ der Barm-

herzigkeit entwerfen will und zuletzt dazu den Titel „Gott glaubt an den Menschen. Mit dem Islam zu einem neuen Humanismus“ (2015) veröffentlichte.

Die Teilnehmer des Herder-Streitgesprächs könnten gegensätzlicher nicht sein. Beide haben biographisch einen muslimischen Hintergrund. Abdel-Samad war Mitglied der Deutschen Islamkonferenz, verließ diese aber wieder und distanzierte sich mit heftiger Kritik vom Islam. Widersinnig wurde er von einem Berliner Gericht wegen seiner Islamkritik der Volksverhetzung angeklagt. Der liberale Islam-Theologe Khorchide ist Gründungsmitglied des Muslimischen Forums Deutschland der Konrad-Adenauer-Stiftung und im akademischen Bereich bestens vernetzt, wird von den offiziellen deutschen Islam-Verbänden jedoch abgelehnt.

Während für Khorchide Aussagen, dass der Islam durchweg friedlich oder durchweg gewaltbereit sei, an der Realität vorbei gehen, sieht Abdel-Samad darin ein Ablenkmanöver und ihn seit Mohammed durchweg von der Gewaltanwendung geprägt. Ein friedlicher mekkanischer Anfang fand bei seiner Etablierung in Medina den ersten gewaltsamen Islamischen Staat. „Ohne die Gewalt konnte der Islam nicht überleben, ohne Gewalt konnte er sich nicht ausbreiten“ (S. 23). Der kenntnisreiche Autor einer polemischen „Abrechnung“ mit dem Propheten sieht anders als Khorchide keine Möglichkeit einer positiven Würdigung seiner Wirksamkeit, besonders auch im Blick auf die Gegenwart. Sein Umgang mit Kriegsgefangenen, Juden und Frauen ist verbrecherisch, das können auch die (eher wenigen) friedlichen Suren des Koran nicht übertünchen. „Für mich ist der IS ein

legitimes Kind von Mohammed, seinem Werk und seinen Aussagen“ (S. 43), er steht für „eine Kultur des Todes, einen dezidierten Todeskult, die Sehnsucht nach dem Martyrium“ (S. 44). Begegnen müsse man dem IS mit einer Kultur des Lebens, der Lebensfreude und der Freiheit, zu der auch gehört, „den Koran direkt anzugreifen und zu kritisieren“ (S. 45). Anders als Jesus bietet Mohammed keine gewaltfreie und die Frauen achtende Perspektive.

Khorchide dagegen möchte eher die Spiritualität des Islam in den Vordergrund stellen und die extreme Gewalt des IS, die ja von vielen Muslimen nicht geteilt werde, relativieren. Er gesteht aber dem Gesprächspartner zu: „Der IS konfrontiert die Muslime mit ihrer eigenen Tradition. Sie müssen eingestehen, dass es nicht ausreicht zu sagen, der IS habe mit dem Islam nichts zu tun“ (S. 53). Ohne eine islamische Geschichtstheologie zu diskutieren (ein bleibendes Manko!) meint Khorchide, dass es einen islamischen Humanismus geben könne, da die Hingabe an das göttlich Absolute den Menschen von falschen innerweltlichen Verabsolutierungen befreie. Eine Reduzierung des Islam auf eine juristisch normative Ebene habe ihn für Weiterentwicklungen blockiert. Angstpädagogik verfälsche das koranische Gottesbild eines „Allerbarmers“. Für Abdel-Samad jedoch ist das Wunschdenken, der Koran ein Buch, in dem das Wort „Mensch“ 61 Mal nur negativ vorkomme (S. 74) und immer wieder zu Gewalt aufgerufen werde. Der islamische Gott sei ein Egozentriker, der eifersüchtig auf Unterwerfung und Verehrung pocht. Khorchide wirft Abdel-Samad darauf eine „salafistische Lesart des Korans, die beim Wortlaut stehen bleibt“ (S. 80) vor und deutet den

Transzendenzbezug als Ermöglichung innerweltlicher Freiheit.

Beide Islamkenner sind sich dann darin einig, die ewigen Höllenstrafen des Koran für Nichtmuslime abzulehnen. Der Himmelslohn für Selbstmordattentäter ist für Abdel-Samad hingegen „menschenunwürdig“. In eine demokratische Gesellschaft passe keine Unterdrückung und sexuelle Ausbeutung der Frau (S. 100), illusorisch sei ein „Euro-Islam“, da viele Muslime außerhalb islamischer Länder in ihren Islamverbänden noch reaktionärer würden. Aber er freue sich, wenn wider Erwarten das liberale Islam-Konzept Khorchides aufgehe: „Dann ist auch meine Kritik hinfällig, dann hat sie sich von alleine erledigt“ (S. 109). Bis dahin gilt, dass „so wie wir gegen Neonazis und Gewalt gegen Flüchtlingsheime sind, müssen wir auch gegen muslimische Brandstifter sein, die eine Mauer zwischen den Menschen aufbauen“ (S. 122). In jedem Fall ist das Recht, den Islam, den Koran und Mohammed kritisieren zu dürfen, unabdingbar für eine demokratisch-offene Gesellschaft.

Allein, dass so gegensätzliche Positionen wie die von Abdel-Samad und Khorchide in ein respektvolles Streitgespräch einwilligten und es unter der Moderation von Stefan Orth auch führen konnten, macht den Band wertvoll. Das Plus an Realismus und ungeschönter Einsicht angesichts der islamischen Herausforderung ist aber eindeutig auf Seiten des Autors des islamkritischen Bestsellers „Mohamed. Eine Abrechnung“. Die theoretische Klarsicht entbindet nicht vom Respekt für die muslimischen Mitmenschen, die ohne freie Entscheidung unter den Einfluss des reaktionären Systems religiöser Bevormundung geraten sind und dessen geis-

tigen Totalitarismus noch nicht durchschauen. Viel Aufklärungsarbeit ist zu leisten, unpolemisch und in ruhiger Sachorientierung. Christlicher Glaube und christliche Weltsicht geben dazu die nötige Gelassenheit.

STEFAN HARTMANN

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet www.hss.de/publikationen.html bestellt werden:



ARGUMENTATION KOMPAKT
 Nr. 6/2016: „Splendid Isolation“ im 21. Jahrhundert? Historische Hintergründe des Brexit



Nr. 7/2016: Integrationsförderung per Gesetz – Zu den Gesetzentwürfen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD sowie der Bayerischen Staatsregierung



Nr. 8/2016: Wahl und Nichtwahl – Ausgewählte Ergebnisse aus der Studie von GMS im Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung vom Frühjahr 2016



POLITISCHE STUDIEN
 Themenheft 1/2016: Pflege 2030 – Anforderungen an Politik und Gesellschaft



SONSTIGES
 Repräsentative Demokratie und politische Partizipation in Bayern – Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage

VORSCHAU

POLITISCHE STUDIEN
 Nr. 469 „Paralleljustiz“ mit Beiträgen von Winfried Bausback, Michael Heller, Mathias Rohe und Nazan Simsek

Herausgeber:

© 2016, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München
Lazarettstraße 33, 80636 München,
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,
Online: www.hss.de

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle,
Staatsministerin a. D.
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeit-
geschehen: Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ / Publikationen: Hubertus Klingsbögl

Redaktion:

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
(Chefredakteur, V.i.S.d.P.)
Barbara Fürbeth
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)
Irene Krampfl (Abo-Verwaltung; krampfl@hss.de)

Graphik: trurnit Publishers GmbH

Druck: Bosch-Druck, Landshut

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung

der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich.

Bildnachweis für Titel:
mauritus images / imageBROKER / Bernhard Freisen

